



Mit ❤ + Hirn.

**Unser Plan
für dein besseres
Österreich.**

Die mit „SPÖ-Forderungen“ gekennzeichneten Stellen entsprechen dem Beschluss des SPÖ-Parteivorstands. Stellen, die mit „Expert*in am Wort“ bzw. Abwandlungen davon versehen sind, geben die Meinung der jeweiligen Expert*innen wider.

Impressum: SPÖ-Bundespartei, Löwelstraße 18, 1010 Wien
Druck: Donau-Forum-Druck, 1230 Wien



**Liebe Wählерinnen, liebe Wählер!
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!**

Sie halten in Ihren Händen das Programm der SPÖ zur Nationalratswahl 2024. Das bedeutet eines: Österreich ist Ihnen nicht egal. Sie wollen wissen, welche Ideen wir haben, um unser schönes Land – unsere gemeinsame Heimat – für die kommenden Jahre aufzustellen und auf eine Zukunft vorzubereiten, die zugegeben viele Herausforderungen birgt.

Unsere Gegenwart hat eine Konstante: die Krise. Wir erleben Kriege, steigende Lebenshaltungskosten und die sich dramatisch entwickelnden Auswirkungen der Erderhitzung. Die Regierung hat in den vergangenen Jahren auf Krisen stets mit unkoordinierten Feuerlösch-Aktionen reagiert. Dazu kommt eine Strategie der Spaltung, Angst und Hetze. Die Idee, unsere Zukunft positiv gestalten zu können, geriet dadurch in weite Ferne. Dorthin will die SPÖ uns alle jedoch wieder hinführen. Denn unsere Zukunft birgt viele Chancen – immer noch und immer wieder neu.

Die SPÖ steht für Respekt für Arbeit und Leistung, einen echten Neustart für Österreich und für Zusammenhalt statt Spaltung. Mit der großen Tradition der Sozialdemokratie im Rücken, die mehr als jede andere politische Bewegung seit 150 Jahren Unmögliches möglich macht. Bestärkt durch eine lebendige, leidenschaftliche Basis, treten wir mit neuer Kraft an, um den Traum von einem lebendigen, sozialen, solidarischen und leistungsstarken Österreich zu erfüllen.

Denn für mich geht es in der Politik immer darum: Jeder Mensch soll seine Ziele verwirklichen können, soll die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen. Der sozialdemokratische Weg aus der Dauerkrise ist ein Weg, auf dem niemand zurückgelassen wird. Wo alle ihren fairen Beitrag entsprechend ihren Möglichkeiten leisten – und wir alle gemeinsam stolz darauf sein können.

Es gibt eine politische Alternative zur Dauerkrise: eine furchtlose Sozialdemokratie.

Und das ist mein Aufruf an Sie, liebe Wähl*innen und liebe Mitbürger*innen: Seien Sie gemeinsam mit uns furchtlos. Machen Sie mit, gestalten Sie mit! Gehen Sie mit uns den sozialdemokratischen Weg – zuversichtlich und zusammen.

Auf uns wartet eine gute Zukunft.

Ihr **Andi Babler**
SPÖ-Bundesparteivorsitzender

Unser Plan für ein besseres Österreich.

Der SPÖ-Expert*innenrat	6	Unser kostbarster Schatz	33
„Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt“	8	Hunderten Gemeinden geht das Wasser aus	33
„Ich bin in der SPÖ, weil ...“	11	Unsere Ideen für eine intakte Natur und ein nachhaltiges Leben	34
Unsere Ideen für ein leistbares Leben	15	Unsere Ideen für ein gutes Leben am Land und den öffentlichen Verkehr	35
Leistbares Wohnen am Land	16	„Wir sollten die österreichische Landwirtschaft grundsätzlich neu aufstellen“	38
Unsere Ideen für Wohnen mit Zukunft	17	Unsere Ideen für Landwirtschaft und Tierwohl	39
„In einer Zeit der Vielfachkrisen brauchen wir eine neue Art der Stabilisierungspolitik“	18	Unsere Ideen für Kinderrechte	42
Unsere Ideen für gerechte Verteilung	20	„Unser Gesundheitssystem braucht einen großen, gemeinsamen Fahrplan“	44
„Wir brauchen mehr Wertschätzung“	22	Unsere Ideen für die beste Gesundheitsversorgung für alle	46
Arbeitszeitverkürzung im Pilotversuch	23	Unsere Ideen für qualitätsvolle Pflege	48
Ausgequetscht: Immer mehr Beschäftigte sind ausgelaugt, unzufrieden und krank	24	Wie wir Bildung gestalten wollen	50
Unsere Ideen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels	25	Unsere Ideen für Bildung von Anfang an	51
Unsere Ideen für faire Arbeit	26	„Schule soll eine angstfreie Zone sein“	52
Wirksam gegen Arbeitslosigkeit	28	Unsere Ideen für mehr Medienkompetenz	53
Unsere Ideen für ein Recht auf Arbeit	29	Respekt für die Lehre	54
„Von Barrierefreiheit profitieren wir alle“	30	Unsere Ideen für die Lehre 2.0	55
Unsere Ideen für Inklusion	31	Unsere Ideen für Universitäten und Hochschulen	57
Es lebe der Ort!	32	Unsere Ideen für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz	61

„Wirtschaftswachstum durch Klimawende“	62	Unsere Ideen für eine aktive LGBTQ+ Politik	85
Unsere Ideen für die faire Transformation der Wirtschaft	64	Am Beispiel Haslach	86
Unsere Ideen für Forschung, Innovation und Technologie	65	Unsere Ideen für Asyl, Migration und Integration	88
Die Zukunft der Industrie beginnt in Kapfenberg	66	„Sport sollte zu den Grundbaumaterialien der Gesellschaft gehören“	92
Unsere Ideen für zukunftsweisende Industriepolitik	67	Unsere Ideen für Sport	94
„Wir Einzelkämpfer*innen brauchen eine Vertretung, die Mindesttarife verhandelt“	68	„Gemeinsam für den sozial-ökologischen Umbau kämpfen“	96
Unsere Ideen für eine zukunftsfitte Wirtschaft	69	Unsere Ideen für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit	98
Unternehmer*innen für ein blühendes Österreich	70	„Wir nehmen niemandem etwas weg“	100
Unsere Ideen für die Energiewende	71	Unsere Ideen für eine gute Pension	102
Die Partei der Frauen	72	„Unsere Neutralität muss endlich wieder politisch werden“	104
Unsere Ideen für Frauen und echte Gleichstellung	73	Unsere Ideen für Europa, Außenpolitik und Neutralität	106
Unsere Ideen für Gewaltschutz	74	„Die Demokratie gegen innere Feinde verteidigen“	108
„Wir wollen die Menschen beschützen.“	75	Unsere Ideen für Grundrechte, Freiheit, Justiz und Demokratie	110
Unsere Ideen für mehr Sicherheit	76	Unsere Ideen für gute Verwaltung	113
„Wir müssen endlich wieder miteinander reden“	80	Willkommen in der Mitmach-Republik!	114
Unsere Ideen für Kunst und Kultur	82		
Unsere Ideen für eine gute Medienpolitik	83		
„Mehr als Love und Parade: ein sichtbares, stolzes und sicheres Leben für alle“	84		

Der SPÖ-Expert*innenrat

Die SPÖ will die Bedingungen für alle Menschen in Österreich verbessern. Der Bundesparteivorsitzende Andreas Babler setzte deshalb Ende 2023 einen Rat von Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Gesellschaft ein und gab ihnen eine wichtige Aufgabe: „Entwerft eine bessere Zukunft für unser Land.“

Wesentliche Teile dieses Wahlprogramms wurden von den Fachleuten erarbeitet, die im Rahmen des SPÖ-Expert*innenrats zusammenkamen, um Zukunftskonzepte für alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche zu erarbeiten. Die SPÖ stellt sich damit inhaltlich noch breiter auf und öffnet im Sinne einer zukunfts-gewandten Politik die Partei – auch für Nicht-Mitglieder.

Eine derart geballte, überparteiliche, gemeinsame Anstrengung für Österreich gab es nicht mehr, seit Bruno Kreisky 1969 – aus der Opposition heraus – Expert*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft einlud, ein umfassendes Reformprogramm „Für ein modernes Österreich“ zu erarbeiten.

Der von Andreas Babler eingesetzte SPÖ-Expert*innenrat wird von mehr als tausend Menschen gebildet: Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft – also NGOs, Plattformen, Interessensvertretungen –, weiters Menschen aus der Wissenschaft, Fachleute aus Institutionen und Verwaltung, Expertinnen und Experten aus der Berufspraxis sind dabei.

Über Monate beschäftigten sich diese Menschen als „Schlüsselkräfte der Republik“ mit den großen Fragen unserer Zeit – Gleichberechtigung von Frauen, Klimawandel, Sicherheit, Arbeitswelt, Integration und Migration, aber auch die vermeintlich kleinen Themen wurden kreativ und mutig angegangen. Die Vorschläge, Ideen und Finanzierungsmodelle in diesem Wahlprogramm sind über weite Strecken das Ergebnis ihrer Arbeit.

Der SPÖ-Expert*innenrat zeigt, wie deutlich die Notwendigkeit einer Reformpolitik, wie Andi Babler sie vor Augen hat, in der Gesellschaft erkannt wurde.



MARC HALL

Energiemanager
Sprecher „Zukunftsforum – der Expert*innenrat für Österreich“



EVELYN REGNER

SPÖ-Abgeordnete im
Europäischen Parlament
Sprecherin „Zukunftsforum – der
Expert*innenrat für Österreich“



Mitglieder des SPÖ-Expert*innenrats über ihre Motivation, am Reformprogramm für Österreich mitzuarbeiten

ARBEIT
JÖRG FLECKER
Professor für Soziologie, Universität Wien



„Man erwartet von allen, dass sie durch Erwerbsarbeit etwas beitragen, gibt aber vielen nicht die Möglichkeit dazu. Zehntausende Ältere und gesundheitlich Beeinträchtigte bekommen keine Chance auf einen Job. Ich halte das für einen Skandal. Mit geförderter Beschäftigung und Qualifizierung kann Arbeitsmarktpolitik viel bewirken.“

BILDUNG
PETRA MÜLLNER
Kindergarten- und Hortpädagogin



„Als Elementarpädagog*innen können wir für jedes Kind, das bei uns ist, die Welt verändern. Das gelingt aber nur unter guten Rahmenbedingungen. Ich möchte aufzeigen, was sich verbessern muss. Andi Babler sieht Kinder nicht nur als unsere Zukunft, er sieht sie auch als unsere Gegenwart. Jedes Kind verdient ein gutes Leben. Das ist die Basis für eine kindgerechte, gute Politik.“

SICHERHEIT
GERHARD RAUNIAK
Brigadier, Verteidigungsministerium



HOCHSCHULEN
EVA SCHIESSL-FOGGENSTEINER
Geschäftsführerin Fachhochschule
des BFI Wien



„Hochschulen bieten jungen Menschen eine wertvolle Bildung und Ausbildung, Lehrenden und Forschenden eine sinnstiftende Arbeit. Wir erarbeiten forschungsgeleitete Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit. Um die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, braucht es wieder eine sozialdemokratische Handschrift.“

INKLUSION
HANS-JÜRGEN GROSS
Sachverständiger für Barrierefreiheit



„Inklusion ist der Grundpfeiler einer gleichberechtigten Gesellschaft, in der alle Menschen mit all ihren Talenten und Fähigkeiten teilhaben und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Ich bringe mich als Experte ein, um den defizitorientierten Blick auf Behinderungen zu verändern – hin zu einer positiven und talentorientierten Sichtweise.“

„Ohne äußere und innere Sicherheit gibt es keine soziale Sicherheit und ohne soziale Sicherheit keinen sozialen Frieden. Die SPÖ verkörpert für mich diesen Gedanken. Deswegen bringe ich mich mit dem Sicherheitspolitischen Verbund im Expert*innenrat ein.“

JUSTIZ
BRIGITTA LURGER
Professorin für Recht, Universität Graz



„Die Qualität der Gesellschaft bemisst sich am Wohlergehen ihrer schwächsten Mitglieder. Eine soziale Justizpolitik gibt den Schwachen eine Stimme und schützt deren Menschenwürde. Als Professorin für Zivilrecht interessiere ich mich dafür, wie das Recht in Europa zu einem glücklichen und gerechten Leben aller beitragen kann.“

MIGRATION, INTEGRATION, ASYL
MELITA SUNJIC
Journalistin, ehemalige
UNHCR-Sprecherin



„Die derzeitige Migrationspolitik kennt nur Verlierer*innen: Die Steuerzahler*innen finanzieren ineffiziente Asylsysteme. Betroffene werden erst ausgebeutet und dann gedemütigt. Die Gesellschaft leidet unter fehlender Integrationspolitik. Die Wirtschaft findet keine Arbeitskräfte. Die SPÖ hat nun kluge, menschliche und faktenbasierte Lösungen vorgelegt.“

WIRTSCHAFT
FIRAS SAEDADDIN
Business Angel



„Unternehmer*innentum treibt Innovation und gesundes Wirtschaftswachstum voran, schafft Arbeitsplätze und fördert sozialen Fortschritt. Als Experte engagiere ich mich, um diese Prozesse zu unterstützen und zu optimieren. Andi Babler und die SPÖ stehen für nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftspolitik.“

VERWALTUNG
MANFRED MATZKA
Ehemaliger Spitzenbeamter



„Die Verwaltung ist viel zu sehr unter den Einfluss der Parteipolitik geraten. Wir brauchen wieder eine stärkere Bindung an den Rechtsstaat, damit sie für alle Menschen da ist – nicht nur für jene, die sich's richten können. Als pensionierter Beamter will ich mein Engagement als ‚Diener des Staates‘ aufrechterhalten. Andi Babler hat mir mit seiner Einladung in den Expert*innenrat die beste Möglichkeit dazu gegeben.“



„Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt“

Der Bundesparteivorsitzende der SPÖ Andreas Babler im Gespräch über seine Vision der Mitmach-Republik, wie aus einem niederösterreichischen Arbeiterkind ein leidenschaftlicher Spitzenpolitiker wurde und darüber, was ihm Kraft gibt.

Andi, du bist der erste Bundesparteivorsitzende, der die Basis aktiv einbezieht. Der Vorsitzende etwa wird nun direkt von den Parteimitgliedern gewählt. Warum ist dir das so wichtig?

Es ist das wichtigste Element, um eine Bewegung am Leben zu erhalten. Es geht außerdem darum, die Leute in der Bewegung wertzuschätzen. Wenn wir zusammen leidenschaftlich um eine bessere Republik kämpfen wollen, müssen wir einander auf Augenhöhe begegnen.

Die SPÖ ist unter deiner Führung zur Mitmach-Partei geworden. Was bedeutet dir das?

Es ist eine nachhaltige Entwicklung, und ich finde es wahnsinnig schön. Man vergisst gern, welche geballte Expertise wir bei den Mitgliedern der SPÖ haben. Die kommen aus allen Lebensrealitäten und bilden einen echten Querschnitt der Bevölkerung ab, für die wir ja Politik machen. Dazu haben wir uns moderne Strukturen überlegt, wie man sich einbringen kann. Es geht dabei wie gesagt um Wertschätzung – aber auch darum, miteinander ein Momentum zu erzeugen.

Welcher war der für dich emotionalste Moment der vergangenen Wochen?

Da fällt mir spontan der Mitmachkongress ein, den wir Ende Juni in Wien abgehalten haben. Es war der erste Feiertag, es war Samstag, es hatte über 30 °C – und trotzdem waren rund 1.000 Leute dabei. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind teilweise von sehr weit hergekommen. Das zu erleben, hat mich sehr bewegt. Wir hatten ein starkes Programm mit Keynotes und Workshops, die alle auf Beteiligung gesetzt haben. Es war richtiggehend spürbar, wie sehr es den Leuten gefallen hat, selbst die Struktur mitzuprägen und sich einbringen zu können.

Du hast die Partei nicht nur für die Mitglieder geöffnet, sondern auch einen Expert*innenrat ins Leben gerufen. Warum?

Weil wir uns auch nach außen öffnen wollten. Die Expertinnen und Experten kommen aus ihren Fachgebieten und kennen die Hebel für Veränderungen. Das sind zum Teil Leute, die nie etwas mit uns zu tun gehabt haben und jetzt

sagen: Die Sozialdemokratie ist die Chance, Dinge zu verbessern. In der Gesundheit etwa, oder um das Leben leistbarer zu machen.

Wo du hinkommst, wirst du mit Riesenapplaus und großer Begeisterung empfangen. Was macht das mit dir?

Ich will keinen Personenkult, vor allem nicht in einer Partei, die sich zu einer Demokratisierung aufgemacht hat. Als Parteivorsitzender hat man aber eine spezifische Rolle. Meine ist es, nach außen aufzutreten und das zu repräsentieren, was wir gemeinsam schaffen. Wenn man so denkt und kritische Selbstreflexion übt, dann nimmt man solche Augenblicke als gemeinsame Kraftmomente wahr, die du in einer politischen Bewegung auch brauchst. Für mich heißt das: annehmen, verstärken, zurückgeben.

Du bist als Sohn einer Arbeiterfamilie in Traiskirchen aufgewachsen. Welche Momente in deinem Leben haben dich zu dem gemacht, der du jetzt bist?

Besonders prägend waren sicher die Jugendjahre, in denen ich erstmals in der Lage war, einzurichten, wem ich meine schöne Kindheit zu verdanken habe. Dass ich als Arbeiterkind glücklich aufgewachsen bin und viele Möglichkeiten

hatte, hat mit der Sozialdemokratie der 1970er-Jahre zu tun – mit den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, den Betriebsräten, die uns Rechte und Urlaubsmöglichkeiten verschafft haben, ein Schwimmbad, Sportvereine. Und als ich mich als Jugendlicher politisiert und erst richtig verstanden habe, woher das alles kam – das hat mich sehr geprägt.

Erinnerst du dich an den Moment, in dem du dich entschieden hast, SPÖ-Mitglied zu werden?

Die erste Entscheidung war, der Sozialistischen Jugend beizutreten. Da war ich 15 oder 16 Jahre alt. Das war eine Bewegung von jungen Leuten, die für andere da sein wollten und sich dafür organisiert haben. Vor ca. 30 Jahren bin ich der SPÖ beigetreten, das war nach einer Veranstaltung zum Gedenken an den 12. Februar 1934, dem Tag, an dem ein Aufstand von Sozialdemokraten gegen das Dollfuß-Regime blutig niedergeschlagen wurde. Da wurde mir noch einmal bewusst, wie viele Menschen unter widrigsten Umständen und unter großen Opfern und Verfolgung für ihre Rechte, für Demokratie und gegen Faschismus gekämpft haben. Und dass ich auch einen Beitrag leisten wollte.

Hättest du dir mit 18 Jahren gedacht, dass du eines Tages Bundesparteivorsitzender sein würdest?

Ich hätte es mir auch mit 49 ¾ noch nicht gedacht.

Weißt du noch, woran du dachtest, als du zum ersten Mal in deinem Büro in der Bundesparteizentrale gestanden bist?

Es war ein Moment großer Demut. Ich habe einen Wahnsinnsrespekt vor allen, die in der Sozialdemokratie bisher etwas bewegt haben. Ich bin dagestanden und habe sie visualisiert – beginnend bei Viktor Adler, der die Partei gegründet hat, über Karl Seitz bis zu Bruno Kreisky und so weiter. Zu wissen, unter welchem politischen Druck, unter welcher Gefahr für Leib und Leben sich Menschen hingestellt und etwas bewegt haben, erfüllt mich mit dem Wunsch, ihnen Ehre zu machen. Das waren Vorsitzende, die über ihr politisches Gespür, ihr Charisma, ihre Leidenschaft, ihren Ehrgeiz und ihr Dranbleiben vieles für die Menschen bewegt haben.

Auf YouTube gibt es Auftritte von dir zu sehen, die 10 Jahre oder länger her sind. Ob im Wirtshaus oder vor großen Menschenmengen – die Leidenschaft hört man immer heraus. Wie bewahrst du dir dein Feuer?

Das ist eine Lebenseinstellung. Das ist der Kampf um Gerechtigkeit, den ich total verinnerlicht habe. Ungerechtigkeiten packe ich nicht. Wenn ich in der Früh aufstehe, denke ich: rausgehen, bewegen, verändern. Und beim Schlafengehen überlege ich: Wie geht das morgen noch besser?

Auch jetzt noch?

Immer schon und immer noch.

Wo holst du dir Kraft?

Bei meiner Familie. Mit meiner Frau und unserer Tochter raus in die Natur gehen. Aber auch Musik hören oder eine Runde Flipper spielen.

Du hast selbst einige Jahre als einfacher Arbeiter dein Geld verdient. Manchen ist das nicht „studiert“ genug.

Gerade in der SPÖ ist es keine Schande, wenn jemand Politiker wird, der in der Privatwirtschaft auch handwerklich gearbeitet hat. Im zweiten Bildungsweg

habe ich dann einen Universitätsabschluss gemacht, habe mich auch viele Jahre lang mit Ökonomie und internationaler Politik beschäftigt. Ich kann mehrere Lebensrealitäten abbilden, und das ist gut so.

Was ist die wichtigste Eigenschaft, die du hast und die ein Politiker braucht?

Du musst Menschen lieben. Das ist die eigentliche Grundvoraussetzung dafür, Politiker zu sein. Mit dieser Einstellung erreichst du die Leute, unabhängig von deinem Hintergrund – und ihrem.

Wie sollen die Menschen in 50 Jahren auf diese Zeit zurückschauen?

Sie sollen sagen können, dass die Sozialdemokratie für viele wieder etwas ermöglicht hat. So, wie wir jetzt zurück schauen und schwärmen: „Was wurde früher nicht alles geschafft?“ Unsere Kinder und Enkelkinder sollen zurückblicken und sagen: In dieser Zeit hat sich wieder etwas verbessert – für jedes einzelne Leben.



Hast du in deiner eigenen Kindheit Ungerechtigkeiten erlebt und gedacht: „Das ist nicht ok, das ändere ich?“

Spontan fällt mir ein, wie ich in den 1980er Jahren in unserer Pfarre durchsetzen wollte, dass auch Mädchen ministrieren dürfen. Das war damals noch nicht erlaubt. Ich war schon lange und gerne Ministrant und hatte drei Kindheitsfreundinnen, die das auch werden wollten. Also habe ich um eine Besprechung mit dem Pfarrer gebeten und das vorgetragen.

Wie alt warst du da?

Zwölf, glaub ich. Leider war der Pfarrer damals dagegen. Da habe ich gesagt: Gut, wenn die Mädchen nicht ministrieren dürfen, dann will ich auch nicht mehr.

Du setzt dich heute auch besonders für Frauenrechte ein, besonders für Lohngerechtigkeit ...

Weil es einfach wahnsinnig ungerecht ist, dass es immer noch nicht gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit gibt. Ich habe in jungen Jahren ein paar Jahre bei Vöslauer gearbeitet. Eine Kollegin von mir ist an derselben Füllanlage gestan-

den, hat haargenau die gleiche Arbeit gemacht wie ich und trotzdem um ein Viertel weniger verdient. Diese Ungerechtigkeit habe ich nie vergessen.

Fast noch öfter als über Frauenrechte sprichst du über Kinderrechte.

Weil es meine tiefste Überzeugung ist, dass wir Kinderrechte als eines der zentralsten Rechte der Republik denken müssen. Kinder haben keine Lobby, keine Bühne. Unser Kernthema muss sein: Was brauchen Kinder? Antwort: Das beste Angebot für ihr künftiges Leben. Danach müssen wir Politik ausrichten.

Für diese Ansätze wirst du von manchen Medien und in sozialen Netzwerken angegriffen. Da heißt es mitunter: „Der Babler ist viel zu links, der redet immer nur von einem warmen Mittagessen für alle Kinder ...“

Wir sind eine Land, das auf seine menschlichen Seiten immer stolz war. Wir Österreicherinnen und Österreicher sind Spendenweltmeister, wir helfen ganz selbstverständlich in unserem Land lebenden Menschen, die in Not sind, und Geflüchteten. Schon seit 1945 haben wir Geflüchteten immer wieder

aus Überzeugung geholfen. Wir sind ein Land, in dem das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit unsere Gesellschaft zusammenhalten und definieren. Wir sind eine Nation mit Herz und Hirn. Warum sollen solche Werte in der Politik plötzlich nichts mehr gelten? Warum geht es da nur noch um Macht und Posten? Ich weiß aus persönlichen Gesprächen mit Menschen in ganz Österreich, dass viele eine andere Art der Politik wollen. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Treffen dich solche Angriffe persönlich?

Überhaupt nicht. Manche ehren mich sogar, weil sie zeigen, was das für Leute sind. Wie radikal diese Menschenverachtung gezeigt wird – nur, weil sie stark genug sind, einen Diskurs zu bestimmen. Wenn du eine Besteuerung der Superreichstenforderst, wie da auf einmal alle hyperventilieren. Wenn man das Anrecht auf Pensionen oder gute Arbeitsbedingungen formuliert, und da saust gleich die Keule durch die Luft und du spürst: Denen geht's nur um den Profit, die Menschen sind ihnen völlig egal. Solche Angriffe bestätigen nur, dass wir gut unterwegs sind, auch wenn's schwierig wird.

Wie antwortest du diesen Leuten?

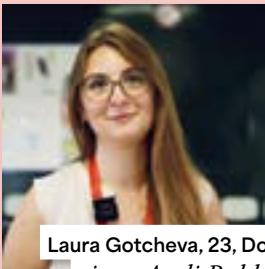
Mit dem Spruch, der Gandhi zugeschrieben wird: „Erst ignorieren sie dich. Dann lachen sie dich aus. Dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“

Dann ist die SPÖ jetzt gerade ...
... am Anfang von Phase drei.

Das heißt ...?

Ärmel hochkrempeln. Und zusammenstehen.





Laura Gotcheva, 23, Donaustadt „Wir brauchen einen Andi Babler – einen, der unser Land mit Herz und Hirn in eine bessere Ära leitet, in der Solidarität und Gleichberechtigung gelebt werden.“



Soheyl Liwani, 56, Donaustadt „Weil die SPÖ eine Partei der Solidarität und Mitmenschlichkeit ist. Weil wir Werte haben, die wir gemeinsam verfolgen und für Österreich einbringen. Deshalb SPÖ Wien und SPÖ Österreich!“



Maria Springer, 65, Villach „Die SPÖ ist mir wichtig, weil sie vom Herzen kommt. Ich komme aus einer Zeit, in der es noch Knechte und Mägde gab. Meine Eltern zum Beispiel. Durch die Kreisky-Ära konnte – und durfte! – ich die Bildungsausgrenzung überwinden.“

„Ich bin in der SPÖ, weil ...“

Im Rahmen des Mitmachkongresses der SPÖ am 29. Juni fragten wir Teilnehmer*innen, warum sie sich für die Sozialdemokratie engagieren. Die Antworten waren so unterschiedlich wie die Menschen in unserer Mitmachpartei.



Nino Portschy, 25, Alsergrund „Weil wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gemeinsam mit einer starken, sozialen SPÖ schaffen können.“



Brigitte Kusta, 68, Penzing „Der Babler kommt mir entgegen. Ich stehe für das Proletariat und deshalb für die SPÖ.“



Michael Hampel, 32, Josefstadt „Ich bin in der SPÖ, um den Rechtsruck zu verhindern, und weil sie Politik für alle macht.“



Jeremie Dikebo, 21, Ried im Innkreis „Warum ich in der SPÖ bin? Ganz einfach, damit in Österreich viel mehr soziale Gerechtigkeit stattfindet und damit wir endlich eine soziale Politik für alle Menschen in Österreich haben.“



Kurt Felber, 66, Tulln an der Donau „Ich bin in der SPÖ, weil die SPÖ die Partei ist, die für Menschen eintritt, die sich um Arbeitsplätze kümmert und die auch für die Kinder da ist.“

Respekt vor Arbeit und Leistung



Die Österreicherinnen und Österreicher haben vor allem drei Dinge verdient – anständige Löhne für menschenwürdige Arbeit, den Respekt der Regierenden und ein gutes Leben in jeder Lebensphase. Vor allem haben die Menschen in unserem Land verdient, dass die Politik sich darum kümmert, das Leben wieder leistbar zu machen. Dass harte Arbeit gesehen wird und sich lohnt – und man sich damit etwas aufbauen kann.

Auf den folgenden Seiten präsentieren wir Stimmen und Ideen zu Wohnen, Arbeit und einem guten, nachhaltigen Leben in Österreich. Und wir stellen Ihnen die Lösungen der SPÖ für die größten Probleme vor.



Die Teuerung im EU-Vergleich

Die aktuellen Inflationszahlen der EU belegen: In Österreich ist die Inflation immer noch höher als in den meisten anderen Euro-Ländern. Und das, obwohl die Preise in den vergangenen zwei Jahren bereits viel stärker gestiegen sind und sich damit ohnehin auf einem sehr hohen Niveau befinden.

Fast im gesamten Jahr 2023 führte Österreich das Ranking mit der höchsten Inflation in Westeuropa an. Während andere Länder wie Spanien und Portugal wirksam und frühzeitig in die Preise eingegriffen haben, haben ÖVP und Grüne unzählige Male Energiepreisdeckel, Mietendeckel und das Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel im Parlament verhindert. Auch Deutschland führte den Gaspreisdeckel ein, während Österreich nur tatenlos zuschaute. Selbst WIFO-Chef Gabriel Felbermayr gesteht nun ein, dass er der Regierung einen Gaspreisdeckel hätte empfehlen sollen.

Jetzt zeigt sich erneut das Ergebnis dieser Politik: Nirgends stieg der Gaspreis so stark wie in Österreich. Während er in den vergangenen drei Jahren im EU-Schnitt um 65 Prozent stieg, hat er sich bei uns mit einem Anstieg um 201 Prozent verdreifacht. Das wirkt sich auch auf andere Bereiche aus und ist ein Mittelpunkt, warum Österreichs Inflation so viel höher ist als etwa in Deutschland. Ein Ende der steigenden Preise ist also nicht in Sicht. Immer noch liegt die aktuelle Inflation in Österreich bei 2,9 Prozent (Stand Juli 2024).



Erdäpfel

+103%

teurer im Vergleich zu 2021



Mehl

+88,2%

teurer im Vergleich zu 2021



Teigwaren

+89,7%

teurer im Vergleich zu 2021



Der 5-Punkte-Plan zur Entlastung aller Österreicher*innen

Mieten einfrieren

Durch die Teuerung sind Mieten, besonders jene im privaten Bereich, massiv gestiegen. Wir fordern ein Aussetzen aller Mieterhöhungen – also das Einfrieren aller Mieten – bis Ende 2026. Danach dürfen Mieten maximal zwei Prozent pro Jahr steigen – entsprechend dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

Zinspreisdeckel für Häuslbauer

Viele kleine Häuslbauer sind im Zuge der Teuerung durch Kredite mit variablen Zinsen hoch verschuldet. Unsere Gegenmaßnahme: die Einführung eines Zinspreisdeckels von drei Prozent für alle Häuslbauerkredite bis zu einem Kreditvolumen von 300.000 Euro. Ein Eigenheim soll auch für eine Mittelstandsfamilie wieder leistbar – und nicht zur Schuldenfalle – werden.

Regulierung der Energiepreise

Der Zugang zu leistbarer Energie ist ein Grundbedürfnis und darf keiner reinen Marktlogik unterliegen. Wir fordern die Abschaffung des Merit-Order-Prinzips (das bedeutet im Grunde, dass der Strompreis vom teuersten Kraftwerk bestimmt wird) und das Kostendeckungsprinzip für die Belieferung von Haus-

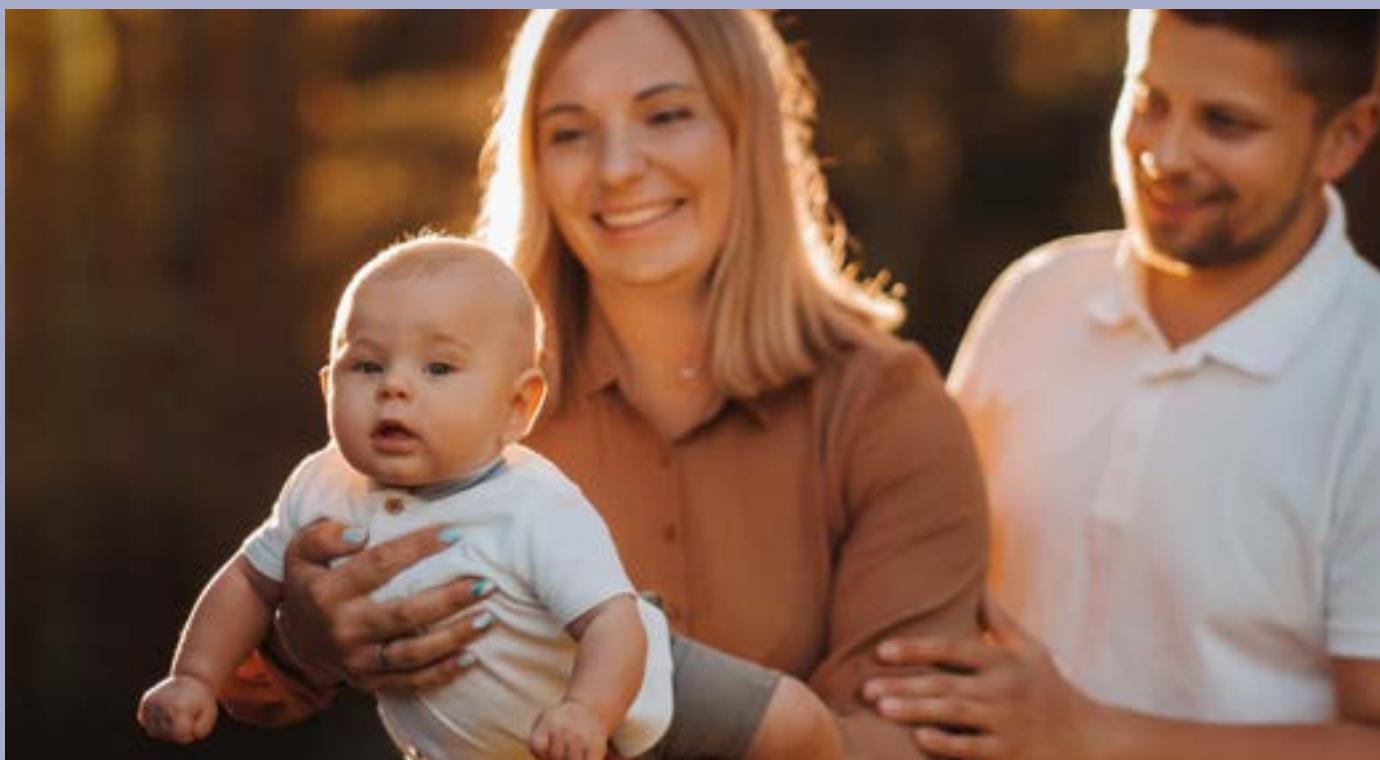
halten mit Energie. Angesichts zu erwartender hoher Schwankungen der Energiepreise ist diese Maßnahme notwendig, um zu verhindern, dass die Menschen von Preisspitzen überfordert werden. Für die Kosten des Netzausbau müssen neue Finanzierungsformen erschlossen werden, damit die Transformation gestemmt werden kann. Die Kosten des Netzausbau dürfen nicht auf die Haushalte überwälzt werden.

Runter mit den Preisen bei Grundnahrungsmitteln

Vergleicht man Supermarktpreise in Deutschland und Österreich ergeben sich nicht erklärbare Preisunterschiede. Es braucht die temporäre Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, bis die Inflation nachhaltig bei zwei Prozent liegt.

Verstärkte Preisaufsicht

Wir brauchen eine Verschärfung der Preisaufsicht durch eine sozialpartnerschaftlich besetzte Anti-Teuerungskommission. Marktwirtschaftlich nicht gerechtfertigte Preissteigerungen bei Gütern und Leistungen des Grundbedarfs sollen auf Basis eines Preismonitorings eine rasche Preisüberprüfung auslösen. Ungerechtfertigte Preiserhöhungen sollen abschreckende Strafen nach sich ziehen.



Leistbares Wohnen am Land

In Gallneukirchen geht man neue Wege: Wer Grünflächen in Bauland umwidmen will, muss auch auf Gemeinschafts- und Umweltinteressen Rücksicht nehmen. Ein Quadratmeter Bauland darf auch nicht mehr als 190 Euro kosten. Win-win für Natur und Menschen.

Es sind Fragen, die viele Gemeinden beschäftigen: Wie verhindern wir eine weitere Bodenversiegelung? Welche Flächenwidmungen sollen wir gestatten? Wie verhindern wir Spekulation mit Grundstückspreisen und eine weitere Zersiedelung?

Auch der Gemeinderat von Gallneukirchen, 14 Kilometer nordöstlich von Linz gelegen mit 6.650 Einwohner*innen, beschäftigte sich mit diesen Fragen. Und beschloss vor einem Jahr eine Strategie, die wegweisend für andere Orte werden könnte.

Bürgermeister Sepp Wall-Strasser hatte mit seinen Gemeinderät*innen darüber diskutiert, wie Wohnbauvorhaben und die Gestaltung des Ortes für die Zukunft aufgestellt werden können. Das Ergebnis ist ein Kriterienkatalog für Bauvorhaben. Ob die Gemeinde selbst oder einzelne Personen: Wer künftig Grünland in Bauland umwidmen möchte, muss jetzt bestimmte Voraussetzungen erfüllen:

- Es werden hauptsächlich Baulücken geschlossen.
- Das Grundstück befindet sich in der Nähe des Zentrums.
- Die geplante Bebauung ist im Einklang mit der allgemeinen Siedlungsentwicklung.
- Es ist bereits ausreichende Infrastruktur (Kanalisation) sowie ein Nahverkehrsangebot vorhanden.
- Bei verdichtetem Wohnbau – also größeren Wohnungsanlagen – muss man ein Konzept für Mobilität vorlegen und es muss Rad- und Fußwege zum Zentrum und zu Öffis geben.
- Bei Bauvorhaben müssen auch Grünoasen sichergestellt sein.

Preisdeckel für Bauland

Neu ist auch ein Bauland-Preisdeckel: Bei jeder Umwidmung wird jetzt ein Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Widmungswerber unterzeichnet. Darin wird festgehalten, dass der Baulandpreis auf 190 Euro pro Quadratmeter festgesetzt und mit dem Verbraucherpreisindex aus 2020 wertgesichert wird. Eine mutige Ansage, die viele erstaunte – und nun Nachahmer findet. Die Gemeinde erhält zudem das Vorkaufsrecht und kann Dritte benennen, die kaufen und bebauen können. Dabei wiederum sollen gemeinnützige Bauträger bevorzugt werden, wenn ihre Vorhaben in die Kategorien „Leistbares Wohnen“, „Junges Wohnen“ oder „Verdichteter Flachbau“ fallen.



Foto: DAichenauer, CC BY-SA 4.0

Auf diese Weise will die Gemeinde sicherstellen, dass es bei Bauprojekten nicht nur um Eigeninteressen geht. Es soll auch um die Gemeinschaft und natürlich auch um Natur- und Klimaschutz gehen. Wahllose Flächenversiegelung und gedankenlose Zersiedelung wird es in Gallneukirchen nicht mehr geben.



Wien macht's vor: Preisdeckel und Aus für Spekulanten

In Wien reagierte man auf explodierende Grundstücks- und Wohnungspreise schon vor einigen Jahren. 2018 beschloss die damals rot-grüne Stadtregierung eine neue Widmungskategorie und entzog Bodenspekulanten zwei Drittel des Baulands. Dieses wurde für geförderten Wohnungsbau reserviert. In zwei Dritteln der neuen Wohnungen gilt nun eine Mietbegrenzung sowie ein Verbot von Befristungen und Maklergebühren. Im November 2023 wurde die Novelle der Wiener Bauordnung beschlossen. Darin geht die Stadt schärfer gegen illegale und Kurzzeitvermietungen vor. Vereinfacht werden Maßnahmen wie Dekarbonisierung, mehr Photovoltaik und mehr Grünflächen. Wien setzt damit noch mehr auf Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz. Nicht umsonst wurde unsere Bundeshauptstadt 2024 vom britischen „Economist“ zum dritten Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt.

Damit sich auch unsere Kinder ihr Zuhause leisten können

Stärkung des gemeinnützigen Wohnbaus

Wir wollen eine eigene Widmungskategorie für den gemeinnützigen Wohnbau: In Ballungszentren sollen mindestens 50 Prozent des neu gewidmeten Baulands für den gemeinnützigen Wohnbau reserviert werden.

Zweckbindung und Erhöhung der Wohnbauförderungsmittel

Die Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel und die Rückflüsse aus der Wohnbauförderung wurden leider aufgehoben. Wir streben deren Wiedereinführung an. Parallel dazu fordern wir eine schrittweise Erhöhung der Wohnbauförderung – keinesfalls aber auf Kosten des Faktors Arbeit.

Sanierung vor Neubau

Um die Lebensqualität in den Gemeinden zu heben und klimapolitische Ziele zu erreichen, müssen wir einen Schwerpunkt auf die Sanierung von bestehendem Wohnraum setzen. Kommunen und gemeinnützigen Bauträgern sollen Immobilienkäufe und Sanierungen in Ortskernen von Gemeinden erleichtert werden. Damit wird leistbarer Wohnraum ohne zusätzlichen Bodenverbrauch und Zersiedelung geschaffen.

Wiedereinführung der Wohnbauinvestitionsbank

Der von der ÖVP-FPÖ-Regierung liquidierten Wohnbauinvestitionsbank soll durch Neugründung wieder Leben eingehaucht werden. Günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank ermöglichen eine Stärkung des leistbaren Wohnbaus, sowohl bei Neubau als auch bei Sanierungen. Leichtere Finanzierung von Wohnbau schafft Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und federt die steigenden Kosten im Wohnbau ab.

Mieterhöhungen aussetzen

Die Mieten sind in den letzten Jahren ungerechtfertigt stark gestiegen und haben die Inflation noch zusätzlich befeuert. Wir wollen deshalb gesetzlich alle Mieterhöhungen (Wohnungen und auch Geschäftsräume) bis Ende 2026 aussetzen und danach nur mehr eine Steigerung mit dem Leitzins der Europäischen Zentralbank, maximal aber 2 Prozent, zulassen.

Einheitliches Mietrecht für alle Mieter*innen

Aktuell gilt nur für bestimmte Wohnungen der gesetzliche Mietpreisschutz. Mit der Einführung eines einheitlichen Mietrechts für ganz Österreich soll eine regional angepasste

Höchstgrenze für Mieten festgelegt werden. Ein detaillierter Katalog für Zu- und Abschläge wird gesetzlich festgeschrieben. Zudem streben wir an, die Praxis der befristeten Mietverträge einzudämmen. Für besonders dreiste Verletzungen des Mietrechts soll es scharfe Strafen geben. In den letzten zehn Jahren hat sich gezeigt, dass gewinnorientierte Gesellschaften und Privatpersonen Wohnungen oft nur noch zeitlich begrenzt vermieten. Befristete Mietverträge sollen für Immobilienkonzerne, Banken und Versicherungen verboten werden. Bei Privatpersonen soll ein Verbot der Befristung hingegen erst ab der zweiten vermieteten Wohnung gelten.

Einschränkung der touristischen Vermietung

Es ist notwendig, die kommerzielle Kurzzeitvermietung über Plattformen wie Airbnb einzuschränken, um das Wohnraumangebot zu erhöhen. Hier hat das sozialdemokratisch geführte Bundesland Wien schon eine Regelung umgesetzt. Neue Regelungen im Gewerbe- und Steuerrecht sollen strenge Kontrollen gewährleisten und verhindern, dass der Wohnraum der Bevölkerung vorenthalten wird.

Energiewende mit sozialer Rechtsgestaltung ermöglichen

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn auch Mieter*innen und Bezieher*innen niedriger Einkommen daraus Vorteile ziehen. Das Wohn- und Energierrecht muss umgestaltet werden, so dass die Umstellung der Energieversorgung auch in Mehrfamilienhäusern umsetzbar ist. Energiegemeinschaften sollen bei ihrer Gründung und der Genehmigung von Anträgen durch ein One-Stop-Shop-Verfahren besser begleitet werden. Energiegesetze sollen den Verbraucher*innenschutz stärken.

Leistbares Wohnen für junge Menschen

Als SPÖ setzen wir uns dafür ein, dass Wohnraum nicht nur im Eigentum, sondern auch im Bereich des gemeinnützigen Wohnbaus in Mietverhältnissen gerade für junge Menschen leistbar ist, bleibt und wird. Dafür fordern wir Konzepte, die die Gründung eines eigenen Haushalts begünstigen, damit sich junge Menschen ihre eigenen vier Wände leisten können.

Eigenheime leichter leistbar machen

Wir wollen einen Zinspreisdeckel für „Häuslbauerkredite“ von 3 Prozent einführen, der durch einen Teil der Übergewinne der Banken finanziert wird. Ein Zinsregulierungsgesetz soll nach internationalem Vorbild einen Höchstzinssatz für Wohn- und Überziehungskredite und einen Mindestzinssatz für bestimmte Spareinlagen festlegen.



**EXPERTIN
AM WORT**

„In einer Zeit der Vielfachkrisen brauchen wir eine neue Art der Stabilisierungspolitik“

Isabella Weber ist Ökonomin, Universitätsprofessorin in den USA und eine der profiliertesten Expert*innen für Wirtschaftspolitik. Wir haben sie zur aktuellen Finanzlage befragt – und Antworten erhalten, die zu denken geben.

Isabella Weber über...

... Bankengewinne

Die Zinsen wurden in Rekordgeschwindigkeit erhöht. Die Banken gaben diese Zinserhöhung nicht gleich an die Sparen weiter, aber dafür sehr schnell an die Kreditnehmer*innen – die Gelegenheit, Übergewinne zu machen.

... Zinserhöhungen und Arbeitsmarkt

Die Zentralbanken – also der Staat – erhöhen die Zinsen, um die Inflation zu bekämpfen. Damit will man aufholende Lohn erhöhungen abwenden. Man sagt, man kühlt den Arbeitsmarkt ab – das klingt nach frischer Brise, tatsächlich zielt man aber de facto darauf ab, Arbeitnehmer*innen davon abzuhalten, ihren Lebensstandard auf das Niveau vor der Inflation zurückzubringen. Im Kontext von extremer Teuerung halte ich das für eine problematische Art von Politik, die letztlich auch Rezessionstendenzen anheizen kann.

... Inflation und Profite

Dem Unternehmenssektor ist es im Schnitt gelungen, die Profitmargen konstant zu halten oder sogar zu steigern und die gestiegenen Kosten an die Konsument*innen weiterzugeben. Wenn die Preise steigen und die Profitmargen, also

die prozentuellen Anteile, konstant bleiben, gehen die Profite hoch. Nicht alle Unternehmen haben aber von diesen Schocks profitiert. In der Regel konnten nur jene Unternehmen, die schon vor der Krise sehr stark waren, entsprechend reagieren. Die Schocks und die Inflationsdynamik haben die Ungleichheit auch im Unternehmenssektor erhöht.

... Existenzängste und Bedrohung der Demokratie

Bei einer Inflation, die von Energie-, Lebensmittel- und Wohnraumkosten getrieben wird, geht es um Grundbedürfnisse. Was passiert, wenn Menschen jeden Tag ihren Job machen und plötzlich Angst haben müssen, dass sie sich ihre Grundbedürfnisse nicht mehr leisten können? Dann bricht ein gesellschaftlicher Vertrag. Dann werden sie zum Teil hellhörig für extremes, insbesondere radikal rechtes Gedankengut. Das Ergebnis sehen wir bei Wahlen quer durch Europa. Wir erleben eine Inflation, die nicht nur ökonomisch extrem bedenklich ist, sondern auch für unsere Demokratie eine ernstzunehmende Gefahr darstellt.

... Wirtschaftspolitik in Zeiten der Vielfachkrisen

Wir leben in einer Zeit der Vielfachkrisen. Klimawandel und extreme Wetterereignisse sind bereits Realität, die Situation

im Nahen Osten ist extrem zugespitzt, weitere Schocks sind sehr wahrscheinlich. Wenn aber die Zinsen bereits so erhöht wurden, die Lebenshaltungskosten bereits am oder über dem Limit sind, die Wirtschaft bereits abgekühl ist, und dann kommt ein neuer Schock – wird man dann wieder die Zinsen erhöhen? Wir müssen über eine neue Art von Stabilisierungspolitik nachdenken, die unsere Grundbedürfnisse gegen Schocks schützt.

... Preisverlässlichkeit

Es ist wichtig, systemrelevante Preise so zu stabilisieren, dass Preisexplosionen nicht schwerwiegende Folgeeffekte auslösen. Die Lösung: Pufferlager für essenzielle Rohstoffe, Übergewinne besteuern und Preisbremsen einführen. Gerade im Energiebereich sprechen wir über Preise, die sowohl Unternehmen als auch Haushalte stark treffen. Energiepreisbremsen schützen Grundbedürfnisse und dämmen die Auswirkungen von Schocks ein.

Warum wir Steuergerechtigkeit brauchen

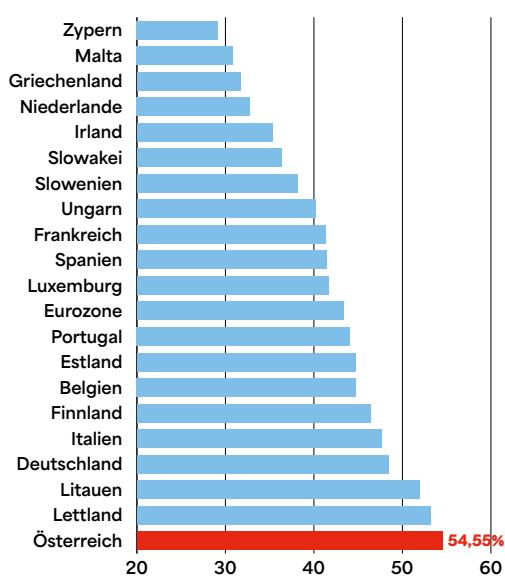
In kaum einem anderen EU-Land sind die Steuern auf Arbeit so hoch wie in Österreich. Gleichzeitig ist Österreich ein Steuerparadies für Multimillionäre. Die SPÖ will eine Kurskorrektur.

Eine ganz normale Familie in Österreich zahlt mehr Steuern als Millionäre. Das sagen nicht wir, das sagt OXFAM, ein internationaler Verbund verschiedener Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Sie haben diese Ungleichheit berechnet. Internationale Statistiken – von der OECD bis zur EU-Kommission – sagen das Gleiche: In Österreich herrscht Steuerungerechtigkeit.

80 Prozent des Steueraufkommens kommen aus der Besteuerung von Arbeit und Konsum. Die SPÖ will das ändern. Wir wollen, dass Millionäre einen fairen Beitrag leisten und damit das Gesundheitssystem finanzieren, die Kindergrundsicherung umsetzen und Steuererleichterungen für arbeitende Menschen umsetzen.

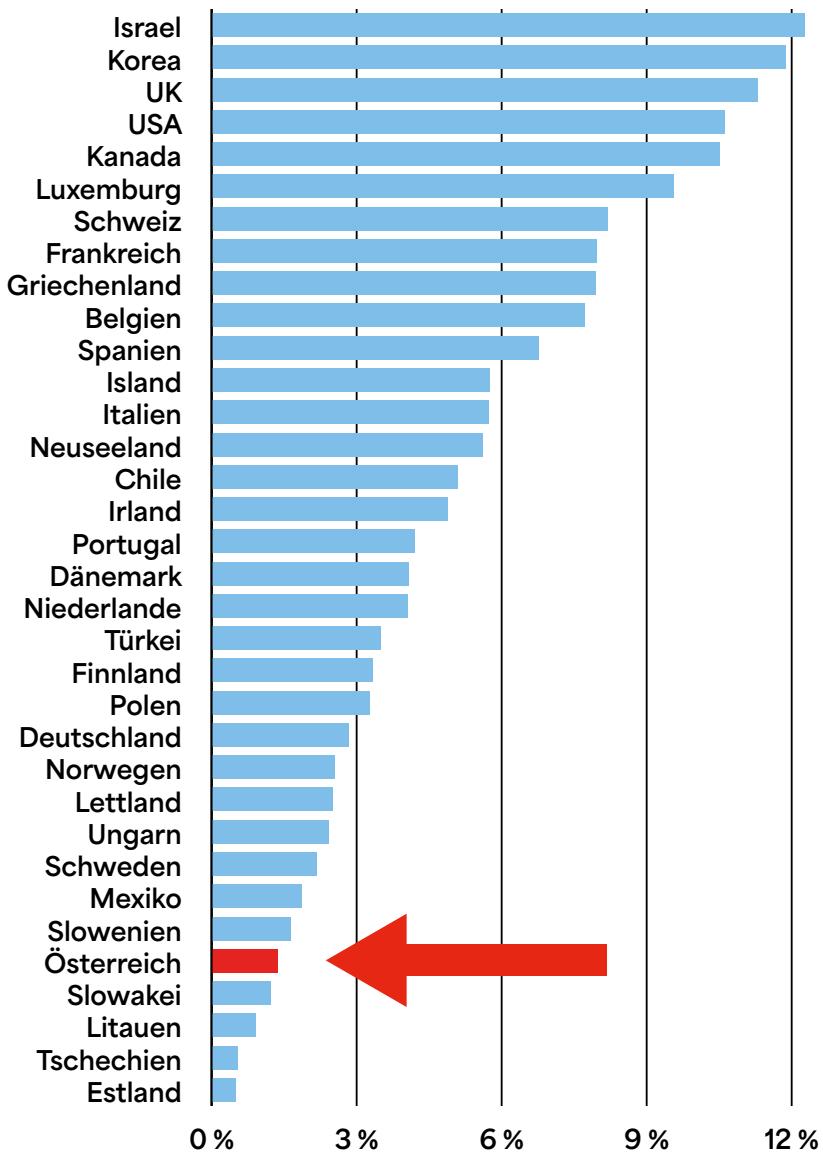
In Österreich besitzen die reichsten 5 Prozent mehr als die Hälfte des Vermögens

(Quelle: EZB, Top 5% share of net wealth (2024))



Österreich ist Schlusslicht bei den Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern

(Quelle: OECD Data archive)



Eine Republik, in der alle ihren fairen Beitrag leisten

Gerechte Millionärssteuern

Unter einer SPÖ-geführten Regierung soll der Steuerbeitrag des Arbeitseinkommens spürbar sinken und jener von Millionenvermögen steigen. Ziel ist, die österreichische Abgabenstruktur an den internationalen Standard heranzuführen. Die Millionärssteuer betrifft ausschließlich Nettovermögen, die über einer Million Euro liegen. Zusätzlich zu diesem Freibetrag ist auch das selbst bewohnte Eigenheim bis zu einer Luxusgrenze von 1,5 Millionen Euro ausgenommen.

Ein Beispiel: Jemand mit einem Eigenheim im Wert von 1,4 Millionen Euro und einem sonstigen Vermögen von 1 Million Euro zahlt keinen Cent Millionärssteuer. Die neue Abgabe trifft ausschließlich einige zehntausende Multimillionäre in Österreich, die rund die Hälfte des gesamten österreichischen Vermögens besitzen und weniger Steuern zahlen als in den meisten EU-Ländern.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Auch hier werden wir ausschließlich Millionen-Erbschaften besteuern. Eigenheime, die an Lebensgefährt*innen oder Kinder weitergegeben werden, bleiben zusätzlich komplett steuerfrei. Wir besteuern keine Häuslbauer, wir verlangen einen gerechten Beitrag von Superreichen in Österreich.

Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes

Trotz steigender Gewinne der großen Unternehmen – insbesondere bei Banken und Energiekonzernen seit 2021 – hielt die Regierung daran fest, die Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 23 Prozent zu senken. Im Jahr 2024 wurde der Steuersatz von 23 Prozent erreicht. Dadurch fehlt im Budget jährlich eine Milliarde Euro. 80 Prozent dieser Steuersenkung stecken 5 Prozent der bestverdienenden Kapitalgesellschaften ein. Die Banken schrieben 2023 einen Rekordgewinn von 14,1 Milliarden Euro. Schwarz-Blau und Schwarz-Grün schenkten ihnen mit der Senkung der Körperschaftsteuer zusätzlich 100 Millionen Euro aus dem Steuertopf. Die SPÖ will diese Senkung rückgängig machen.

Beibehaltung des Spitzesteuersatzes

Derzeit ist der Spitzesteuersatz von 55 Prozent für Jahreseinkommensteile über einer Million Euro bis 2025 befristet. Die SPÖ fordert die Beibehaltung über diesen Zeitraum hinaus.

Steuerschlupflöcher stopfen

Großkonzerne und Multimillionäre beschäftigen spezialisierte Steuerberatungen, um auf legalem Weg Steuern zu umgehen. Die SPÖ wird – nach deutschem Vorbild, wo etwa Steuertricks in der Grunderwerbsteuer erheblich erschwert wurden – solche Steuerschlupflöcher schließen.

Besteuerung der Übergewinne von Banken

Durch Anhebung der Bankenabgabe sollen der Zinspreisdeckel für Häuslbauer und Mindestzinsen für Sparer*innen finanziert werden. Gerade der Bankensektor erzielte durch die Krisen der vergangenen Jahre große Gewinne – jetzt sollen sie ihren fairen Beitrag leisten.

Vermehrte Steuerprüfungen bei Superreichen

Die SPÖ will die Wiedereinsetzung der Task-Force für Superreiche im Finanzamt, um strukturierte Steuerprüfungen durchzuführen.

Einsparungen in der staatlichen Verwaltung

Wo es sinnhaft ist – insbesondere bei Beraterstäben, Regierungs-PR sowie der Größe von Regierungskabinetten und Generalsekretariaten der Ministerien – setzen wir sinnvolle und gezielte Sparmaßnahmen. Für einen starken öffentlichen Dienst statt einer PR-Maschinerie zur Vermarktung von Regierungsprojekten.

Stärkung der Finanzverwaltung

Durch eine Erhöhung der Planstellen um 10 Prozent stärken wir die Prüfungshandlungen der Finanzverwaltung. Dadurch werden wir sowohl in der Betrugsbekämpfung als auch beim Service für die Steuerpflichtigen (wieder) besser.

Vereinfachung von Steuerrecht und Steuererklärungen

Die SPÖ fordert eine spürbare Erleichterung für die große Masse der steuerehrlichen Bürger*innen und Unternehmen, etwa durch eine Anhebung des allgemeinen Werbungskostenpauschales auf 500 Euro pro Arbeitnehmer*in.

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer

Wir wollen die Wiederbelebung der EU-Initiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach dem Modell der EU-Kommission von 2011.

Ausweitung der Digitalsteuer auf Plattformumsätze

Die nationale Digitalsteuer erfasst nur Online-Werbung. Jedoch sollen auch große Online-Konzerne wie Airbnb oder Uber, die in Österreich Nutzer*innen akquirieren und dadurch Gewinne einfahren, ihren fairen Beitrag leisten.

Das Österreich-Sparbuch für alle

Ein Sparbuch mit staatlich reguliertem Zinssatz, täglich fälliger Verzinsung und nicht langfristig gebunden, für die „eiserne Reserve“ der österreichischen Haushalte: Das ist das „Österreich-Sparbuch“, ein staatlich reguliertes Sparprodukt mit einer limitierten Einlagenhöhe (zum Beispiel 20.000 Euro). Die Banken müssen dieses Sparbuch den Bürger*innen kostenlos zur Verfügung stellen. So ist die Weitergabe der hohen Zinsen für die „eiserne Reserve“ der Haushalte garantiert. In Frankreich gibt es mehrere staatlich regulierte Sparprodukte dieser Art. Dort erhalten Personen mit kleinerem Einkommen sogar höhere Zinsen – eine soziale Staffelung, die auch für Österreich zu befürworten ist.



„Wir brauchen mehr Wertschätzung“

In Österreich gibt es zu wenige Pflegekräfte. Die Gewerkschafterin Beatrix Eiletz setzt sich österreichweit für tausende Beschäftigte ein. Im Gespräch erläutert sie, wo die Probleme liegen und was geschehen muss, damit wir alle im Alter eine gute Pflege haben.

Frau Eiletz, man hört dieser Tage, wie Menschen Anfang fünfzig sagen: „Ich habe Angst, im Alter niemanden zu haben, der mich pflegt.“ Ist die Sorge begründet? Leider ja. In den kommenden Jahren werden in Österreich zigtausende Pflegekräfte fehlen.

Woran liegt das?

Vor allem an der Pensionierungswelle bei der sogenannten Babyboomer-Generation. Die Bevölkerung wird auch immer älter und hat deshalb einen höheren Pflegebedarf.

Warum gibt es so wenige neue Pflegekräfte?

Wir haben zu wenige Ausbildungsplätze, speziell für diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen. Es gibt auch kaum Maßnahmen, um die Beschäftigten zu halten.

Wie könnte man sie halten?

Mit angemessener Bezahlung, mehr Wertschätzung und mehr Zeit für die Kund*innen. Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Eine Umfrage unter steirischen Beschäftigten in Gesundheits- und Sozialberufen ergab: 41 Prozent leiden unter moderaten und fünf Prozent unter starken Burn-out-Symptomen. Eine noch laufende Studie in Tirol zeigt bereits sehr ähnliche Ergebnisse, und im Rest von Österreich wird es nicht viel anders sein. Woher kommt das?

Du sollst so viel wie möglich am Kunden arbeiten, dazwischen gibt's Diskussionen um die Zeit, die nicht den

Kund*innen verrechnet werden kann: „Warum hast du fünf Minuten gebraucht? Das geht in drei!“ Geht eine Kollegin in Krankenstand oder Urlaub, muss jemand einspringen. Tut man es nicht, hat man ein schlechtes Gewissen, weil die Kollegin im Dienst noch mehr arbeiten muss oder die Menschen nicht versorgt sind. Es ist verantwortungslos von der Politik und den Trägern, die Kolleg*innen in dieser Situation allein zu lassen.

Mit welchen Problemen kommen Pflegekräfte besonders häufig zu Ihnen?

Die Arbeit am Menschen ist eine wunderschöne und erfüllende Arbeit. Aber man hat immer weniger Zeit für die Kund*innen – etwa für Gespräche oder Spaziergänge. Alles muss im Minuten-takt erledigt werden. Man hat ständig Zeitdruck. Das macht den Kolleg*innen am meisten zu schaffen. Viele sagen: „Das packe ich nicht bis zur Pension“ und wechseln in andere Berufe.

Ist Pflege Schwerarbeit?

Auf jeden Fall. In den 1990er-Jahren wurden im Baugewerbe die Zementsäcke von 50 Kilo auf 25 Kilogramm reduziert – als Arbeitnehmerschutz für die Bauarbeiter. In der Pflege müssen bis zu 100 Kilo schwere Kund*innen vom Bett in den Rollstuhl oder vom Rollstuhl in die Badewanne transferiert werden. Dann der psychische Aspekt ... Du bist ständig konfrontiert mit Krankheit, mit herausfordernden Kund*innen, ihren Wünschen und Bedürfnissen und denen ihrer Angehörigen.



Lässt sich Familie mit dem Pflegeberuf vereinbaren?

Schwer. In den stationären Einrichtungen hätte man noch eher einen geregelten Dienstplan – müsste man nicht ständig einspringen. Im mobilen Dienst sind die Hauptbetreuungszeiten in der Früh, mittags und abends. Das schaffen die Kolleg*innen nicht, wenn sie zu Hause Kinder oder Angehörige zu versorgen haben.

Was müsste sofort geschehen, um die Zustände zu verbessern?

Es müsste österreichweit einheitliche, nach wissenschaftlichen Standards vorgegebene Personalschlüssel geben, damit die Kolleg*innen Zeit haben, sich ausreichend um die Menschen zu kümmern.

Was kann die Politik tun, um die Situation von Pflegekräften zu verbessern?

Die Politik muss endlich ins Tun kommen. Vorschläge gibt es genug, wie Pflege funktionieren kann, damit es den Kund*innen gut geht – aber auch den Pflegekräften, damit diese gesund in die Pension gehen können? Die Politik muss endlich die Arbeitsbedingungen verbessern, damit die Menschen gut versorgt werden können. Und damit die Leute sich nicht sorgen müssen, ob sie später einmal Pflege bekommen.

Arbeitszeitverkürzung im Pilotversuch

Seit fast 50 Jahren gab es in Österreich keine Arbeitszeitverkürzung mehr. Internationale Testläufe zeigen: Die 4-Tage-Woche tut den Menschen wie der Wirtschaft gut. Zeit für einen Testlauf für Österreich.

Ob in Portugal, Island oder Deutschland: Mit kürzeren Arbeitswochen erleben Beschäftigte mit kürzerer Arbeitszeit weniger Stress und sind gesünder. Sie fühlen sich glücklicher, haben mehr Zeit für Erholung, Familie, Haushalt, Hobbys oder Sport. Doch weder die Produktivität noch die Qualität ihrer Arbeit nehmen ab. Im Gegenteil: In vielen Fällen wird die gleiche oder sogar eine bessere Leistung erbracht. Das steht nach mehreren Pilotversuchen in Europa schwarz auf weiß fest.

In Island haben aufgrund der erfolgreichen Pilotversuche nun 86 Prozent aller Beschäftigten die Möglichkeit zu kürzeren Arbeitszeiten. In den vergangenen Jahren haben es auch einige österreichische Unternehmen bereits probiert – ein Naturkosmetikhersteller, ein Hotel, Fachbetriebe, Marketingagenturen und viele mehr. Die Erfahrungen der heimischen Unternehmen decken sich mit den Ergebnissen internationaler Studien: Die Mitarbeiter*innen sind glücklicher, gesünder und produktiver. Die Frage liegt nahe: Worauf warten wir noch?

Pilotversuch für Österreich. In mehr als 150 Kollektivverträgen gibt es bereits verkürzte Arbeitszeiten. Es ist Zeit für ein groß angelegtes Pilotprojekt auch für Österreich – die SPÖ beantragte dies bereits vor einem

Jahr im Nationalrat.

Ziel der SPÖ ist es, einen wissenschaftlich begleiteten, groß angelegten Pilotversuch für Österreich umzusetzen. Und zwar dort, wo es gilt, schwere, fordernde Berufe attraktiver zu machen. In der Pflege etwa arbeiten viele in Teilzeit, weil es anders kaum zu schaffen wäre. Eine schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit würde dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen eher aufstocken, um dann in der neuen Vollzeit zu arbeiten. Auch Teilzeitbeschäftigte verdienen bei einer Arbeitszeitverkürzung mehr. Die gesunde Vollzeit kann mehr Menschen in jenen Berufen halten, die sie sonst erschöpft aufgeben müssten.

Gesunde Vollzeit hat Zukunft. Die letzte Arbeitszeitverkürzung fand vor 50 Jahren statt. Damals wurde die wöchentliche Arbeitszeit in einer Phase der Vollbeschäftigung über einen Zeitraum von fünf Jahren herabgesetzt. Auch heute würden wir für eine generelle 4-Tage-Woche Übergangsfristen einrichten und nach Branchen unterscheiden. Wo Sieben-Tage-Betrieb herrscht, kann durch Schichtbetrieb die 4-Tage-Woche umgesetzt werden – etwa im Gesundheits- oder Pflegebereich. Ziel der SPÖ ist eine generelle 4-Tage-Woche. Nicht nur Einzelne – unsere ganze Gesellschaft kann davon nur profitieren.



Ausgequetscht: Immer mehr Beschäftigte sind ausgelaugt, unzufrieden und krank

Die Produktivität in Österreich ist hoch wie nie. Doch diese Verdichtung der Arbeitszeit schadet den Menschen.

Etwas läuft schief in unserer Arbeitswelt. Anders lässt es sich nicht erklären, dass die Krankenstandstage in Österreich um mehr als ein Fünftel zugenommen haben und drei Viertel der Beschäftigten sich zwischendurch mit Schmerzmitteln arbeitsfähig halten.

In den vergangenen 50 Jahren hat sich die Produktivität in Österreich verdoppelt. In den Unternehmen taktet ein gesichtloses Management die Beschäftigten minutengenau. Menschen werden wie Maschinen organisiert: 30 Minuten hat ein Monteur für eine Aufzugswartung. 15 Minuten hat eine Pflegerin, um einen Diabetespatienten zu versorgen, 11 Minuten bleiben ihr, um ihn zu baden. Und kommt ein Essenslieferant neun Minuten zu spät, gibt es schlechte Bewertungen.

Menschen, die ihren Beruf eigentlich lieben, leiden unter dem steigenden Druck. „Der Kunde war einmal König“, erinnert sich der Aufzugstechniker Ossi Rosenitz, „jetzt ist er Mittel zum Zweck

– und der Zweck ist maximaler Profit“. Rosenitz arbeitet für TK Elevator, das einem Konsortium von Finanzinvestoren gehört. Das Management hat die Zeit für eine Aufzugswartung verkürzt. Heute muss ein Monteur innerhalb von acht Stunden 16 Wartungen durchführen. „Das geht sich kaum aus. Die haben keine Ahnung“, sagt Rosenitz.

Was er sich wünscht: mehr Wertschätzung. „Wir können bereits am Geräusch erkennen, wo bei einem Aufzug der Fehler liegen könnte“, sagt er. Egal. Hauptache, der Zeitplan wird eingehalten. Diese Verdichtung belastet Rosenitz und seine Kolleg*innen – und schadet der Beziehung zu den Kund*innen.

Aktuelle Studien sind einzige Alarmsignale: 40,5 Prozent der Beschäftigten stehen regelmäßig unter Zeitdruck, für 12,6 Prozent ist es der Normalzustand. Der Philosoph Robert Pfaller kritisiert eine auf Effizienz getrimmte Arbeitswelt: „Nicht, weil die Leute faul sind oder nicht arbeiten wollen. Nein, sie

leiden, weil sie ihre Arbeit nicht mehr so machen können, wie sie es für richtig halten.“

Permanent wird optimiert und umstrukturiert. In der Zentrale werden Wachstumsziele ausgegeben – von Menschen, die ihre Mitarbeiter*innen nie zu Gesicht bekommen. Trotz guter Ergebnisse schrumpft in vielen Betrieben das Personal, die Arbeit bleibt jedoch gleich. Der Lebensmittelkonzern Unilever etwa baute in den vergangenen 10 Jahren rund 46.000 Mitarbeiter*innen ab, während die Umsätze um 9,8 Milliarden Euro stiegen.

Während die einen Gewinne und Dividenden anhäufen, bleibt den anderen keine Zeit für ein Gespräch mit Kund*innen. Und einer Pflegerin mit 1.300 Euro netto im Monat bleiben gerade mal elf Minuten, um einen Patienten zu baden.

Neue Chancen für alle, die sie brauchen

Recht auf Weiterbildung: Qualifizierungsgeld für alle

Die bestehenden Systeme zur beruflichen Weiterbildung wie Fachkräftestipendium, Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Studienabschluss-Stipendium sollen zu einem neuen „Qualifizierungsgeld“ umgestaltet werden – als zweite Ausbildungschance für alle.

- Jeder Person über 25 Jahre, die beruflichen Neuorientierungs- oder grundlegenden Weiterbildungsbedarf hat, soll eine Weiterbildung existenziell ermöglicht werden. Das Qualifizierungsgeld ist mit einem Rechtsanspruch ausgestattet.
- Auch gegenüber dem Arbeitgeber*innen sollen Beschäftigte, die das Qualifizierungsgeld nutzen wollen, eine Freistellung für die Ausbildung analog zur Elternteilzeit durchsetzen können.
- Innerhalb einer Rahmenfrist von 15 Jahren können insgesamt 36 Monate Aus- und Weiterbildung absolviert werden, wenn in Summe mindestens fünf Jahre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Dienstnehmer*in, Selbständige oder als Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Inland vorliegen. Dies ist während eines Arbeitslebens maximal zweimal möglich.
- Besonderes Augenmerk wird auf Fort- und Weiterbildungsangebote für Frauen gelegt.

Ausbau „grüner“ Jobs für die Transformation

Die durch die Klimakrise notwendigen Umstellungen von Industrie und Produktion werden gewaltige Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort haben. Damit die grüne Transformation zu einer Stärkung des Industriestandorts Österreich führt, müssen die Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote für grüne Jobs massiv ausgebaut werden und dabei hohe Sozial- und Qualitätsstandards erfüllen.

Für besonders betroffene Industrieregionen sollen langfristige Entwicklungskonzepte und Förderungen entwickelt werden. Positive Leuchtturmprojekte sind etwa der „Klima-Winner“ der Stadt Wien oder das Klimaschutz-Ausbildungszentrum des AMS Niederösterreich in Sigmundsherberg.

Ausbildungsoffensive in der Pflege

Wir müssen eine sofortige, umfassende Ausbildungsoffensive starten: Personen, die eine Pflegeausbildung machen, sollen eine Entlohnung (ähnlich der von Polizeischüler*innen) erhalten, es sollen ihnen die Fachhochschulbeiträge erlassen und weitere An-

reize geboten werden – etwa eine Arbeitsplatzgarantie nach der Ausbildung (siehe auch „Unsere Ideen für die Pflege“).

Das AMS soll Sonderprogramme für die Ausbildung in Richtung Pflegeberufe mit ausreichender Existenzsicherung während der Ausbildung starten.

Vereinfachte Nostrifizierungsverfahren

Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienabschlüssen und Berufsausbildungen ist in Österreich mit vielen Hürden verbunden. Die lange Dauer des Verfahrens schrecken ebenso viele Antragsteller*innen ab wie die anfallenden Kosten. Gerade in Bereichen wie der Pflege, wo wir in Österreich mit einem akuten Fachkräftemangel zu kämpfen haben, schneiden wir uns mit solchen Hürden ins eigene Fleisch. Statt jeden Antrag von Grund auf neu zu bearbeiten, sollten standardisierte Verfahren je nach Herkunftsland und Berufsgruppe etabliert und zügig durchgeführt werden.

Durch- und Neustarten zu jeder Zeit: Lebensbegleitendes Lernen

Weiterbildung muss als fester Bestandteil der Arbeit möglich und leistbar sein. Erwachsenenbildung ist der Schlüssel, um fachlich und persönlich stetig weiterzuwachsen und sich selbst vielleicht auch einmal neu zu erfinden. Wir lassen niemanden zurück – mit ausgewählten Maßnahmen erfüllen wir diesen Anspruch:

- Anhebung der staatlichen Förderung der Erwachsenenbildung
- Ausbau bisheriger Angebote zur Berufsreifeprüfung. Wie andere Formen der Matura muss auch der Zugang zur Berufsreifeprüfung kostenfrei sein.
- Ausbau von Basisbildungsangeboten und Pflichtschulabschluss ohne Teilnahmegebühren
- Aufbau eines flächendeckenden Angebots für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) im Hinblick auf die anhaltende Migration nach Österreich
- Stärkere Berücksichtigung und Anerkennung von Kompetenzen, die im Rahmen der Berufspraxis erworben wurden. Damit sollen insbesondere Personen unterstützt werden, die außerhalb der Schule, im Berufsleben und/oder durch ehrenamtliches Engagement wertvolle Kenntnisse erworben haben, die formalen Abschlüssen ebenbürtig sind.

Für ein gesundes, erfülltes Berufsleben



Österreich testet die 4-Tage-Woche

Um zu zeigen, dass die 4-Tage-Woche für alle Vorteile bringt und machbar ist, setzen wir eine Testphase für Arbeitszeitverkürzung um: Gemeinsam mit Unternehmen, ihren Betriebsräten*innen und der Gewerkschaft wollen wir die 4-Tage-Woche – bei verkürzter Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich – in Betrieben unterschiedlicher Branchen testen und wissenschaftlich evaluieren, wobei auch auf branchenspezifische Herausforderungen eingegangen werden soll. Zur Unterstützung für die Unternehmen soll es eine Begleitung in der Organisationsentwicklung geben. Wir beginnen bei schweren, fordernden Berufen – etwa bei der Pflege. Einige Unternehmen gehen bereits mit positivem Beispiel voran und zeigen, dass die 32-Stunden-Woche funktionieren kann. Die Umsetzung der 32h Woche soll auf sozialpartnerschaftlichem Weg passieren.

Keine Sonntagsöffnung im Handel

Die SPÖ sagt klar: Der freie Sonntag für Beschäftigte im Handel muss beibehalten werden.

Stärkung der Gewerkschaften

Wir stärken die Gewerkschaften bei der Durchsetzung der flächendeckenden Erhöhung niedriger Löhne und Gehälter. Dazu gehören Verbesserungen bei Satzungen sowie die Schließung kollektivvertragsfreier Räume.

Gesetzlicher Schutz vor unfairen Arbeitsverträgen

Neun von zehn Arbeitsverträgen für Arbeitnehmer*innen beinhalten problematische Klauseln. Die meisten Arbeitsverträge werden von Unternehmen bereits vorformuliert – Bewerber*innen haben keine Möglichkeit, den Vertragsinhalt zu verhandeln. Ein gesetzlicher Schutz vor Übervorteilung ist das einzige Mittel gegen unfaire, nachteilige Klauseln.

Verfallsklauseln

Nicht bezahlte arbeitsrechtliche Ansprüche wie Lohn, Gehalt oder Überstunden verjährnen grundsätzlich nach drei Jahren. Verfallsklauseln in Arbeitsverträgen zielen darauf ab, diese gesetzliche Verjährungsfrist noch weiter zu verkürzen. Wir wollen ein gesetzliches Totalverbot von Verfallsklauseln während eines aufrechten Arbeitsvertrags.

All-in-Klauseln

All-in-Verträge bedeuten, dass mit einer vertraglichen Pauschalentlohnung alle Leistungen aus einem Arbeitsverhältnis abgegolten werden. Solche Vereinbarungen waren ursprünglich für sehr gut verdienende Beschäftigte gedacht und haben dort auch ihre Berechtigung. Für das Gros der Arbeitnehmer*innen sollen aber diese arbeitsrechtlichen Mogelpackungen nicht erlaubt sein. Wir wollen ein gesetzliches Verbot sogenannter All-In-Klauseln unter einer bestimmten Verdienstgrenze. Als Richtwert kann etwa die Höchstbeitragsgrundlage von 6.060 Euro brutto/Monat gelten.

Konkurrenzklauseln

Viele Arbeitsverträge enthalten sogenannte Konkurrenzklauseln, mit denen Arbeitnehmer*innen – bei sonstigen empfindlichen Strafen – verpflichtet werden, bis zu einem Jahr nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht in der Branche des alten Arbeitgebers tätig zu werden. In einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft beeinträchtigen solche Konkurrenzklauseln die Erwerbsmöglichkeiten von Menschen über das Arbeitsverhältnis hinaus. Wir schlagen deshalb vor, Konkurrenzklauseln gesetzlich gänzlich zu verbieten.

Demokratie in Betrieben schützen und stärken

Sobald Mitarbeiter*innen ihre Absicht kundtun, einen Betriebsrat gründen zu wollen, kommt es immer wieder dazu, dass sie gekündigt oder entlassen werden, um die Gründung zu verhindern. Solche Kündigungen können zwar arbeitsrechtlich bekämpft werden, trotzdem behindern sie das Recht zur Wahl eines Betriebsrates. Die Behinderung von Betriebsratswahlen soll deshalb strafrechtlich pönalisiert werden. Zudem soll der Kündigungs- und Entlassungsschutz für Kandidat*innen für die Betriebsratswahl ab dem Zeitpunkt gelten, ab dem das Interesse an der Betriebsratsgründung offenkundig wird.

Lasst die Betriebsräte*innen arbeiten!

Die erforderlichen Arbeitnehmer*innenzahl eines Unternehmens für die Freistellung von Betriebsräte*innen soll herabgesetzt werden. Des Weiteren soll ein Recht auf Teilstufenfreistellung bei Erreichen der Hälfte der Freistellungsgrenze eingeführt und die Erhöhung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung umgesetzt werden.

Weg mit der 60-Stunden-Woche und dem 12-Stunden-Tag

ÖVP und FPÖ haben 2018 zum Schaden der Arbeitnehmer*innen ins Arbeitszeitrecht eingegriffen. Das Ergebnis: die Möglichkeit für die bedingungslose Umsetzung der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tags ohne besondere Ausgleichsmaßnahmen, Mitbestimmung des Betriebsrats oder arbeitsmedizinische Folgenabschätzung. Die Einschränkung der Aufzeichnungspflichten für Arbeitszeiten stiftet bei Unternehmen Verwirrung. Diese Schäden sollen zurückgenommen werden.

Bezahlung von Überstunden durchsetzen

Im Jahr 2023 wurden fast 47 Millionen unbezahlte Mehr- und Überstunden geleistet – für Arbeitnehmer*innen ein Lohnraub in Milliardenhöhe. Wir brauchen eine Verschärfung der Sanktionen für unbezahlte Überstunden. Die Kontrolle soll über die bereits verpflichtende Arbeitszeitaufzeichnung erfolgen.

Kampf gegen sexuelle Belästigung

Arbeitgeber*innen werden verpflichtet, nach dem Übereinkommen 190 der International Labour Organization (ILO) Präventionskonzepte für ihre Betriebe auszuarbeiten, um sexuelle Belästigung vorzubeugen bzw. um beim Vorliegen von

Fällen der Belästigung wirksam Abhilfe zu schaffen. Kommen Arbeitgeber*innen dieser Verpflichtung nicht nach, sollen Strafen verhängt werden. Auch ein erhöhter Mindestschadensersatz ist zu erwägen.

Stärkung der Rechte von Teilzeitbeschäftigte

Viele Unternehmen forcieren die Teilzeitbeschäftigung, um flexibler bei der Dienstplaneinteilung zu sein: Die individuelle Einsatzzeit wird Woche für Woche neu festgelegt und bei Bedarf ausgedehnt oder eingeschränkt. Der Hintergrund: Mehrstunden können innerhalb von mindestens drei Monaten zuschlagsfrei im Zeitausgleich abgegolten werden. Mit drei einfachen Maßnahmen verbessern wir die Planbarkeit der Wochenarbeitszeit und des Monatsentgelts für Beschäftigte und setzen Anreize für eine Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit:

- Rechtsanspruch auf mehr Arbeitsstunden
- Wer regelmäßig Mehrstunden leistet, soll das Recht erhalten, die Normalarbeitszeit nach oben anzupassen.
- Mehrarbeit/Mehrarbeitsstunden sollen immer zuschlagspflichtig sein, Beseitigung der Zuschlagslosigkeit zum Beispiel in den ersten drei Monaten.
- Anhebung der Mehrarbeitszuschläge auf 50 Prozent: Wer mehr leistet, soll auch mehr bezahlt bekommen.

Verstärkter Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch Auslagerung von Arbeitsprozessen sowie die Nicht- oder Unterbezahlung für Arbeitnehmer*innen beauftragter Unternehmen muss beendet werden: Wir brauchen eine wirksame Hauptauftraggeberhaftung für offene Löhne und Sozialstaatsbeiträge in allen Branchen, eine Verschärfung der Strafen im Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSD-BG) und mehr Personal für wirksame Kontrollen.

Respekt vor der Arbeit heißt Schutz vor der Hitze!

Mehr als 200 Hitzetote pro Jahr machen deutlich: Temperaturen über 30 °C und direkte Sonne gefährden die Gesundheit. So machen wir das Arbeitsrecht klimafit:

- Recht auf Hitzefrei für besonders betroffene Berufsgruppen: Eine Orientierung kann an der Regelung für Bauarbeiter*innen erfolgen.
- Ausgleichsmaßnahmen für besondere „Hitzearbeitsplätze“ wie Gießereien, Wäschereien oder Großküchen: mehr Pausen in kühlen Räumen und mehr Freizeit für Arbeitnehmer*innen
- Für systemrelevante Berufe wie Beschäftigung bei Einsatzorganisationen wie der Polizei soll an Hitzetagen für Tätigkeiten im Freien eine tägliche Höchstarbeitszeit von 8 Stunden gelten – inklusive zusätzlicher, bezahlter Pausen.
- Verpflichtender Maßnahmenkatalog für Unternehmen bei Temperaturen ab 25°C, um Büroräumlichkeiten weit unter 30°C zu halten. Dies kann etwa über Kühlung, Beschattung oder Begrünung erfolgen.

Wirksam gegen Arbeitslosigkeit

Europa schaut nach Gramatneusiedl: Hier wurde ein Projekt für Langzeitarbeitslose ins Leben gerufen, das international Schule macht.

Das Versprechen war eindeutig: Jede Person, die länger als ein Jahr arbeitslos ist, bekommt einen Job – garantiert. Gibt es keine passende Stelle, wird eine geschaffen – mit normalem Lohn nach Kollektivvertrag. „Modell Arbeitsplatzgarantie Marienthal“ hieß das Projekt des damaligen Chefs des AMS Niederösterreich, Sven Hergovich, und Wissenschaftler*innen der Universitäten Oxford und Wien, das 2020 umgesetzt und als „Jobgarantie Marienthal“ bekannt wurde.

Benannt wurde es nach jenem Ortsteil von Gramatneusiedl, in dem vor mehr als 90 Jahren eine wegweisende Studie über die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit erstellt wurde – ein symbolträgter Ort, um die Vision vom garantierten Arbeitsplatz umzusetzen.

Der Staat als Jobgarant

Wer arbeitslos wird, muss sich üblicherweise an die Vorgaben möglicher Arbeitgeber*innen anpassen. Das Arbeitsmarktservice, kurz AMS, hilft zwar dabei, seinen Kund*innen Stellen zu verschaffen, die zu deren Erfahrungen und Fähigkeiten passen. Garantie auf einen Arbeitsplatz gibt es jedoch keine.

Die Teilnehmer*innen hatten am Arbeitsmarkt keine Stelle gefunden – im Rah-



men der Jobgarantie Marienthal nahm sich nun das AMS selbst in die Pflicht. Die Teilnehmer*innen konnten einer auf ihre Kompetenzen und Interessen zugeschnittenen, gemeinnützigen Tätigkeit nachgehen, parallel dazu suchte man für sie eine geförderte Stelle am regulären Arbeitsmarkt.

Mehr als 100 Langzeitarbeitslose fanden auf diesem Weg Arbeit. Einer von ihnen ist Karl Blaha. Der 56-Jährige führte bis 2019 ein Schuhgeschäft am Hauptplatz der Gemeinde. „Aber die Leute kaufen heute lieber online“, erzählt er. „Dagegen kommt man als kleiner Händler nicht an.“ Nach einem Jahr der Arbeitssuche erfuhrt Blaha von der Jobgarantie Marienthal: „Ich dachte mir, das klingt spannend, das mache ich.“

Anfangs arbeitete der Allrounder als Tischler, später als Archivar: „Ich habe die Geschichte der Feuerwehr Gramatneusiedl aufgearbeitet. Das passte gut, weil ich auch Kommandant der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr bin.“ Durch das Programm kam er wieder vermehrt in Kontakt mit Menschen – mit positiven Folgen für sein Privatleben.



Der heutige SPÖ-Niederösterreich-Chef und Kontrolllandesrat Sven Hergovich in Gramatneusiedl mit dem ehemaligen EU-Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit.

Neue Lebensfreude

„Soziale Sicherheit und mehr Selbstwertgefühl sind die stärksten Auswirkungen auf die Teilnehmer*innen“, berichtet der Ökonom Lukas Lehner von der Oxford University, der das Projekt gemeinsam mit anderen Wirtschafts- und Sozialforschern*innen wissenschaftlich begleitete. „Die Menschen waren aktiver, auch in ihrer Freizeit – weil ihre Tagesstruktur eine andere war. Sie haben neuen Sinn in ihrem Leben gefunden.“

Für Karl Blaha kam eines Tages ein Anruf: „Der Chef eines Logistikunternehmens hatte ein Foto von mir gesehen, auf dem ich Tischlerarbeiten mache. Er hat jemanden gesucht, der handwerklich begabt und ein Managertyp ist, so wie ich eben.“ Seitdem arbeitet er als Facility Manager mit Schwerpunkt Brandschutz: Karl Blaha schaffte den Wiedereinstieg in die Privatwirtschaft.

Der Staat spart Geld

Die Jobgarantie kostet den Staat pro Teilnehmer*in rund 1.000 Euro weniger als eine durchschnittliche Jobsuche, rechnet der Ökonom Lehner vor. Ein Teil fließt zudem als Lohnsteuer und Sozialbeiträge wieder zurück. Auch deshalb gilt die Jobgarantie Marienthal als europäisches Vorzeigemodell, fand bereits in mehreren Ländern Nachahmer und wurde 2023 mit dem europäischen „Innovation in Politics Award“ ausgezeichnet. Wegen des großen Erfolgs sollte das Projekt auch in anderen Gemeinden ausgerollt werden. Die ÖVP Niederösterreich erteilte dem Plan jedoch eine Absage. Im März dieses Jahres ließ die schwarz-blaue Landesregierung die Jobgarantie Marienthal auslaufen. Begründung gab es keine.

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist ein Kampf für die Menschen

Beschäftigungsgarantie für Langzeitarbeitslose

Die Zahl der Langzeitbeschäftigte losen wird wieder größer. Österreich braucht eine neue Jobgarantie. Die „Aktion 20.000“ oder auch das 2020 im niederösterreichischen Gramatneusiedl umgesetzte „Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal“ bzw. die Wiener Joboffensive 50plus sollten dabei zum Vorbild genommen werden.

Arbeitnehmer*innen, die bereits 12 Monate ohne Beschäftigung sind, sollen geförderte existenzsichernde Arbeit erhalten, die kollektivvertraglich entlohnt wird. Die Beschäftigungsgarantie soll auch zur Belebung des ländlichen Raums dienen – etwa durch gemeinnützige Cafés oder Senior*innentaxis.

Existenzsicherung für Arbeitsuchende

Die Arbeitslosenversicherung muss Arbeitslose vor einem sozialen Abstieg und vor Armut wirksamer schützen. Folgende Reformen sind dazu – neben anderen Verbesserungen bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe – notwendig:

- Erhöhung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent
- Erhöhung und Valorisierung der Familienzuschläge
- Inflationsanpassung bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe

Betreuung, Vermittlung und Qualifizierung

Für einen raschen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt braucht es individuelle Unterstützung durch das Arbeitsmarktservice (AMS) – dieses soll sich die Vermittlung und Qualifizierung gleichermaßen zur Aufgabe machen. Dazu muss das AMS allerdings auch die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen erhalten.

- Die Vermittlung soll nur in existenzsichernde Beschäftigung stattfinden und orientiert sich am Mindestlohn der Gewerkschaften.
- Für die überregionale Vermittlung braucht es eigene Qualitätskriterien.
- Während des Besuchs von Qualifizierungsmaßnahmen braucht es eine bessere Existenzsicherung, Bildungsangebote sollen sich an den Interessen der Arbeitssuchenden orientieren.
- Die Zumutbarkeitskriterien für Arbeitssuchende sollen modernisiert und der Einkommensschutz ausgeweitet werden.
- Sanktionen sollen gestaffelt werden und nicht sofort zu gänzlichem Leistungsverlust führen.

Unternehmen in die Pflicht nehmen!

Es braucht wirksame Maßnahmen, um schlechte Arbeitsbedingungen und zu niedrige Löhne zu bekämpfen:

- Verhindern des sogenannten „Zwischenparkens“ von Beschäftigten in der Arbeitslosenversicherung durch Unternehmen (etwa durch „experience rating“ – dabei richten sich die Versicherungsbeiträge für Unternehmen danach, wie stark sie bis dahin dazu beigetragen haben, dass Versicherungsleistungen wie Arbeitslosen- oder Kurzarbeitsgeld gezahlt werden mussten – oder durch Kostenübernahme für kurze Phasen der Arbeitslosigkeit)
- Etablierung einer Meldepflicht für offene Stellen, jedenfalls als Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Förderung durch das AMS
- Keine Vermittlung des AMS in Betriebe, die systematische Rechtsverletzungen (Arbeitsrecht und Arbeitnehmer*innenschutz) begehen
- Fluktuationsmonitoring und entsprechende Vermittlungssperren, wenn Personal häufig ausgewechselt wird.



„Von Barrierefreiheit profitieren wir alle“

Martin Zukrigl ist Initiator und Mitbegründer des Vereins „We help“. Er weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig es für Menschen mit Behinderungen ist, ein Teil der Gesellschaft zu sein.



Herr Zukrigl, Sie setzen sich mit dem Verein „We help!“ für die Autonomie und Selbstorganisation von Menschen mit neurologischen Störungen und mehrfach körperlichen Behinderungen ein. Welche Rolle spielt Ihre eigene Biografie dabei?

Ich bin das lebende Beispiel dafür, was Förderung und Unterstützung bewirken können. Ich habe eine zerebrale Tetraparese, das sind spastische Lähmungen aller vier Extremitäten. Dass ich so gut beieinander bin und ein großes Selbstvertrauen habe, liegt daran, dass meine Mutter mir alle Therapien und Förderungen zukommen hat lassen, die es gab. Es ist wichtig, das jedem Kind zu ermöglichen. Menschen, die vieles selbstständig können, brauchen später weniger Betreuung.

Sie hatten auch eine Berufslaufbahn ...

Ich habe über 20 Jahre in Teilzeit als Angestellter in einem Behindertenverein gearbeitet. Ich war dort in der Telefonzentrale. Die letzten Jahre hatte ich auch die komplette Lagerverwaltung über. Jetzt bin ich in Pension.

Was war das Wichtigste an Ihrer Arbeit?

Einen Beitrag zu leisten. Wertgeschätzt zu werden. Aber auch: kranken- und pensionsversichert zu sein. Ich habe viel Selbstvertrauen daraus geschöpft und viele Lebensziele erreicht. Eine eigene Wohnung! Besonders wichtig ist mir der Einsatz für andere Menschen mit Behinderungen ...

... die ja oft eine völlig andere Lebensrealität erwarten ...

Da wird man im Rahmen eines Tagesstruktur-Programms in Werkstätten gesetzt, wo man sieben Stunden am Tag Arbeiten erledigt, die von anderen Firmen ausgelagert werden. Wenn normale Mitarbeiter*innen so etwas machen, sind sie angestellt. Aber weil es Menschen mit Behinderungen sind, bekommen sie nur Taschengeld.

Wieviel kriegt man da?

So um die 50 Euro pro Monat für eine 30-Stunden-Woche. Ja, man wird betreut und ja, es ist besser als zuhause herumzusitzen. Aber es wäre unvorstellbar von Menschen ohne Behinderungen zu verlangen, dass sie für 50 Euro pro Monat sieben Stunden am Tag arbeiten. Es ist – bei aller guten Absicht – eine Art von Ausbeutung, von der große Unternehmen, die in den Werkstätten Arbeiter erledigen lassen, profitieren.

Ist man in der Tagesstruktur eigentlich pensionsversichert?

Nein, auch nicht krankenversichert. Das ist das nächste Problem. Wenn die Eltern sterben, stehen die Menschen ohne Absicherung da. Sie bleiben ein Leben lang von Sozialleistungen abhängig. Obwohl sie ihren Beitrag erbracht haben wie andere arbeitende Menschen auch.

Sie haben diesen Stein ins Rollen gebracht ...

Ja, das war 2017. Ein sozialdemokratischer Freund und ich haben einen Antrag geschrieben, der bis zum Landes-

parteitag gekommen ist. Dann hat es noch einmal lange gedauert – und jetzt auf einmal finden auch andere Parteien, dass dieses System nicht zeitgemäß ist. Aber ich will nicht schimpfen. Ich bin froh, dass etwas weitergeht.

Die UNO-Behindertenrechtskonvention ist seit 2008 in Kraft. Welche Veränderungen sehen Sie im Alltag?

Zu wenige, und da kann sich die SPÖ ruhig auch bei der Nase nehmen. Nehmen wir nur die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: Davon hätten alle etwas, nicht nur Menschen mit Behinderungen. Jeder Mensch, der schon mal einen Gipshaxen hatte, und jede Person, die mit einem Kinderwagen unterwegs ist, weiß, wie wichtig Barrierefreiheit ist. Alle würden profitieren – besonders in einer Gesellschaft, die immer älter wird.

Sie haben Recht. Es muss mehr geschehen.

Der neue Bundesparteivorsitzende macht mir Hoffnung. Wir haben halt keine Lobby. Wir müssten uns vielleicht selbst mehr engagieren. Aber die meisten von uns sind mit Überleben beschäftigt – und es ist auch nicht immer einfach, über solche Dinge zu sprechen.

Velleicht sollten Sie in die Politik gehen?

Das hätte ich mir zwar früher nicht gedacht. Aber ich bin nicht auf den Mund gefallen – vielleicht sollte ich das ausnützen.

Ziel: die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Echter Lohn statt Taschengeld

Rund 25.000 Menschen mit unterschiedlichen Talenten und Fähigkeiten arbeiten in sogenannten Tagesstrukturen, wie etwa in Werkstätten mit einfachen Tätigkeiten. Weil die Tagesstruktur nicht als Arbeitsverhältnis eingestuft wird, gibt es jedoch statt eines angemessenen Lohns nur Taschengeld. Dadurch erwerben Beschäftigte keine eigenständigen pensions- und krankenversicherungsrechtlichen Ansprüche. Die UN-Behindertenrechtskonvention hält fest, dass Menschen mit Behinderungen ein Recht darauf haben, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, um ihr Leben selbstständig finanzieren zu können. Dies kann durch eine einfache Vorschrift im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) umgesetzt werden.

Inklusionsfonds zur gleichberechtigten Teilhabe

Die bisher zur Verfügung stehenden Budgetmittel reichen für eine umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen bei weitem nicht aus. Mit einem Inklusionsfonds, der aus Mitteln des Bundes und der Länder gespeist wird, könnten die Sozialversicherung sowie zukünftige Maßnahmen finanziert werden, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen.

Persönliche Assistenz für alle und überall

Für Menschen mit schweren Behinderungen ist die Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz bundesweit einheitlich geregelt und wird über das Sozialministeriumservice den Betroffenen zur Verfügung gestellt.

Im Freizeitbereich sind jedoch die Länder zuständig, in denen sehr unterschiedliche Regelungen gelten – von relativ zufriedenstellend bis praktisch nicht vorhanden. Um in ganz Österreich nach einheitlichen Kriterien und einem gleichen Leistungsniveau Persönliche Assistenz in Beschäftigung und Freizeit und damit die vollwertige gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen, muss in einer bundesgesetzlichen Regelung im Wege einer Selbstbindung eine Fördermöglichkeit für alle Lebensbereiche vorgesehen werden.

Barrierefreiheit als Voraussetzung

Die digitale und bauliche Barrierefreiheit – also etwa der Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Geschäften – soll in allen relevanten Berufsausbildungen für Bau, Verkehr und Medien verpflichtend unterrichtet werden.

Nationale Strategie für Inklusion in der Bildung

Die SPÖ setzt sich für eine inklusive Bildungslandschaft ein, in der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen. Das soll unter anderem durch die Wiedereinführung der Modellregionen für inklusive Bildung und die sukzessive Ausweitung auf ganz Österreich gelingen.

- Eine bundesweite Strategie für inklusive Bildung: Diese wird gemeinsam mit Organisationen von Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Die Strategie umschließt alle Ebenen, beinhaltet konkrete Etappen, Leitlinien und Regelungen und bietet finanzielle Anreize für den Ausbau zur inklusiven Bildungseinrichtung – auch für Nachmittags- und Ferienangebote.
- Die finanziellen Mittel und Ressourcen für die Umstellung auf ein inklusives Bildungssystem müssen deutlich erhöht und durch das Bildungsministerium zur Verfügung gestellt werden.
- Das Recht auf einen Kindergartenplatz soll für alle Kinder umgesetzt werden. Kinder mit Behinderungen sollen einen gesetzlichen Anspruch auf einen Platz in einer elementarpädagogischen Einrichtung haben.
- Zur ganzheitlichen Betreuung an Bildungseinrichtungen fordert die SPÖ die Einführung von interdisziplinären, multiprofessionellen Teams für alle Kindergärten und Schulen. Ein positiver Ansatz kann dabei das Projekt „School Nurses“ sein. Dieses soll evaluiert, für alle kindergärten und Schulen ausgerollt und mit anderen medizinischen, therapeutischen und psychologischen Berufsgruppen ergänzt werden.
- Die SPÖ setzt sich für den Rechtsanspruch auf ein 11. und 12. Schuljahr im Regelschulsystem für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ein. Bisher gelten 10 Jahre Schulpflicht.

Es lebe der Ort!

Faire Lebensbedingungen und Chancen – unabhängig von der Postleitzahl: In welcher Region Österreichs heute ein Kind groß wird, darf nicht über seine Chancen und Lebensqualität entscheiden.

Wie lebt eine vierköpfige Familie auf dem Land ohne Auto? Gar nicht, lautet die Antwort in vielen Fällen. Zu wenige Öffi-Verbindungen, zu lange Intervalle, die nächste kinderärztliche Ordination zwei Stunden weit weg – wer schon einmal mit zwei kleinen Kindern länger unterwegs war, weiß: Das geht gar nicht. Was also brauchen junge Familien, aber auch Ältere für ein gutes Leben auf dem Land?

Die Grundpfeiler, die den ländlichen Bereich stärken, Landflucht verhindern, Perspektiven vor Ort erhalten und neue schaffen.



wohnortnaher Arbeitsplatz



ärztliche Versorgung



Post



ganztägige und kostenlose Kinderbildungseinrichtungen ab dem 1. Lebensjahr



Einkaufsmöglichkeiten



lokale Energieversorgung



Bankomat



Bank



Breitband-Internet



Anbindung an den öffentlichen Verkehr



Unser kostbarster Schatz

Österreich hat das Gold der Zukunft: Wasser. Damit unser kostbares Nass in jeder Form im Besitz der Österreicher*innen und der Zugang frei bleibt, muss es geschützt werden – und so viel wie möglich davon in öffentlicher Hand bleiben.

Seen, Quellen, Fließgewässer: Österreich ist gesegnet mit Wasser. Allein 74 Seen mit mehr als einem Hektar Wasserfläche laden zum Sprung ins kühle Nass ein, doch viele Seeufer sind für die Allgemeinheit unzugänglich.

Das österreichische Wasserrechtsgesetz regelt die Benutzung öffentlicher Gewässer – nicht jedoch die Seezugänge. Diese sind oft mit Villen, Hotels und Zweitwohnsitzen verbaut und nur den Besitzer*innen und zahlenden Gästen zugänglich. Ein großer Teil der öffentlichen Seeufer gehört Strandbädern, die fast immer Eintritt verlangen. 82 Prozent des Wörtherseeufers gehören Privaten, am Ossiacher See und am Attersee sind es 76 Prozent.

Die meisten großen Seen in Österreich sind über die Bundesforste, Gemeinden und Länder in öffentlicher Hand. Doch öffentlicher Besitz heißt nicht gleich Zugänglichkeit: Ein kompliziertes Netzwerk aus Pacht- und Nutzungsverträgen erschwert den Zugang. Wo früher Kinder wild baden gehen konnten, stehen sie heute vor Schildern mit der Aufschrift „Privat!“.

Wir können auch anders

Es gibt Bestrebungen, dies zu ändern. Am Bodensee etwa verhindert ein Naturschutzgesetz übermäßige Verbauung, die Uferstreifen sind zumindest theoretisch frei zugänglich. In der Bundeshauptstadt Wien gibt es praktisch keine privaten Wasserdurchlässe: An der Donau sind 63 Kilometer frei zugänglich. In den vergangenen 10 Jahren wurden an der Oberen Alten Donau und am Dampfschiffshafen öffentliche Strandabschnitte geschaffen, am linken Ufer der Oberen Alten Donau kamen allein in den vergangenen drei Jahren insgesamt 25.000 Quadratmeter Liegewiese direkt am Wasser hinzu.

Das SPÖ-regierte Bundesland Kärnten verankerte 2022 den Zugang der Allgemeinheit zu Bergen, Seen und Flüssen sogar in der Landesverfassung. Zusätzliche Gesetze und Zweckwidmungen für Abgaben sollen dafür sorgen, dass weitere Seegründe in die öffentliche Hand wechseln.

Das Recht auf unsere Natur

Ein freier Zugang zu Natur – ob Wälder, Wiesen oder Seen – ist eine Frage der Bevölkerungsgesundheit und damit auch ein volkswirtschaftlicher Faktor. Die SPÖ will in einem ersten Schritt das Recht auf freien Seezugang in die Verfassung schreiben. Dann sind die Gemeinden, Länder und der Bund am Zug.



Hunderten Gemeinden geht das Wasser aus

Österreichs jährlicher Wasserverbrauch liegt bei rund 753 Millionen Kubikmetern. Bis 2050 könnte dieser um 100 Millionen Kubikmeter steigen – bedingt durch Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Einzelne Gemeinden könnten bis zu 50 Prozent mehr Wasser benötigen. Hauptverbraucher sind Industrie und Landwirtschaft. Kann unser Grundwasser den Bedarf decken?

Antwort: Wahrscheinlich nicht. Studien von Greenpeace und dem Umweltbundesamt zeigen, dass in den kommenden Jahrzehnten über 470 Gemeinden von Wassermangel betroffen sein und die Grundwasserressourcen um 23 Prozent schrumpfen könnten.

Planlos in die Zukunft? Das zuständige Ministerium hat keinen wirklichen Plan, um bundesweit vorzusorgen. Dort weiß man nicht einmal, wie hoch der Verbrauch der wichtigsten Ressource in der Landwirtschaft ist: Es gibt derzeit keine verpflichtenden Wasserzähler für die Agrar-Industrie.

Eine EU-Richtlinie zum sorgsamen Umgang mit dem Wasser und einer fairen Verteilung harrt bis heute ihrer bundesweiten Umsetzung. 2019 wurde im österreichischen Parlament zwar beschlossen, die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in den Verfassungsrang zu heben. Bisher gibt es jedoch nur einen halbgaren Wasserschutzplan, den Expert*innen als unzureichend bezeichnen.

Jetzt gilt es vorzubauen. Dabei ist es wichtig, die Landwirtschaft bereits jetzt auf veränderte klimatische Bedingungen vorzubereiten. Dazu gehören etwa die Einführung trockenheitsresistenter Nutzpflanzen und Schulungen für Landwirt*innen, aber auch Agrarförderungen, die umwelt- und wasserschonende Strategien unterstützen.

Jetzt zu handeln ist entscheidend, um zu verhindern, dass Teile Österreichs in einigen Jahrzehnten wortwörtlich auf dem Trockenen sitzen.

Wie wir die Schönheit unseres Landes für die nächsten Generationen erhalten

Zugang zur Natur sichern

Das Recht auf freien Zugang zur Natur soll verfassungsgesetzlich verankert werden. Seegrundstücke im öffentlichen Eigentum dürfen nicht mehr verkauft und nur unter Sicherstellung des freien Seezugangs verpachtet werden. Länder und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht erhalten, um Seegrundstücke zu erwerben und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Für den Kauf von Seegrundstücken sind ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen.

Für einen gerechten Wandel

Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft bringt ökologische und soziale Herausforderungen mit sich und sollte durch das Zusammenspiel von Umwelt-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bewältigt werden. Internationale Gewerkschaften entwickelten das Konzept der „Just Transition“. Wir fordern die gesetzliche Einrichtung einer „Just Transition“-Beratungsagentur auf Bundesebene. Zudem braucht es eine durch Folgeabschätzungen und Analysen gestützte „Just Transition“-Strategie, um Klimaneutralität mit konkreten beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu erreichen. Unternehmensführungen sollen verpflichtende Dekarbonisierungs-Roadmaps erstellen, um Planungssicherheit und gerechten Wandel auf Betriebsebene zu gewährleisten.

Artenvielfalt erhalten

In Österreich nimmt die Biodiversität – also die Vielfalt der Arten und der Lebensräume – drastisch ab: 82 Prozent aller Arten sind in einem ungünstigen Erhaltungszustand. Die SPÖ fordert daher:

- ein Biodiversitäts-Budget für die Dauer der nächsten Legislaturperiode und den Ausbau des Biodiversitäts-Monitorings. Laut Berechnungen der EU-Kommission bringt jeder hier investierte Euro mindestens acht Euro ein.
- einen Biodiversitäts-Check für Gesetze und andere Regierungsvorhaben

Ein grünes Netz durch Österreich

Fast die Hälfte Österreichs ist von Wald bedeckt. Der Wald liefert die Ressource Holz und dient als Erholungs- und Freizeitgebiet. Zugleich hilft er uns, CO₂ abzubauen, er reinigt und kühlst die Luft und bietet unzähligen Tieren und Pflanzen ein Zuhause. Als SPÖ wollen wir 10 Prozent der Waldfläche Österreichs außer Nutzung stellen, um Platz für intakte Ökosysteme zu schaffen und Artenvielfalt zu fördern. Durch die Schaffung

eines „Grünen Netzes“ wollen wir Naturschutzgebiete miteinander verbinden, sodass Tierarten wandern können. Die Bundesforste als größter Waldbesitzer der Republik können hier vorangehen.

So schützen wir den Wald

Die EU-Entwaldungsverordnung gegen die Zerstörung von Ur- und Regenwäldern muss rasch umgesetzt werden. Auch hier brauchen die zuständigen Behörden genug Personal, um die Einhaltung der Verordnung zu prüfen.

Natur wiederherstellen

Wir setzen uns für eine rasche und gerechte Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme ein. Die Renaturierung soll gesündere Wälder, mehr frei fließende Flüsse und die Verbesserung der Ernährungssicherheit bringen. Gemeinsam mit allen Betroffenen wollen wir einen Plan für intakte Ökosysteme erstellen.

Der Schutz unseres Bodens

In Österreich werden jeden Tag mehr als 11 Hektar Boden verbaut – ein trauriger Spitzenwert in Europa. Die SPÖ fordert eine bundesweite Bodenschutzstrategie, um den Flächenverbrauch zu reduzieren und bereits verbauten Boden effizient zu nutzen. Diese Strategie soll unter anderem diese Maßnahmen enthalten:

- Versiegelte Böden müssen vermehrt für die Energieproduktion genutzt werden – etwa mit der Nutzung von Parkplätzen für Photovoltaik-Anlagen.
- Zwingende Revitalisierung von leerstehenden Gewerbe- und Industriebrachen: Ungenutzte, versiegelte Flächen sollen in Grünland rückgebaut, für leistbares Wohnen oder die Produktion von erneuerbarer Energie genutzt werden.
- Bei Neuwidmungen von Gewerbeflächen für den Handel muss eine Nutzung in Tiefgaragen oder Obergeschoßen erfolgen.
- Supermärkte dürfen nur mehr in Ortskernlagen errichtet oder erweitert werden.
- Ortskerne müssen stärker gefördert werden – mit weiteren Förderungen für belebte Ortskerne und durch den Ausbau von Gemeindezentren. Starke Ortskerne sind nicht nur für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Funktionen von Gemeinden essentiell, sondern auch für die Lebensqualität der Menschen.
- Neue Wohn- oder Gewerbeanlagen müssen entlang des

öffentlichen Verkehrs und weiterer Infrastruktur geplant werden.

- Instrumente zur Baulandmobilisierung sollten zentral angelegt werden. So sollen nach einem gewissen Zeitraum, zum Beispiel nach 25 Jahren, Baulandwidmungen verfallen, sofern keine widmungskonforme Nutzung vorliegt.
- Umwidmungsgewinne besteuern: Ein Teil der Umwidmungsgewinne von Grundstücken soll als Steuer abgeführt und direkt in einen noch zu schaffenden Bodenfonds eingezahlt werden. Dieser darf ausschließlich für den Ankauf weiterer Grundstücke für den kommunalen und sozial verträglichen Wohnbau oder zur Renaturierung verwendet werden.

Lebenswerter öffentlicher Raum

Babys, Kleinkinder und die ältere Generation sind von Hitze besonders betroffen. Wenn die Temperaturen auf über 30°C klettern, bleiben sie oft zuhause. Der öffentliche Raum muss jedoch auch an Hitzetagen für alle Menschen zugänglich und nutzbar sein. Dafür müssen Straßen und Plätze begrünt, Spielplätze beschattet und ausreichend konsumfreie Sitzgelegenheiten unter Bäumen geschaffen werden.

Schutz unseres Wassers

Es darf in Gebieten mit begrenzten Trinkwasserressourcen künftig zu keinen Nutzungskonflikten kommen. Wir brauchen eine Wasserstrategie, die sicherstellt, dass wir auch im Jahr 2050 genügend Wasser haben – als Trinkwasser und zur Bewässerung der Felder.

- Wir brauchen eine Verdoppelung der aktuellen Fördermittel zur Aufrechterhaltung und Erneuerung der überwiegend öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. So können die Gemeinden und Wasserverbände die nötigen Investitionen tätigen.
- Wir brauchen mehr Daten über den tatsächlichen Verbrauch von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Auf Bundesebene soll – wie es auch der Rechnungshof empfiehlt – ein digitales Melderegister für tatsächliche Wasserentnahmen eingerichtet werden.
- Die Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie im Hinblick auf kostenloses Leitungswasser in Restaurants und die Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum muss zeitnah erfolgen. Wasserspender auf Spielplätzen und an Verkehrsknotenpunkten müssen zum Standard werden.

SPÖ-FORDERUNGEN

UNSERE IDEEN FÜR EIN GUTES LEBEN AM LAND UND DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Gut versorgt und mobil an jedem Ort in Österreich

Finanzielle Unterstützung der Kommunen

Die SPÖ wird Gemeinden bei Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ihrer Infrastruktur, von Bildungsangeboten und der Daseinsvorsorge langfristig unterstützen. Mit einem **Investitionsvorranggesetz** können bürokratische Hürden überwunden werden (z.B. analoge Genehmigungen, einheitliches Vergaberecht). Besonderes Augenmerk wird auf eine geschlechtersensible Planung bei Mobilität und Stadtplanung gelegt, um die Bedürfnisse verschiedener Ziel- und Benutzer*innengruppen zu definieren und zu berücksichtigen.

Belebung der Ortskerne

Das Leben im Ort soll für Familien und Ältere wieder attraktiver werden, unter anderem durch den **Ausbau betreuter Wohnformen für ältere Menschen** in Ortszentren und einen **Investitionsfonds für Gastronomiebetriebe** und kleine Nahversorger.

Regionale Gesundheit

Die SPÖ fordert einen **Rechtsanspruch auf wohnort- und zeitnahe Versorgung**: Notwendige Termine bei Ärzt*innen und für Therapien müssen in der Region, in angemessener Zeit und auf e-Card möglich sein. Die Maßgabe des Österreichischen Strukturplans für Gesundheit, dass ein*e **Allgemeinmediziner*in innerhalb von 10 Minuten erreichbar** sein soll, ist einzuhalten.

Pflege auf dem Land

Jede Gemeinde soll eine **Pflege-Servicestelle**, also eine umfassende Informations- und Koordinationsstelle für Pflege, erhalten. Diese Servicestelle soll auch regionale Bedarfszahlen erheben. Diese fließen in die übergeordnete Bedarfs- und Entwicklungsplanung ein beziehungsweise begründen deren Datengrundlage.

Klima-Investitionsfonds für Städte und Gemeinden

Die SPÖ strebt die Zusammenführung und Aufstockung bestehender kommunaler Investitionsprogramme zu einem langfristigen Klima-Investitionsfonds an. Die Gemeinden können damit bis 2040 die Klimaneutralität erreichen und zum gesamtstaatlichen Ziel beitragen.

Vorrang für den öffentlichen Verkehr

Mit diesen Maßnahmen findet jede österreichische Gemeinde Anschluss ans ganze Land.

- Kostenlose Klimaticket für Personen unter 18 Jahre (und auf Sicht für alle unter 25 Jahre) (siehe auch „Unsere Ideen für Kinderrechte“)
- Bis 2030 soll jede Bezirkshauptstadt des Landes an ein höherrangiges Eisenbahnnetz oder eine Schnellbuslinie angeschlossen sein.
- Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut
- Stärkung und Beauftragung der rot-weiß-roten Bahnen und Busunternehmen
- Öffentliche Verkehrsanbindung bis (fast) vor die Haustüre. Es braucht kommunale Individuallösungen und ausreichend finanzielle Unterstützung. So schaffen wir auch Arbeitsplätze in Kommunen – etwa mit E-Taxis für kurze Fahrten für den täglichen Bedarf.
- Neugeschaffene Wohn- und Gewerbegebiete und Supermärkte müssen an den öffentlichen Verkehr angebunden werden.
- Attraktive Fahrzeiten: Verbesserung der Taktfahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel
- Verkehrsentlastung von ländlichen Regionen: Regulierung des Maut vermeidenden LKW-Verkehrs, etwa durch die Ermöglichung regionaler Fahrverbote mittels StVO-Novelle
- Vorrang Schiene vor Straße bei Transporten: Mehr Lärmschutz, Revitalisierung von Gleisanlagen in Betrieben, Ausbauplan für Gleisanlagen in Betrieben mit entsprechenden Umstiegsförderungen für Betriebe, Forschung und Förderung vor allem für Schienen-Güterverkehr unter 500 km.
- Öffentlicher Verkehr muss auch bei Hitze attraktiv bleiben – mit Wartemöglichkeiten im Schatten und klimatisierten Fahrzeugen.
- Mehr Qualität und Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen: Ausbau der Radwegverbindungen in und zwischen Gemeinden, breite Gehwege mit Beschattung sowie mehr Schulstraßen für den sicheren Weg zur Schule.
- Bahntickets attraktiver machen: Mehr grenzüberschreitende Bahnverbindungen bei Tag und Nacht
- Besteuerung von Flugkerosin
- Einfache E-Mobilität: E-Ladestationen müssen ausgebaut und vereinheitlicht werden. Statt unterschiedlicher Bezahlsysteme und Apps braucht es eine einheitliche, konsument*innenfreundliche Bedienung. Die öffentliche Hand muss selbst mehr E-Ladestationen anbieten und für private Anbieter klare Vorgaben bestimmen.





„Wir sollten die österreichische Landwirtschaft grundsätzlich neu aufstellen“

Ewald Grünzweil ist Landwirt und einer, der sich kein Blatt vor den Mund nimmt. Ein „Mutbauer“, wie er selber sagt. Einer, der aufzeigt, was schiefläuft in einer der ältesten Kulturen Österreichs – dem Bauerntum.

Herr Grünzweil, kann eine kleine Landwirtschaft ohne Subventionen oder Kredite heutzutage überhaupt überleben?

Schwer. Überleben kannst du eigentlich nur, wenn du öffentliche Gelder nimmst oder dich verschuldest. Das will aber nicht jeder, weil das eine ungute Abhängigkeit mit sich bringt. Dazu kommt, dass Agrarpolitik so gemacht wird, dass kleine Betriebe systematisch benachteiligt und dadurch aus der Produktion gedrängt werden. Das macht alles noch schwieriger.

Was ist so schlimm an großen Landwirtschaftsbetrieben?

Nichts. Wer das so machen will, soll es machen. Aber diesen Betrieben geht es finanziell auch nicht besser. Was ich kritisere, ist, dass kleinere Betriebe benachteiligt werden.

Was soll die österreichische Landwirtschaftspolitik verändern, und was hätten die Bürger*innen davon?

Gesunde Lebensmittel. Viecher, die nicht ausgebeutet werden. Grund und Boden, der nicht ausgelaugt wird. Eine intakte Natur. Glücklichere Bäuerinnen und Bauern, die Traditionen leben können. Wir sollten die österreichische Landwirtschaft grundsätzlich neu aufstellen.

Wie soll das bewerkstelligt werden?

Durch eine gesetzliche Regelung, die auch kleinere Landwirtschaftsbetriebe unterstützt und höhere Standards festlegt – vor allem beim Tierwohl. Wenn wir das nämlich nicht schnell gesetzlich regeln, nimmt uns der Kunde das Heft aus der Hand und besorgt sich Produkte woanders. Wir müssen unseren Markt vor Importware mit niedrigeren Standards schützen.

Wie garantiert man das?

Das Einfachste wäre eine durchgängige Lebensmittel- und Futtermittelkennzeichnung. Man soll erfahren, wo das Tier gelebt hat, was es gefressen hat, wo und wie es geschlachtet wurde – und man soll auch erfahren, woher die Gastronomiebetriebe und die Großküchen ihre Lebensmittel herhaben.

Und wie sollen kleinere Betriebe besser unterstützt werden?

Mit einer besseren Förderung und Staffelpreismodellen zugunsten der Kleinbetriebe. Man könnte zum Beispiel auch Großküchen und Gastrobetriebe dazu verpflichten, ihre Produkte von Biobauer*innen aus der Region zu beziehen. Mit einer fixen Abnehmerschaft haben auch kleinere Betriebe eine Chan-

ce. Und wir werden um eine gewisse Marktsteuerung nicht herumkommen. Kanada macht das zum Beispiel sehr erfolgreich bei der Milch.

Brauchen wir das auch?

Ja, denn in Österreich wird viel zu viel Milch produziert. Die Milchwirtschaft ist die einzige Branche, die auf ein Absinken des Milchpreises mit einer Erhöhung der Produktion reagiert. Weil man hofft, mit dem Umsatz die niedrigen Preise wieder wettzumachen.

Klingt nach Teufelskreis.

Schlimmer: Es setzt eine Negativspirale in Gang, die über Österreichs Grenzen hinauswirkt. Die Überschüsse landen dann als Milchpulver in Afrika und machen dort die Preise und das Leben der Leute auch noch kaputt. So wollen wir nicht sein. Das können wir besser.



Die bäuerliche Kultur wiederbeleben, mit gutem Gewissen genießen

Gerechtere Verteilung der Förderungen

Die SPÖ strebt einen Umbau der Förderungen an, um kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe besser zu unterstützen. Unsere Vorschläge:

- Summen-Obergrenzen im Fördersystem und höhere Förderungen für die ersten 20 Hektar
- Förderungen werden an Kriterien wie Einhaltung von Arbeitnehmer*innenrechten, Tierwohl und Umweltgerechtigkeit gebunden. Lohn- und Sozialdumping muss auch in der Landwirtschaft verhindert werden. Ein weiteres Beispiel ist die Förderung von Produkten mit hohen Tierschutzstandards und Unterstützung für Bäuer*innen, die neuen Auflagen zu erfüllen. Dies hilft kleineren Betrieben zu überleben.
- Eine reine Flächenförderung schafft keine Versorgungssicherheit und wird daher gerecht umgestaltet.
- Biobetriebe und Bergbauernbetriebe mit hoher und höchster Erschwernis erhalten eine stärkere Förderung.
- Um die Vergleichbarkeit mit den Nachbarländern sicherzustellen, braucht es eine transparentere Vergabe der Gelder in der ländlichen Entwicklung.
- Rechtssicherheit für die Auszahlung von Förderungen: Die Auszahlungen werden pro Wirtschaftsjahr vorab fixiert und erfolgen zeitnah.

Aktive Landwirtschaftspolitik auf EU-Ebene

Viele Entscheidungen zur Agrarpolitik werden auf europäischer Ebene getroffen. Die SPÖ kämpft auch hier für Verbesserungen.

Landwirtschaft im Einklang mit unseren natürlichen Ressourcen

Eine zukunftsorientierte Landwirtschaft behält den Erhalt und den Ausbau der Vielfältigkeit unserer Natur immer im Blick. Hier gilt es, einige Maßnahmen zu setzen:

- eine Minimierung des Einsatzes von chemischen Pestiziden sowie Honorierung von Biodiversitätsmaßnahmen.
- eine Erhöhung des Anteils an Bio-Imker*innen von derzeit unter 3 auf 10 Prozent

- mehr Klein- und Bergbetriebe zur Förderung der Artenvielfalt, einer vielfältigen Kulturlandschaft und der bäuerlichen Kultur.

Wahlfreiheit bei Gentechnik

Wir stehen für volle Transparenz, um die Wahlfreiheit der Konsument*innen in Bezug auf gentechnisch veränderte Lebensmittel zu wahren. Die SPÖ fordert klare Regeln für die Konsument*innen-Information auf europäischer Ebene, Risikoabschätzung und Nachverfolgbarkeit.

Keine Patente auf Pflanzen und Tiere

Um die genetische Vielfalt und Ressourcen zu erhalten, darf es keine Patente auf Pflanzen und Tiere geben.

Regionaler Zusammenhalt

Neben Förderungen brauchen kleine Landwirtschaften weitere Unterstützung, um eine Chance gegen große Agrarbetriebe zu haben. So sollen etwa öffentliche Kantinen, Großküchen und Bildungseinrichtungen dazu verpflichtet werden, Kooperationen mit regionalen Biolandwirtschaftsbetrieben als Zulieferer zu schließen.

Für ein Ende der Tierqual

Die SPÖ fordert ein Verbot von Vollspaltenböden in der Schweine- und Rinderhaltung innerhalb der kommenden fünf Jahre. Ein Schweinestall muss verpflichtend mehr Platz, Beschäftigungsmaterial und Einstreu erhalten. Die SPÖ fordert zudem ein Ende der Qualtransporte: mit einer maximalen Transportdauer von acht Stunden für Lebendtiere und einem Transportverbot für von der Mutter abhängige Jungtiere. Die SPÖ fordert auch eine Produktkennzeichnung: Mit sofortiger Wirkung soll die Art der Tierhaltung am Produkt gekennzeichnet werden, höhere Qualitätsstufen müssen signifikante Verbesserungen bedeuten.

Mit tiergerechten Standards und einer lückenlosen Kennzeichnung macht die SPÖ Österreich zu einem Musterland des Tierwohls.



Neustart für Österreich

Wir wollen Österreich so aufstellen, dass auch unsere Enkelkinder und deren Kinder eine sichere und lebenswerte Heimat vorfinden. Dazu brauchen wir ein starkes Gesundheitssystem, die beste Bildung für alle, eine zukunftsfitte Wirtschaft, echte Gleichberechtigung und Sicherheit.

Wie wir das schaffen werden, welches Potenzial wir haben, an die Europaspitze zu kommen, und warum die Sozialdemokratie die besten Antworten auf große Zukunftsfragen hat, zeigen wir auf den folgenden Seiten.

So machen wir Österreich zur Kinderrepublik

Die Kindergrundsicherung

Kinder brauchen Geborgenheit und Zuversicht, um sich frei entwickeln zu können. Mit der Kindergrundsicherung ermöglichen wir jedem Kind in Österreich ein sorgenfreies Aufwachsen – und beenden Kinderarmut. Unser Modell vereint bestehende Leistungen wie die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag und inkludiert den Familienbonus Plus – künftig für alle Kinder. Familien erhalten den Familienbonus Plus in voller Höhe. Unabhängig vom Einkommen der Eltern beträgt der Universalbetrag mindestens 367 Euro pro Monat pro Kind. Um armutsbetroffene Kinder zusätzlich abzusichern und ihnen Teilhabe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport und Kultur zu ermöglichen, erhalten sie eine zusätzliche, einkommensabhängige Zahlung.

Weiters braucht es den massiven Ausbau der staatlich garantierten Leistungen für Kinder. Dies umfasst insbesondere den kostenfreien Anspruch auf qualitativ hochwertige Kinderbildung mit kostenlosem Mittagessen, Zugang zu Ferien- und Freizeitangeboten und flächen- sowie bedarfsdeckender Versorgung mit ärztlichen und therapeutischen Angeboten. In sozialdemokratisch regierten Bundesländern, Städten und Gemeinden wurde vieles bereits umgesetzt. So können alle Kinder gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben, Armut wird nicht länger vererbt. Wir lassen kein Kind zurück.

Unterhaltsgarantie für jedes Kind

Etwa die Hälfte der Kinder von Alleinerzieher*innen in Österreich lebt in Armut oder Ausgrenzung. Wenn Väter ihre Unterhaltszahlungen einstellen, wird die Situation für die Betroffenen besonders prekär. Wir fordern daher die Umsetzung der lange versprochenen Unterhaltsgarantie: Im Falle einer Trennung von Eltern muss der Unterhalt für die Kinder gesichert und in angemessener Höhe geleistet werden. Der Kindesunterhalt soll unkompliziert und vorläufig in der Höhe des sogenannten Regelbedarfs (eine Berechnung der durchschnittlichen Kosten für Kinder) festgesetzt werden. Wird kein Unterhalt geleistet, soll die öffentliche Hand einspringen.

Ausbau des Kinderschutzes im Netz

Kinder dürfen im Internet keinen Schaden nehmen und müssen vor Ausbeutung geschützt werden, damit sie angstfrei den digitalen Raum erkunden können. Besonders schutzbedürftig sind Kinder-Influencer*innen: Minderjährige, die on-

line ihren Alltag zeigen, Produkte bewerben oder von Eltern zur Vergrößerung der Anhängerschaft herangezogen werden. Auch „Sharenting“ – wenn Eltern ihre Kinder von Geburt an online präsentieren – und Deepfakes stellen Gefahren dar. Die SPÖ bringt eine Novelle des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes ein, auch um die Einkünfte der Kinder und Jugendlichen durch Online-Auftritte zu sichern. Wir werden flächendeckend Kinderschutzkonzepte implementieren, eine Informationskampagne zu Kinder- und Jugendrechten starten



und die Vorgaben für Online-Plattformen verschärfen. Zudem engagiert sich die SPÖ gegen Cybergrooming – das gezielte Heranschleichen an Opfer zum Missbrauch Minderjähriger – und fordert die Kennzeichnungspflicht von Beauty-Filters und KI-generierten Inhalten im Netz, um negative Auswirkungen auf die Psyche und falsche Selbstbilder zu verhindern.

Obsorge ab Tag eins für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Integrationspolitik sollte einen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche legen. In Flüchtlingsunterkünften des Bundes sind jedoch hunderte unbegleitete Minderjährige auf sich allein gestellt und erhalten keine Obsorge, obwohl unsere Verfassung dies verlangt. Die Bundesregierung blockiert Organisationen, die helfen wollen: NGOs, die Jugendliche bei Obsorge-Anträgen unterstützen, dürfen die Unterkünfte nicht betreten. Wir fordern ein Umdenken: Für unbegleitete Jugendliche muss die Obsorge ab dem ersten Tag sichergestellt sein, notfalls vorläufig. Organisationen, die hier aktiv sind, müssen uneingeschränkt Zugang zu Flüchtlingsunterkünften haben. Die Empfehlungen der Kindeswohlkommission sollen umgehend umgesetzt werden.



Freie Fahrt für die Jugend

Kinder und Jugendliche sollen ein Recht auf Mobilität bekommen – in Form eines kostenlosen Klimatickets. Wir wollen freie Fahrt für junge Menschen bis 18 Jahre (auf Sicht schrittweise bis 25 Jahre). Aus Öffi-fahrenden Kindern und Jugendlichen können später Öffi-fahrende Erwachsene werden. So öffnen wir ihnen nicht nur die Tore zur Welt, sondern leisten einen Beitrag zur Reduktion der Emissionen.

Bundesweiter Jugendrat

Die SPÖ wird einen bundesweiten Jugendrat unter Einbeziehung der Bundesjugendvertretung einrichten. Dieser soll sich aus einem Querschnitt der jungen Menschen in Österreich zusammensetzen. In einem partizipativen Prozess sollen mit dem Jugendrat relevante Zukunftsthemen diskutiert und gemeinsam Maßnahmen, insbesondere in kontroversen und komplexen Themengebieten, erarbeitet werden.

Kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen

Junge Menschen sollen ihre Kreativität ausleben können und von Anfang an mit dem Kulturleben in Kontakt kommen. Die SPÖ steht für Chancengleichheit und will einen umfassenden, mehrjährigen nationalen Aktionsplan für kulturelle Bildung beschließen. Wir wollen eine tägliche Kreativeinheit an Schulen einführen. Jedes Kind soll darüber hinaus die Gelegenheit bekommen, ein Musikinstrument kennenzulernen. Mit Unterstützung des Bundes werden Musikschulen zu gesamthaften Kunstschen weiterentwickelt. Wir wollen die Kooperationen zwischen Schulen und Kultureinrichtungen ausbauen.

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen priorisieren

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahren – insbesondere auch im Zuge der Pandemie – massiv verschlechtert. Laut dem Bundesverband für Psychotherapie ist mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen von depressiven Symptomen betroffen, jede*r Zehnte denkt sogar regelmäßig über Suizid nach. Gleichzeitig fehlt es flächendeckend an kassenfinanzierten Therapieplätzen. Die Versorgungslage im psychotherapeutischen Bereich muss in den nächsten Jahren dringend priorisiert werden. Dabei braucht es nicht nur zusätzliche Therapieplätze, sondern auch eine Aufstockung der Mittel für Psycholog*innen und multiprofessionelle Teams an Schulen.

„Unser Gesundheitssystem braucht einen großen, gemeinsamen Fahrplan“

Langes Warten auf Arzttermine, fehlende Hausärzt*innen – unser Gesundheitssystem hat in den vergangenen Jahren stark abgebaut. Den Schaden tragen Patient*innen und Menschen in Gesundheitsberufen. Im Interview erklärt Miriam Hufgard-Leitner, Oberärztin im AKH und Vorsitzende des SPÖ-Expert*innenrats für Gesundheit, welche grundlegenden Reformen wir brauchen.

Österreich hatte jahrelang eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Jetzt bekommen Patient*innen keinen Facharzt- oder Operationstermin. Was ist da los?

In Österreich gibt es nach wie vor eine sehr gute Versorgung im Krankheitsfall. Aber es ist nicht mehr so, wie die Menschen es lange gewohnt waren. Zehn Monate mit einer schmerzenden Hüfte auf die OP warten – das sollte niemand durchmachen müssen.

Woher kommen diese langen Wartezeiten?

Vom Personalmangel, von fehlender Infrastruktur, weniger Ressourcen ... Es ist ein Prozess, den wir aufhalten müssen. Ein noch schlechteres Gesundheitssystem können wir uns nicht leisten. Oft wird nach Zusatzversicherungen gefragt. Das verunsichert die Menschen, weil der Eindruck entsteht, ein früherer Termin wäre eine Frage des Geldes.

Die ÖVP verstärkt diesen Eindruck durch die Erzählung,

Gesundheit sei eine Frage der Selbstverantwortung und des Lifestyles ...

Mit diesem Ansatz verbirgt man das Fehlen einer nachhaltigen Strategie. Und verabschiedet sich vom sozialdemokratischen Grundbekenntnis, dass Gesundheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

Ist unser Gesundheitssystem denn noch zeitgemäß?

Wir werden zum Glück immer älter. Das bedeutet aber, dass unser System darauf ausgerichtet sein sollte, die Bevölkerung gesund zu halten und nicht nur im Krankheitsfall zu behandeln. Ein solches Gesundheitssystem setzt an anderen Hebeln an – und bereits viel früher.

Es legt also stärkeres Gewicht auf Prävention?

Ganz genau. Wir brauchen eine gute Begleitung ab dem Eltern-Kind-Pass, Früherkennungssysteme und Anlaufstellen, wo die Menschen Hilfe bekommen, um gesund zu bleiben. Wir brauchen auch eine gewisse Work-

Life-Balance, um neben einer Vollzeitbeschäftigung gesund zu bleiben.

Was müsste noch geschehen, damit weniger Menschen krank werden?

Zum Beispiel brauchen wir eine gute Versorgungsforschung. Viele Dinge, die wir glauben zu wissen oder logisch finden, sind nicht mit Daten belegt. Ein Beispiel ist die Einsamkeits-Forschung: Wir wissen, dass extrem viele Menschen immer einsamer werden und auch, dass viele von ihnen dadurch krank werden. Wir wissen aber nicht, welche gesamtgesellschaftliche Maßnahme es braucht, um Einsamkeit einzudämmen. Das müssen wir erforschen.

Wie sieht es mit unserem Lebensstil aus?

Eines der größten Probleme sind unser sitzender Lebensstil und fehlende Bewegung – besonders, wenn es mit einer schlechten Ernährung zusammenfällt. Ich arbeite an der Adipositas- und in der Diabetesambulanz der Uniklinik. Ich sehe täglich die krankmachende Wirkung von Überernährung und Fehlernährung.

Wie begegnet man diesem Problem am besten?

Wir müssen auch hier weg von der Erzählung, das liege alles in der individuellen Verantwortung. Man muss nur in einen Supermarkt gehen – dann sieht



man, was billig und was teuer ist. Da braucht sich niemand darüber zu wundern, in welcher Lage wir uns befinden.

Sie sprachen vorhin von Work-Life-Balance. Wie sieht die für Beschäftigte im Gesundheitssystem aus?

Ich arbeite, wie sehr viele meiner Kolleg*innen, irrsinnig gern für die Gesundheitsversorgung der Menschen. Es ist aber frustrierend, wenn ich viele Dinge nicht lösen kann, weil es an Infrastruktur und Zeit fehlt. Zum Beispiel fehlt mir oft eine Sozialarbeiter*in an meiner Seite, die meine Patient*innen unterstützt. Man hat das Gefühl, sie werden alleine gelassen.

Was tun Sie dann?

Ich organisiere viele Dinge mit, für die ich gar nicht zuständig bin, weil ich weiß, dass es sonst niemand anderer macht. So geht es vielen Kolleg*innen. Das System baut immer mehr auf Heldeninnen und Helden, die über ihre eigenen Grenzen gehen, um die Patient*innen versorgt zu halten.

Wandern deshalb so viele Ärzt*innen in den Wahlarzt-Bereich ab?

Ja. Sie wollen gern mehr Zeit für die Patient*innen und auch mehr Zeit für ihre Familie haben. Viele meiner Kolleg*innen sehen, dass sie im Wahlarztsystem Vereinbarkeit besser leben und die Ärz-

tin/der Arzt sein können, die/der sie sein wollen. Da gehen dem öffentlichen System großartige Leute verloren.

Was brauchen wir generell für ein funktionierendes Gesundheitssystem?

Wir brauchen mehr Ressourcen. Mehr Geld, mehr Personal, viel mehr Forschung. Und einen großen gemeinsamen Fahrplan, um Ansprechstellen wie Primärversorgungs- und fachärztliche Zentren auszubauen, abzustimmen und

deren Aufgabenbereiche sowie Services an die Menschen zu kommunizieren. Das Bekenntnis zur Gesundheitsförderung muss auch in andere politische Verantwortungsbereiche wie Bildung, Infrastruktur, Gewalt- und Klimaschutz hineinragen, gemeinsam gedacht und umgesetzt werden.



Wir machen die Schäden von Schwarz-Blau und Schwarz-Grün wieder gut

Rechtsanspruch auf Behandlungstermin

Für Personen, die keinen Termin bei der Fachärztin oder dem Facharzt bekommen, muss eine Terminservicestelle innerhalb von 14 Tagen einen Behandlungstermin bei einer anderen ärztlichen Einrichtung anbieten. Die Hotline1450 soll dabei mittels geschultem Personal und einem Terminservice eine zentrale Rolle einnehmen. In Wien gibt es bereits ärztliche Beratung über 1450. In anderen europäischen Ländern gibt es bereits einen Rechtsanspruch auf einen Behandlungstermin, einschließlich einer Regelung, wie viel Zeit bis zum Behandlungsbeginn höchstens verstreichen darf. Die SPÖ will diesen Rechtsanspruch mit einem Behandlungssicherungsgesetz auch in Österreich verankern.

Verdopplung der Medizinstudienplätze

Österreich braucht mehr Ärzt*innen, die sich der Allgemeinheit verpflichtet fühlen. Wir verdoppeln daher die Medizinstudienplätze und statten die Universitäten mit dem nötigen Budget aus. Idealismus soll sich lohnen: Medizinstudent*innen, die sich verpflichten, nach ihrer Ausbildung im öffentlichen Gesundheitswesen zu arbeiten, bekommen Bonuspunkte für die Studienaufnahme.

Keine Versorgungsgpässe

Wahlärzt*innen sollen im Bedarfsfall Kassenpatient*innen behandeln. Viele Wahlärzt*innen sind von sich aus gerne bereit, bis zu 10 Prozent ihrer Kapazitäten zum Kassentarif zur Verfügung zu stellen und können vertraglich an einem Programm gegen Versorgungsgpässe teilnehmen. Sollte das nicht ausreichen, ist als ultima ratio auch eine gesetzliche Verpflichtung vorstellbar.

Gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem

Für die Sicherstellung von bedarfsgerechtem und qualifiziertem Personal in allen Bereichen des Gesundheitssystems braucht es eine Ausbildungsoffensive und gute Arbeitsbedingungen (siehe Maßnahmen zur Senkung der Drop-out-Rate in der Pflege).

Ein starkes, solidarisches Gesundheitssystem

Unter der Regierung Kurz wurden Entscheidungskompetenzen zur Arbeitgeber*innenseite verschoben, zum Schaden der

Arbeitnehmer*innen. Obwohl die Sozialversicherungsreform und die Fusion der Träger nicht umkehrbar sind, sind Änderungen nötig: Die Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen müssen in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger wieder die Mehrheit bilden, damit die Interessen der Patient*innen ausreichend Gewicht und Stimme bekommen.

Sichere und solidarische Finanzierung

Der Mittelentzug der schwarz-blauen Regierung aus dem Jahr 2018 muss zurückgenommen werden. Besonders die ÖGK ist unterfinanziert. Die von Schwarz-Blau versprochene Patientenmilliarde muss endlich ausgeschüttet werden. Selbstbehalte sind keine taugliche Finanzierungsform und haben kaum einen Lenkungseffekt. Deshalb dürfen keine neuen oder erhöhten Selbstbehalte eingeführt werden, im Gegenteil: Bestehende Selbstbehalte müssen reduziert werden.

Keine Privatisierungen im Gesundheitsbereich!

Die Profitinteressen weniger dürfen nicht über die Gesundheitsinteressen vieler gestellt werden. Es muss verhindert werden, dass öffentliche Gelder oder Beitragsgelder von Versicherten in die Taschen privater Finanzinvestoren (z.B. Private Equity Fonds) fließen.

Versorgungssicherheit für alle

Wir stärken die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung: Das Leistungsspektrum der Primärversorgungseinheiten (Netzwerke und Zentren) soll um kommunale Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote erweitert werden. Folgende Leistungen und Ressourcen wollen wir österreichweit verankern:

- Community Nursing – also ein System von diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen, die wohnnah und kostenfrei für die Patient*innen arbeiten, auch Hausbesuche machen und zusätzliche Gesundheitsleistungen vermitteln
- Social Prescribing – ein Lotsensystem für gesundheitsfördernde, nicht-medizinische Maßnahmen
- qualifiziertes Gesundheitspersonal in den Schulen.

Das große Zahnmedizinpaket

Wir nehmen Österreichs Zahngesundheit in Angriff: In einem ersten Schritt sollen sämtliche Zahnarztbehandlungen bis zum 23. Lebensjahr von den Krankenkassen übernommen werden.

Zahnvorsorge – etwa Mundhygiene – soll von den Sozialversicherungsträgern übernommen werden. Sachleistungen für Erwachsene werden sukzessive ausgeweitet, analog zur Rezeptgebührenobergrenze soll es eine Ausgabenobergrenze für erforderliche zahnmedizinische Leistungen geben.

Frauen- und sexuelle Gesundheit sicherstellen

Wir wollen österreichweit die kostenfreie Abgabe von Monatshygieneartikeln nach dem Wiener Modell. Empfängnisverhütung soll für alle Geschlechter kostenlos und frei wählbar sein. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen muss in allen öffentlichen Krankenanstalten kostenfrei angeboten werden. Tests für sexuell übertragbare Krankheiten sollen niederschwellig und kostenfrei angeboten werden.

Gendermedizin forcieren

Frauen leben zwar länger als Männer, verbringen aber mehr Jahre bei schlechter Gesundheit. Hauptgründe sind die Mehrfachbelastung in Familie und Beruf, ein eklatanter Mangel an Frauenärzt*innen, allgemein mangelnde Versorgungsangebote nur für Frauen und zu wenig Rücksicht auf die Unterschiede der Geschlechter in der Medizin.

Wir streben gesundheitliche Chancengerechtigkeit an. Ein zentraler Baustein ist die Gendermedizin – also die Medizin, die auf Geschlechterunterschiede achtet –, die wir auf allen Ebenen ausbauen: Behandlung, Forschung und Vorsorge.

Impfungen

Sofern eine allgemeine Empfehlung zur Impfung vorliegt, muss diese öffentlich finanziert werden. Es braucht einen niederschwelligen Zugang zu empfohlenen Impfungen: Wir werden auch Impfungen in Apotheken möglich machen.

Ein gesundes Leben für alle

Wir werden niederschwellige Gesundheitsbildungsangebote und kostenfreie Sport- und Bewegungsprogramme, die eine wohnortnahe Inanspruchnahme – auch an Tagesrandzeiten – ermöglichen, ausbauen und die Leistbarkeit von gesunder Ernährungsweise sicherstellen.

Ausbau der Vorsorge

Wir werden das Vorsorgeuntersuchungsprogramm nach alters- und genderspezifischen Kriterien ausbauen. Die Früherkennung von Sucht-, psychischen und metabolischen Erkrankungen wie Übergewicht oder Bluthochdruck soll dabei stärker berücksichtigt werden.

Gesundes und sicheres Arbeiten

Verbesserungen im Arbeitnehmer*innenschutz sollen zu mehr Sicherheit am Arbeitsplatz führen. Verstärkte betriebliche Gesundheitsförderung und Intensivierung der Forschung zu arbeitsbedingten Erkrankungen tragen nachhaltig zur Gesundheit der Beschäftigten bei.

Wir stellen die ärztliche Versorgung sicher

Wir bauen primäre Versorgungszentren sowie Fachärzt*innen-Zentren aus. Ärzt*innen, die freiberuflich und in einer Krankenanstalt arbeiten, soll nicht länger gestattet werden, ihre Patient*innen sowohl im öffentlichen System als auch privat gegen Honorar zu behandeln, wenn die Behandlung zeitlich oder therapeutisch zusammenhängt.

Öffentliche Therapiezentren

Wir werden Ambulatorien der sozialen Krankenversicherung oder der Kommunen zur niederschwelligen Versorgung mit Therapien im Sachleistungsbereich einrichten. Ebenso werden wir spezialisierte Behandlungszentren für bestimmte Indikationen und chronische Erkrankungen – etwa Diabetes oder Long-COVID – einrichten.

Senkung der privaten Kosten im Krankheitsfall

Wir fordern eine Selbstbehaltsobergrenze für alle Leistungen der Sozialversicherung, u.a. für Heilbehandlungen oder Behandlungsbeiträge. Die Rezeptgebührenobergrenze muss zu einer Arzneimittelkostendeckelung werden, in die alle verordneten Arzneimittel fallen. Durch Verträge mit Krankenversicherungsträgern wollen wir eine umfassende Sachleistungsversorgung in der Psychotherapie garantieren. Ebenso werden wir die Sachleistungsversorgung bei Logopädie, Ergo- und Physiotherapie ausbauen.

Alle Kinder verdienen die beste Medizin

Kinder dürfen nicht aufgrund fehlender Zusatzversicherungen oder des Krankenversicherungsträgers ihrer Eltern von Leistungen ausgeschlossen werden. Alle unter 18 haben Anspruch auf den gleichen Leistungskatalog. Wir wollen kostenfreie Sachleistungsmedizin und umfassende zahnmedizinische Versorgung ohne Privatleistungen. Alle vom Nationalen Impfremium (NIG) empfohlenen Impfungen müssen kostenlos sein. Privatmedizin in der Kindermedizin wird ausgeschlossen. Versorgungs- und Medikamentenforschung für Kinder und Jugendliche werden wir ausbauen.

Ausbau der Früherkennung

Wir werden die Früherkennung für psychische und physische Erkrankungen ausbauen und den Eltern-Kind-Pass für Kinder unter 6 Jahren weiterentwickeln. Der Leistungsumfang des Screenings wird an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst. Besonders die Gesundheit der Mutter nach der Geburt – etwa in Bezug auf Diabetes, Wochenbettdepression, Gewalt – soll stärker berücksichtigt werden. Wir führen einen Gesundheitspass für Kinder und Jugendliche von 7 bis 18 Jahren ein. Bestehende Angebote werden um Reihenuntersuchungen ergänzt, um den Eltern-Kind-Pass zu einem echten Früherkennungspass auszubauen.

Für ein Leben in Gesundheit und Altern in Würde

Für ein solidarisches Pflegesystem

Alle Menschen, die Pflege und Betreuung brauchen, sollen diese unabhängig von ihren finanziellen Mitteln bekommen – dies gehört zu den Kernaufgaben unseres Sozialstaats.

Die Aufbringung der Finanzmittel soll solidarisch und gerecht gestaltet werden. Das bedeutet: Wir alle tragen gemeinsam das finanzielle Pflegerisiko mittels steuerbasierter Finanzierung, auch Vermögende sollen die Last gesellschaftlicher Aufgaben mittragen.

Derzeit dient der Pflegefonds als Provisorium und Ausgleichsfonds für die Sozialhilfeträger. Dieser Fonds soll umgestaltet, dauerhaft finanziert und so endlich für die Menschen spürbar werden.

Letztlich brauchen wir mehr finanzielle Mittel zur Beschäftigung von ausreichend Personal und eine einheitliche, bedarfsorientierte Methode zur Personalberechnung.

Pflegeausbildung und Beruf attraktiv gestalten

Wir brauchen eine umfassende Ausbildungsoffensive und attraktivere Arbeitsbedingungen. Personen, die eine Pflegeausbildung machen, sollen eine Entlohnung – ähnlich den Polizeischüler*innen – erhalten, mit der die Fachhochschulbeiträge erlassen und weitere Anreize geboten werden, etwa eine Arbeitsplatzgarantie nach der Ausbildung. Maßnahmen zur Senkung der Drop-out-Rate sind:

- ein adäquater Personalbedarfsschlüssel
- höhere Dienstplansicherheit
- mehr Beweglichkeit – etwa, um Arbeitsplatzwechsel innerhalb des Systems zu ermöglichen
- faire Bezahlung
- langfristig lebbare Arbeitszeitmodelle wie ein Bonus für eine schlechte Arbeitszeit-Lage oder eine echte zusätzliche Erholungswoche.

Schwere Arbeit, faire Pension

Pflegepersonal soll einen verbesserten Zugang zur Schwerarbeitspension bekommen.

Kein Profit mit der Pflege!

Pflegeeinrichtungen, die gemeinwohlorientiert arbeiten, sehen sich zusehends unter Druck: Sie konkurrieren immer häufiger mit gewinnorientierten Pflege-Unternehmen. Deshalb soll die Gemeinnützigkeit der Pflege gestärkt werden. Regelungen dafür sollen sich am Vorbild der Wohnungsgemeinnützigkeit orientieren. Das bedeutet zum Beispiel: Wird eine Einrichtung auch nur teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert, so muss diese von Gesetzes wegen auch gemeinnützig arbeiten. Erzielte Gewinne sind also unmittelbar wieder für die Pflege, Betreuung und die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Qualität der Pflegeeinrichtungen und der Pflegeangebote zu verwenden.

Ähnlich wie bei Primärversorgungszentren soll ein Schutzhügel für Pflegeangebote eingeführt werden, der Finanzinvestoren fernhält. Der öffentliche Sektor soll zudem stärker als Dienstleister auftreten, indem Gemeinden die Kommunalisierung von Pflegeheimen fördern.

Ausbau des Leistungsangebots

Die SPÖ will ein Pflegesystem schaffen, in dem jedem Menschen mit Unterstützungsbedarf sowie dessen Angehörigen ein umfassendes Angebot an Sachleistungen offensteht und man langfristig nicht mehr auf Geldleistungen angewiesen ist. Zu viele Familien erbringen Betreuung und Pflege im privaten Rahmen. Wenn Angehörige weit entfernt leben, selbst krank sind oder Pflegebedürftige keine nahestehenden Personen haben, kommt es zu echten Krisensituationen. Es braucht den österreichweiten Ausbau von Pflege- und Betreuungsleistungen in allen Bereichen. Dabei soll Rücksicht auf regionale Gegebenheiten genommen werden, Mindestkriterien sollen festgelegt und unabhängig kontrolliert werden.

Regionale Pflegeservicestellen in ganz Österreich

Die SPÖ will regionale Pflegeservicestellen in ganz Österreich einrichten. Diese stellen sicher, dass Menschen mit Pflege- oder Betreuungsbedarf und ihre Angehörigen die passende Unterstützung erhalten. Sie bieten niederschwellige Zugang zu Informationen, geben Beratung, vermitteln Leistungen und begleiten Menschen auf ihrem Weg durch das Sozial- und Gesundheitssystem mit seinen mitunter komplizierten Zuständigkeiten und Regeln.



Pflegende Angehörige entlasten

Ohne die Pflege durch Angehörige – meist Frauen – würde unser Pflegewesen zusammenbrechen. Pflegende Angehörige brauchen mehr Entlastungsdienste, Angebote zur Ersatzpflege, bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie soziale und finanzielle Absicherung, wenn sie die Pflege zu Hause selbst übernehmen. Pflegende im erwerbsfähigen Alter sollen nach der Pflegephase spezielle Hilfe beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erhalten. Wechseln (ehemals) Pflegende in den beruflichen Pflegebereich, soll es spezielle Unterstützung, etwa bei der Ausbildung, geben.

Oft werden migrantische Betreuungskräfte durch Agenturen oder informelle Netzwerke vermittelt, um die Versorgungslücke zu füllen. Ihre Arbeitsbedingungen sind häufig durch Scheinselbständigkeit und Niedriglohn gekennzeichnet. Diese Missstände müssen durch Transparenz zwischen Personenbetreuer*innen, Betreuungsbedürftigen, Familien und Vermittlungsagenturen beseitigt werden.

Dazu schaffen wir ein eigenes Rahmengesetz, das die Rechte und Pflichten aller Beteiligten festlegt. Zusätzlich sollen diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen die Personenbetreuer*innen fachlich begleiten.

Rahmengesetz für 24-Stunden-Betreuung

Die Personenbetreuung, auch bekannt als „24-Stunden-Betreuung“, ist eine Notlösung für Lücken in den Betreuungsangeboten. Diese Lücken sollten durch den Ausbau von mobilen Diensten, Tageseinrichtungen, stationäre und alternative Angebote geschlossen werden.



Wie wir Bildung gestalten wollen

Ein System, in dem jeder Mensch von Anfang an die besten Möglichkeiten bekommt und sich weiterentwickeln kann – das ist die sozialdemokratische Vision guter Bildung.

Wir wissen um die Kraft und Wirkung von elementarer Bildung für jedes einzelne Kind, seine Entwicklung und Bildungschancen. Das Recht jedes Kindes auf einen guten Kindergartenplatz ist deshalb zentral.

Um jedem Kind in den Bildungseinrichtungen gerecht zu werden, brauchen wir mehr helfende Hände. Menschen mit verschiedenen Qualifikationen – von Administration über Sozialarbeit bis Psychotherapie – arbeiten in Teams und ergänzen einander in modernen Bildungseinrichtungen.

Gute Sprachkompetenz ist die Voraussetzung, um an Bildung und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Jedes Kind muss die deutsche Sprache und die eigene Muttersprache erlernen. Wir garantieren: Jedes Kind lernt Deutsch in der Schule ohne Zeit zu verlieren; wir wissen, wie zeitgemäße, integrative Sprachförderung geht.

Die sozialdemokratische Vision ist jene von Schulen der Zuversicht: Wir nehmen den Druck aus dem Schulalltag und schaffen Orte, an denen Lernfreude im Vordergrund steht – damit alle, Lernende und Lehrende, gerne hingehen und Leistung erbracht werden kann.

Wir geben Direktor*innen und Lehrer*innen die Sicherheit, dass die Schule der Zuversicht bestmöglich ausgestattet ist und so gute Arbeitsbedingungen bie-

tet, damit sie mit Freude in die Arbeit gehen. Und junge Menschen diesen wunderbaren Beruf ergreifen. Wir finanzieren Schulen bedarfsgerecht nach dem Chancenindex, damit pädagogische Arbeit in Qualität stattfinden kann.

Wir garantieren die Sicherheit, dass jedes Kind bestmöglich gefördert und begleitet wird – einfach, weil jedes Kind das Recht darauf hat. Im Bildungssystem, das wir schaffen, ist jeder junge Mensch am Ende der Schullaufbahn mit den nötigen Fähigkeiten und Kompetenzen ausgestattet, die er braucht, um sich selbstbewusst in der Welt zu bewegen und diese weiter zu entdecken.

Gute Bildung sucht das Gemeinsame, nicht das Trennende. Alle Kinder lernen gemeinsam und bekommen für ihre Entwicklung genug Zeit und Aufmerksamkeit. Wo mehr Unterstützung gebraucht wird, wird diese bereitgestellt.

Schule soll zu einem guten Lernort werden, die Arbeit für den Schulerfolg soll in der Schule stattfinden. Kinder und ihre Familien haben ein Recht auf Freizeit. Keine Aufgaben müssen mehr zuhause gemacht werden. Nachhilfe – ob am Küchentisch zu Hause oder in teuren Instituten – wird nicht mehr nötig sein. Das Angebot an Ganztagschulen wird ausgebaut, jedes Kind soll die Möglichkeit haben, in der Schule zu essen und spannende Freizeitangebote zu erleben.

Bildungsgerechtigkeit: Für echte Teilhabe und Inklusion

Seit jeher setzen wir Sozialdemokrat*innen uns konsequent für gleiche Bildungsrechte für alle ein. Überall, wo Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihres Vornamens oder ihres Geburtsortes Steine in den Bildungsweg gelegt werden, beseitigen wir diese und bauen Räume der Teilhabe und Ermächtigung.

Tag für Tag erleben junge Menschen und Familien, wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind. Kinder mit Autismus warten jahrelang auf einen Kindergartenplatz. Andere finden keinen Platz in Ganztagseinrichtungen oder warten lange auf notwendige Diagnosen und Unterstützung. Häufig fehlen auch barrierefreie Kultur- und Freizeitangebote.

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert von Österreich verstärkte Anstrengungen, um allen Menschen alle Rechte zu gewähren. Wir wollen ausreichend finanzielle Mittel bereitstellen: für Persönliche Assistenz, Unterstützungskräfte in Klassen und Gruppen, Therapien oder für Hilfsmittel zur Überwindung von Barrieren.

Mit „jedem Kind“ meinen wir wirklich alle Kinder. Wir schaffen genügend inklusive Kindergärten, um lange Wartelisten abzuschaffen. Nicht die Familien sollen sich um Hilfe bemühen müssen, sondern die Einrichtungen werden diese kostenlos bereitstellen.

Das beste Angebot ab dem ersten Lebensjahr

Gleiche Chancen für alle Kinder

Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer Wien, Kärnten und das Burgenland und viele sozialdemokratische Städte und Gemeinden haben bereits viele Verbesserungen für Eltern und Kinder umgesetzt – vom Gratiskindergarten über das kostenlose Mittagessen bis zur kostenlosen Nachhilfe. Wir wollen die gleichen Chancen für alle Kinder in ganz Österreich.

Die beste Bildung schon für die Kleinsten

Jedes Kind hat das Recht auf einen ganztägigen, ganzjährigen und kostenlosen Platz in einer VIF-konformen (VIF steht für „Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf“), hochqualitativen Elementarbildungseinrichtung ab dem 1. Lebensjahr.

Die Elementarpädagog*innen brauchen mehr Zeit für individuelle Zuwendung, Vorbereitungsarbeiten, Elterngespräche und Reflexion in der Arbeitszeit. Um jedem Kind gerecht zu werden und alle Aufgaben erfüllen zu können, brauchen wir mehr Personal mit verschiedenen Qualifikationen – von Administration bis Psychotherapie.

Einmal Schule mit allem

Jedes Kind soll eine gute Schulzeit erleben, die für das Leben nötigen Grundkompetenzen erwerben, seine Stärken entdecken und entfalten. Eltern sollen darauf vertrauen dürfen, dass die Schule ein guter Lernort und die Familienzeit auch echte Freizeit ist. Druck und Belastung durch die Schule müssen deutlich reduziert werden. Gleichzeitig braucht es mehr Raum, Zeit und Ressourcen für Interessen und Potenziale.

Schulen sollen professionelle Teams zur Abdeckung des pädagogischen und sozialpsychologischen Bedarfs inklusiver Bildungseinrichtungen erhalten. Eltern sollen vor allem in folgenden Bereichen entlastet werden:

Schule ohne private Nachhilfe

Sämtliche Ressourcen, die ein Kind braucht, werden – je nach Bedarf der Schule – bereitgestellt, von der Lehrkraft bis zu den Lernmaterialien. Eltern, die pädagogische Unterstützung oder besondere (Talente-)Förderung für ihre Kinder benötigen, erhalten diese vor Ort kostenfrei.

Jede Förderung, die das Kind braucht

Schulen können gestalten und entscheiden, welche Ressourcen sie für die pädagogische Betreuung und Unterstützung sowie

für die Wahrung und Förderung der Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen benötigen – insbesondere im sozialpädagogischen, logopädischen oder psychologischen Bereich. Dafür brauchen Schulen Expert*innen, die sie individuell und anlassbezogen hinzuziehen können. Die Vermittlung kann beispielsweise über die „School Nurses“ erfolgen.

Die Basis dafür ist ein neuer Finanzausgleich inklusive einer bedarfsgerechten Finanzierung der Landeslehrer*innen. Die Umsetzung des AK-Chancenindex – eines Modells der Arbeiterkammer für eine gerechte, transparente und bedarfssortierte Schulfinanzierung – sorgt für Verteilungsgerechtigkeit.

Weniger Sorgen durch die Ganztagschule

Wir werden den österreichweiten Ausbau der kostenlosen, ganztägigen Schule vorantreiben. Dabei achten wir darauf, dass sowohl die verschränkte Form (Unterrichts-, Lern- und Freizeiteinheiten wechseln sich über den Tag verteilt ab) angeboten wird als auch die offene (vormittags Unterricht, nachmittags je nach Wunsch betreute Lern- und Freizeit).

Wir treten für die gemeinsame Bildung der 6- bis 15-Jährigen ein – mit umfassender Förderung gemäß individueller Bedürfnisse, Fähigkeiten und Leistungen. Modellregionen zur gemeinsamen Schule sollen rasch umgesetzt werden.

Das gesunde, warme, kostenlose Mittagessen wird für alle Kinder in Österreich Wirklichkeit – und stufenweise zu einem Frühstücks- und Jausen-Angebot ausgebaut. Das gemeinsame Essen in der Schule fördert soziale Teilhabe und das Miteinander und wirkt gegen materielle Ernährungsarmut, also eine nicht ausreichende oder unausgewogene Ernährung aufgrund fehlender finanzieller Mittel.

Deutsch garantiert

Wir von der SPÖ wissen, wie zeitgemäße, integrative Sprachförderung funktioniert. Wir garantieren: Jedes Kind lernt Deutsch in der Schule, ohne Zeit zu verlieren.

Ausbildungsoffensive in der Elementarpädagogik

Kindergärten sind die erste Bildungsstation im Leben eines Kindes. Eine echte Ausbildungsoffensive – mit Fokus auf berufsbegleitenden Möglichkeiten – ist unausweichlich. Kinder haben ein Recht auf beste Versorgung und Betreuung, egal in welchem Bundesland. Damit einhergehend muss der Männeranteil in der Elementarpädagogik erhöht werden.

**EXPERTE
AM WORT**

„Schule soll eine angstfreie Zone sein“



Österreichs Schüler*innen sehen sich immer wieder im Zentrum gesellschaftlicher Diskussionen. Wir trafen den Wiener Schulsprecher Jacob Gubernier, 16, um zu hören, was junge Menschen selbst denken.

Du bist Schulsprecher am Hernalser Gymnasium Geblergasse, bald stellvertretender Landeschulsprecher und engagierst dich bei der Aktion kritischer Schüler_innen. Welche drei Dinge würdest du sofort ändern, wenn du könntest?

Alle Schüler*innen sollen die gleichen Möglichkeiten haben – unabhängig davon, wo sie herkommen oder wie viel Geld ihre Eltern haben. Wichtig wäre deshalb ein kostenloser Zugang zu ausgewogenem Essen an jeder Schule – wie in den Volksschulen in Wien. Außerdem gibt es einen großen Bedarf an digitalen Endgeräten – da bräuchte es ein bundesweites Konzept. Und wir brauchen mehr Fokus auf mentale Gesundheit.

Wird das trotz der Erfahrungen in der Pandemie noch nicht ernst genommen?

Nicht ernst genug. An vielen Schulen sind die Schulpsycholog*innen alle zwei Wochen für ein paar Stunden da. Das ist viel zu wenig. Ich war auch dort, aber der Termin war kurz und oberflächlich. Ich hatte den Eindruck, es geht nur darum, dass die Verantwortlichen sagen können: „Wir haben ein Angebot.“

Was müsste sich strukturell ändern, damit eure Bedürfnisse besser erfüllt werden?

Ich fände ein gesetzlich verankertes Mitspracherecht der Schüler*innen-Vertretungen wichtig. Ein persönliches Ziel von mir ist, dass Landesschulvertreter*innen bundesweit direkt gewählt

werden, damit die Mehrheit der Schüler*innen besser abgebildet wird.

Was sollte Schule sein – außer ein Ort des Lernens?

Ein Wohlfühlort. Und eine angstfreie Zone. An jeder Schule sollte es einen Rückzugsraum geben. Die meisten Schüler*innen sind zwischen sechs und elf Stunden am Tag in der Schule. Am Gang ist es oft so laut wie im Freizeitpark. Auf diese Art kann niemand produktiv sein.

Welche Vorschläge hast du für den Unterricht?

Wir müssen weg vom Frontalunterricht, der sich seit 150 Jahren nicht geändert hat. Die Lehrperson steht vorne und nimmt sich als wichtiger und mächtiger wahr. Wir Schüler*innen machen, was uns gesagt wird – wenn nicht, gibt es Konsequenzen. Wenn man Angst haben muss, etwas falsch zu machen, kann man nicht nachhaltig lernen. Wir

So erlangen wir das Rüstzeug für das digitale Zeitalter

Eine Strategie für alle Altersgruppen

Um an der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts teilzuhaben und Fake News, manipulative Inhalte und Desinformation im Internet identifizieren zu können, müssen die Österreicher*innen ihre Medienkompetenz stärken. Durch die rasanten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz gewinnt dieses Thema nochmals an Dringlichkeit. Wir beschließen deshalb eine umfassende Strategie einschließlich einer angemessenen Finanzierung zur Förderung der Medienkompetenz.

- Das digitale Leben beginnt für Kinder sehr früh. Hier braucht es neben klaren digitalen Schutzkonzepten auch verstärkte Medienkompetenz in der Ausbildung für die Arbeit mit den Jüngsten.
- In den schulischen Lehr- und Bildungsplänen räumen wir der Vermittlung von Medienkompetenz größeren Raum ein. Auch das neue Pflichtfach „Digitale Grundbildung“ muss sich noch stärker der Medienbildung widmen, Pädagog*innen in Kindergarten und Schule und die Elternbildung brauchen bessere Aus- und Weiterbildungsangebote.
- Im Bereich der Erwachsenenbildung schaffen wir flächendeckende, niederschwellige und barrierefreie Kursangebote und spezielle Maßnahmen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen – jeder Mensch muss die gleichen „digitalen“ Chancen erhalten.



müssen weg von der Defizitorientierung – hin zu einem Unterricht, in dem anerkannt wird, dass jede*r Schüler*in Stärken und Schwächen hat und man sich auf die Stärken konzentriert.

Welche Veränderungen im Lehrplan wünschst du dir?

Einen stärkeren Fokus auf das Jetzt und auf die Zukunft. In Deutsch werden etwa noch wochenlang Gedichte analysiert. Aber es wäre auch in der AHS wichtig, zu lernen, wie man einen Lebenslauf oder ein Motivationsschreiben aufsetzt. Verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen werden sollten auch Klimabildung, Antidiskriminierung, Ernährungsbildung und das Leben nach der Schule.

Wie stehst du zum Modell der Gesamtschule?

Ich bin dafür. Jetzt wird mit acht oder neun Jahren entschieden, wie dein restliches Leben weitergeht. In der Nähe unseres Gymnasiums ist eine Mittelschule und die Stigmatisierung der Mittelschule ist spürbar. Das ist ein großes Problem in der Jugend. Schüler*innen dürfen nicht so klassifiziert werden. In Gruppen, in denen alle gleich sind, entwickelt sich außerdem niemand weiter. Erst wenn unterschiedliche Menschen zusammenkommen, können sie voneinander lernen.

Wie siehst du das System der Deutschförderklassen?

Die haben versagt. Man lernt dort nicht ordentlich Deutsch. Wie auch? Die Klassenkolleg*innen sprechen ja auch kein Deutsch. Wenn dagegen Muttersprachler*innen und Deutschlernende zusammenkommen, lernen alle etwas voneinander.

Respekt für die Lehre

Berufsbildung verdient ebenso viel Aufmerksamkeit und Ressourcen wie das Gymnasium

Sie sind die Fachkräfte und Kolleg*innen von morgen, die in Zukunft unsere Häuser errichten und instandhalten, unsere Infrastruktur ausbauen und unzählige Dienstleistungen für die Menschen in Österreich erbringen werden. Sie sind Lehrlinge oder Schüler*innen in Berufsbildenden mittleren Schulen – und sie fühlen sich manchmal wie Schüler*innen zweiter Klasse.

Wer sich heute für eine berufliche Ausbildung entscheidet, erlebt eine Ungleichbehandlung auf mehreren Ebenen. Zu oft ist die Ausstattung an Berufsschulen und berufsbildenden Schulen zu mangelhaft, um eine zukunftsorientierte Ausbildung sicherzustellen.

Die Lehrabschlussprüfung ist für fast 50.000 Jugendliche die wichtigste Prüfung ihrer Bildungslaufbahn. Doch im Vergleich zur Matura ist diese wenig fair gestaltet: Weil die Prüfung nicht öffentlich ist, besteht keine Möglichkeit, den Ablauf zu beobachten. Gegen die Prüfungsergebnisse kann kein Einspruch erhoben werden. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf eine zeitliche Freistellung für die Vorbereitung – viele Lehrlinge müssen sogar die Prüfungsgebühren vorfinanzieren.

Für die Sozialdemokratie ist klar: Die Lehrabschlussprüfung muss transparent werden. Und wir brauchen ein Programm für mehr Fairness und Qualität in der Berufsbildung. Dazu hat der Expert*innenrat für Bildung innovative Vorschläge entwickelt, die von neuen Schulformen bis zu Kompetenzzentren auf dem neuesten Stand der Technik reichen. So werden ein Fokus auf die Zukunftskompetenzen gelegt und Unterschiede in der technischen Ausstattung und Know-how in einzelnen Betrieben ausgeglichen. Und: Die Öffis zum Ausbildungsort und zur Berufsschule müssen für alle Lehrlinge kostenfrei werden.



Ein Recht auf Weiterbildung, ein Leben lang

Wenn junge Menschen Freude am Lernen erleben, sind sie bereit, sich ein Leben lang weiterzubilden. Das Recht auf Aus- und Weiterbildung soll selbstverständlicher Bestandteil jedes Berufslebens werden. Erwachsene haben ein Recht darauf, sich weiterzuentwickeln – und auch einmal neu zu erfinden, wenn sich das Leben verändert.

Bildung als Ermächtigung in jeder Lebensphase, von Klein bis Groß, von Jung bis Alt – das ist die sozialdemokratische Vision einer zukunftsorientierten Bildungsnation.

Mit vereinten Kräften

Unserem Land fehlt eine zukunftsfähige Fachkräftestrategie im Interesse der Beschäftigten und Österreichs. Gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft und Forschung, dem Arbeitsmarktservice und den Sozialpartnern werden wir eine neue „Bundesagentur für Qualifizierung und berufliche Weiterbildung für Beschäftigte“ aufbauen. Diese soll dafür ein österreichweites Monitoring sicherstellen und durch Information und Beratung sowie die finanzielle Förderung der Weiterbildung dafür sorgen, dass alle Beschäftigten, die berufliche Weiterbildung wollen und brauchen, diese auch in Anspruch nehmen können.

Dieser Innovationsschub ist wichtig in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung und der dringend notwendigen Dekarbonisierung unserer Wirtschaft zum Schutz unserer Lebensgrundlagen.



SPÖ-FORDERUNGEN

UNSERE IDEEN FÜR DIE LEHRE 2.0

Mehr Respekt und Unterstützung für die Fachkräfte von morgen

Derzeit erhalten Lehrlinge keine direkten Förderungen aus dem Budget – egal, aus welchen sozialen Verhältnissen sie stammen oder wie alt sie sind. Um verstärkt über 18-Jährige für den Lehrberuf zu begeistern, sollen sie eine Förderung erhalten, wenn sie sich für eine Lehrausbildung entscheiden. Ebenso sollte der Abschluss der Lehrausbildung gefördert werden, da in der Praxis gegen Ende der Lehre eine erhöhte Drop-out-Rate zu beobachten ist. Dariüber hinaus fordern wir:

- Systematisches Qualitätsmanagement bei der Lehrausbildung in den Betrieben: Unter anderem fordern wir Maßnahmen zur Erhöhung der Erfolgsquoten bei Lehrabschlussprüfungen, Ausbildung nach Berufsbild, behördliche Hinterlegung von Ausbildungsdokumenten sowie deren Bindung an die betriebliche Lehrstellenförderung.

- Einführung eines Aus- und Weiterbildungsfonds, finanziert durch Arbeitgeber*innenbeiträge
- Für Lehrlinge in der überbetrieblichen Lehrausbildung fordern wir die Anhebung der Ausbildungsbeihilfe auf das Lehrlingseinkommen im jeweils korrespondierenden Kollektivvertrag
- Attraktivierung der Lehre als Bildungsweg: Die Lehre muss als gleichwertiger Bildungsweg neben akademischen Ausbildungen gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, das Image der Lehre durch gezielte Informations- und Imagekampagnen zu verbessern. Besonders der zweite Bildungsweg soll gefördert werden, um eine breitere Zielgruppe für die Lehrausbildung zu gewinnen.
- Gratis-Klimaticket für alle Lehrlinge

„Der Wissenschaftsstandort in Österreich ist gefährdet“

An den Universitäten herrscht Alarmstimmung: Wissenschaftler*innen erleben eine Arbeitsunsicherheit, deren Folgen bis in die Gesellschaft hineinwirken. Julia Partheymüller forscht und unterrichtet am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Im Interview erläutert sie, welche Reformen Österreichs Unis brauchen.



Wie würden Sie die Situation von Wissenschaftler*innen an den österreichischen Universitäten beschreiben?

Als prekär. 80 Prozent der angestellten Wissenschaftler*innen sind befristet beschäftigt, ohne Chance auf eine Dauerstelle. Die Kolleg*innen wissen nie, wie es weitergeht. Diese finanzielle Instabilität und Unplanbarkeit ist eine große psychische Belastung.

Es gab im Jahr 2021 eine Novelle des Universitätsgesetzes. Warum wurde das Problem da nicht angegangen?

Man hat in der Novelle die Gesamtdauer von befristeten Arbeitsverträgen auf acht Jahre begrenzt. Nach Erreichen der Höchstgrenze folgt in der Praxis aber nicht, wie angedacht, eine Fixanstellung, sondern gar kein weiterer Vertrag. Die Wissenschaftler*innen werden einfach nicht weiterbeschäftigt – und sind samt ihrer aufgebauten Expertise weg.

Besonders nachhaltig ist das nicht.

Wir müssen ständig bei Null anfangen. Dabei gehen Zeit, Kompetenz und Expertise verloren. Es macht auch persönlich betroffen, junge, talentierte Menschen erst für Wissenschaft und Forschung zu begeistern und dann wegschicken zu müssen. Für manche Stellen finden wir inzwischen keine Mitarbeiter*innen mehr. Es herrscht ein Fachkräftemangel – und zugleich müssen kompetente Mitarbeiter*innen gehen.

Welche Auswirkungen hat das auf die Forschung?

Die Qualität der Forschung leidet. Um im wissenschaftlichen Wettbewerb zu bestehen, muss man sich stark spezialisieren. Wenn es dann nicht weitergeht, muss man mitunter in ein anderes Land ziehen. Wir erleben eine Abwanderung von Wissen. Die Forschungsleistung in Österreich sinkt dadurch und fällt zurück.

Wer ist am stärksten betroffen?

Insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen. Der Wettbewerb um die wenigen Fixstellen, die es gibt, ist hoch. Wer befristet ist, schiebt die Familiengründung auf, soweit es irgend geht. Denn Familiengründung bedeutet oft, vom wissenschaftlichen Betrieb ausgeschlossen zu werden.

Wissenschaft und Familienplanung ...

... ist für viele Frauen nicht vereinbar. Als Lektorin etwa ist es unmöglich, in Karenz zu gehen, und nach einer Auszeit ist die Stelle weg. Neben der Ungerechtigkeit bedeutet das auch, dass in der Wissenschaft die Perspektive von Frauen fehlt. Studien, die von Männern konzipiert werden, sind weiterhin überrepräsentiert, was schon zu Verzerrungen in den Forschungsergebnissen geführt hat.

Was brauchen Sie für einen funktionierenden Unibetrieb?

Eine nachhaltige Finanzierung, mehr Planbarkeit und mehr Infrastruktur.

Dazu eine Modernisierung und Demokratisierung der Organisation von Wissensproduktion. Die ist bisher sehr strukturkonservativ – hier der Professor, darunter die Assistent*innen. Besser wäre eine sogenannte Department-Struktur, mit unbefristeten Stellen auch abseits der Professur und einer modernen Arbeitnehmer*innenkultur. Nicht nur die Lebensqualität – auch die Qualität von Forschung und Lehre würde sich verbessern.

Der breiten Öffentlichkeit ist das alles nicht bekannt.

Wir arbeiten zum Teil unter Bedingungen, die man in anderen Branchen niemals hinnehmen würde. Ich will nicht sagen, dass man nicht bisweilen mit Befristung arbeiten kann. Aber das Ausmaß, das diese Befristungen angenommen haben, gefährdet inzwischen die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und somit die ganze Wirtschaftsleistung und unsere Zukunft. Wissenschaft kann einen wichtigen Beitrag leisten, um die aktuellen Krisen in den Griff zu kriegen und die Probleme in der Gesellschaft zu lösen. Aber dafür braucht es vernünftige Arbeitsbedingungen.

Klimakrise, gesellschaftliche Herausforderungen, ...

... oder neue Technologien. Es gäbe so viel zu erforschen, aber so kommen wir nicht voran.

So verbessern wir den Zugang zu Studium und Forschung

Universität darf keine Frage des Geldes sein

Die SPÖ steht für einen freien Zugang zu universitärer Bildung: Wir erteilen eine klare Absage an Studienplatz- und Zugangsbeschränkungen und sagen Nein zu Studiengebühren. Weitere Erleichterungen, die wir einführen werden:

- Erhöhung der Studienbeihilfe auf ein Niveau, das ein Leben über der Armutsgrenze ermöglicht sowie eine Ausweitung des Bezieher*innenkreises
- Bundesweite Zurverfügungstellung von Studierendenheimzimmern durch die Wiedereinführung der staatlichen Heimförderung.

Gute Arbeitsbedingungen für Forschung und Lehre

Um Österreich wieder zu einem guten universitären Standort zu machen und Forschung zu fördern, will die SPÖ folgende Maßnahmen umsetzen:

- Abschaffung der derzeitigen Kettenvertragsregelung im UG §109a
- Verbessertes Verhältnis von befristeten und unbefristeten Anstellungen
- Stärkung der Diversität des Universitätspersonals und aktive Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen
- Attraktive und diskriminierungsfreie Karrierewege in Forschung und Lehre an den Fakultäten.

Investition in die Hochschulen als Investition in die Zukunft

Alle österreichischen Hochschultypen erhalten verbesserte Bedingungen:

- Die Ausfinanzierung des öffentlich finanzierten Hochschulwesens
- Ein Forschungsgrundbudget für alle Hochschultypen, also auch für Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen
- Echte Autonomie für die Pädagogischen Hochschulen.

Integrative statt selektive Studieneingangsphasen

Wir sind für die Neugestaltung der Studieneingangs- und Orientierungsphase zur Stärkung von Durchlässigkeit, Interdisziplinarität und der informierten Orientierung für Studierende: Wir wollen integrative statt selektive Einführungsphasen, in denen Grundlagen des wissenschaftlichen Arbeitens erlernt werden und verschiedene Studienrichtungen eines Fachbereichs kennengelernt werden können. Nach der Eingangsphase ist jede Studienwahl möglich und zählt nicht als Studienwechsel.

Ein durchlässiges Studiensystem

Der Besuch einer Universität oder Hochschule soll kein unerfüllter Traum bleiben. So schaffen wir für mehr Menschen den Zugang zum Studium:

- Wir stärken die Anerkennung beruflicher Kompetenzen im Hochschulbereich für Lehrveranstaltungen und bei der Studienzulassung und stellen nicht die ECTS-Jagd, sondern die Kompetenzorientierung in den Vordergrund.
- Wir bauen duale Studienangebote – also die Verbindung von Studium mit Betriebspraxisphasen – in Kooperation mit Arbeitgeber*innen an Fachhochschulen aus.
- Wir richten in jedem Bundesland Kompetenzzentren für First-generation- und Working-class-Studierende sowie für Studierende mit Migrationsgeschichte ein. Dort erhalten First Generation Academics, also Studierende aus Familien ohne akademischem Hintergrund, Beratung bei der Studienwahl und im Studium.



MIT ANDI
ZUR NR. 1



„Menschen durch Technologie verbinden, nicht ersetzen“



Was können wir von Künstlicher Intelligenz erwarten – und welche Rolle sollte Österreich dabei spielen? Wir fragten zwei unabhängige KI-Experten: Axel Polleres, Professor an der WU Wien, und Stefan Woltran, Professor an der TU Wien.

Welche Chancen und Herausforderungen sehen Sie in der bisherigen KI-Entwicklung?

Stefan Woltran: Die KI-Strategie der Regierung 2019 war unklar und wurde auch nicht umgesetzt. Zuletzt hat sich einiges bewegt, trotzdem hinkt Österreich um fünf Jahre hinterher.

Axel Polleres: Unsere Nachbarländer investieren erheblich mehr in KI-Forschung. Dadurch erleben wir einen sogenannten Brain-Drain, qualifizierte Personen wandern vermehrt aus Österreich ab.

Stefan Woltran: Worüber sich die Wissenschafts-Community sehr ärgerte, war, als Staatssekretär Tursky und Ministerin Gewessler erklärt haben, es seien 500 Millionen Euro für KI-Forschung verwendet worden. Dabei haben sie einfach alle Projekte gezählt, in denen KI als Stichwort vorkam. Das ist, wie wenn du sagst: „Wir fördern Informatikforschung“ und zählst alle Projekte, bei denen ein Computer verwendet wurde.

Axel Polleres: Österreich fördert zu stark die kleinteilige Forschung. Es braucht aber größere, universitätsübergreifende Zentren und mehr europäische Zusammenarbeit.

Gibt es Bereiche in der KI, in denen Österreich stark ist?

Stefan Woltran: In der Grundlagenforschung, besonders in der Kombination von Machine Learning und symbolischer KI. Und wir sind auch im digitalen

Humanismus stark. Das Manifest des digitalen Humanismus betont, dass digitale Technologien Demokratie und Inklusion fördern sollen.

Axel Polleres: Digitaler Humanismus, Grundlagenforschung und angewandte Forschung bilden die Basis, die durch mehr Mittel verbunden werden muss. Nur so können Österreich und Europa digitale Souveränität wiedererlangen und eigene Innovationen entwickeln.

Welche Bedeutung hat KI für eine solidarische Gesellschaft?

Axel Polleres: KI kann Barrieren überwinden und soziale Teilhabe fördern, etwa durch Übersetzungsdiene oder Modelle zur Förderung der Deliberation. Die Verfügbarkeit offener Daten schafft außerdem mehr Transparenz.

Wie weit sind wir da?

Axel Polleres: Viele Technologien sind nicht ausgereift. Bürger*innen bekommen im öffentlichen Sektor noch zu oft halbfertige Lösungen präsentiert. Der kritisierte AMS-Chatbot ist zwar ein Negativbeispiel, die Idee eines automatisierten, mehrsprachigen Service ist aber sehr gut. Viele Menschen wünschen sich außerdem, dass hinter einem digitalen System eine echte Person sitzt. Ziel der Digitalisierung muss sein, Systeme zu entwickeln, die Menschen verbinden und nicht ersetzen.

Stefan Woltran: Es muss analoge Alternativen geben für diejenigen, die sich nicht komplett der Digitalisierung

ausliefern wollen. Das ist kein Widerspruch. Es braucht ohnehin Fallback-Lösungen, falls es zu einem weltweiten IT-Ausfall oder Blackout kommt. Diese Lösungen kann man parallel zur digitalen Abwicklung für alle bereithalten, die das lieber so machen wollen.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Stefan Woltran: Digitalisierung sollte ein zentrales Ressort erhalten – mit einer Person an der Spitze, die das Thema gut repräsentiert. Österreich sollte auch nicht nachmachen, was andere Länder vor fünf Jahren begonnen haben, sondern aktuelle Stärken ausbauen.

Axel Polleres: Ich wünsche mir Mut zu langfristigem Denken, über einzelne Legislaturperioden und Parteidgrenzen hinaus. So kann Österreich ein attraktiver Standort für Forscher*innen werden.

In welchem Bereich sehen Sie die größten Chancen und Herausforderungen?

Stefan Woltran: Im Medizinbereich etwa kann KI die Ärzt*innen entlasten, Diagnostik und personalisierte Behandlungen unterstützen. Hier müssen aber Datenschutz und Datensicherheit mitgedacht werden – am besten gleich auf europäischer Ebene.

Axel Polleres: Digitalisierung muss mehr in der Bildung verankert werden. Wir müssten die Lehrpläne entschlacken, um Raum für neue Inhalte zu schaffen. Wir sollen unsere Kinder so an die Technologie heranführen, dass sie neben einem sicheren Umgang auch Neugier und Interesse entwickeln – so entsteht Innovation.

Digitalisierung für die Menschen nutzbar machen

Digitaler Humanismus – unsere Leitlinie für mehr Gerechtigkeit

Die Leitlinie der Sozialdemokratie lautet: Technologie ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Wir wollen das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz so gestalten, dass es nicht nur einigen wenigen Profiteuren zugutekommt, sondern allen Menschen. KI soll als Mittel zur Standortsicherung, zur Arbeitszeitverkürzung und zu fairer gesellschaftlicher Verteilung dienen.

Strengere Regulierung von Plattformen und Social Media

Soziale Medien sind zu einem Ort der Polarisierung und Emotionalisierung und zum Einfallstor für Propaganda, Manipulation, Hatespeech, Desinformation und Fälschungen verkommen. Das ist umso bedenklicher, als Soziale Medien bereits jetzt die Hauptnachrichtenquelle für die 18- bis 24-Jährigen sind. Der große Traum vom freien Internet, das zu gestärkter Meinungsfreiheit, Transparenz und Wohlstand beiträgt, scheint ausgeträumt.

Einige Regulierungsinitiativen auf europäischer Ebene sind bereits erfolgt. Wir setzen uns für weitere Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kontrolle über digitale Plattformen ein:

- Wir befürworten ein strengeres Wettbewerbsrecht zur Verhinderung von Quasi-Monopolen.
- Wir stehen für mehr Transparenz, was Algorithmen und die Verwendung von Daten von User*innen betrifft.
- Wir wollen die Stärkung des Konsument*innenschutzes im Internet, sicheren Online-Handel und strengere Vorgaben für die Forenmoderation.
- Trusted flagger, Schlichtungsstellen und Faktencheck-Initiativen müssen besser unterstützt werden.

Künstliche Intelligenz für die Gesellschaft nutzbar machen

Unser Ziel ist es, sämtliche Potenziale der Künstlichen Intelligenz für die Gesellschaft nutzbar zu machen und zugleich verantwortungsvoll mit der Technologie umzugehen. Der „AI Act“ – die europäische Verordnung über Künstliche Intelli-

genz – ist ein erster Schritt. Wir treten für eine Kennzeichnungspflicht von KI-Inhalten im Internet ein, engagieren uns für Datenschutz und Privatsphäre und suchen Lösungen für die Verantwortlichkeit bei Fehlern durch KI-Systeme. Wir bekämpfen Deepfakes, Diskriminierung und setzen uns für fairen Wettbewerb ein.

Ein eigenes KI-Gesetz für Österreich

Neben einer grundsätzlichen Regelung auf EU-Ebene brauchen wir auch ein eigenes KI-Gesetz für Österreich, das den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung regelt. KI darf nur für Unterstützungszwecke genutzt werden, Algorithmen dürfen nicht das letzte Wort haben. Bürger*innen erhalten Vetorecht: Sie können verlangen, dass ein Sachverhalt bei einer Behörde durch eine natürliche Person geprüft wird.

Digitale Souveränität stärken

Große Internetkonzerne dominieren die digitale Infrastruktur und agieren nach eigenen Regeln. Wir wollen die Abhängigkeit von Online-Monopolisten beenden – durch eigenständige Regulierung des digitalen Raums und eine Strategie für ein unabhängiges, digital souveränes Europa. Wir fördern österreichische und europäische Software-Entwicklungen und setzen Initiativen für eine unabhängige digitale Infrastruktur. Wir investieren in Forschung und Entwicklung sowie in Open-source- und Open-access-Produkte.

KI-Standort Österreich sichern und ausbauen

Mit mehr Mitteln für KI-Grundlagenforschung und einem massiven Ausbau von Aus- und Weiterbildungsplätzen für IT-Fachkräfte stellen wir den KI-Standort Österreich für die Zukunft auf. Zentral sind dabei Frauenförderprogramme im Bereich der Softwareentwicklung und IT: Nur acht Prozent der Softwareentwickler*innen weltweit sind weiblich.

**EXPERTE
AM WORT**

„Wirtschaftswachstum durch Klimawende“

Der Energie-Experte, Berater, Autor und Vorsitzende des SPÖ-Expert*innenrats Marc Hall über die notwendige Energiewende – und was wir alle davon haben.

Marc Hall, Sie waren Manager bei der OMV, RWE und den Wiener Stadtwerken und beraten Andi Babler in Energiefragen. Welche Vision haben Sie für Österreichs Wirtschaft?

Fangen wir beim aktuellen Problem an: Wirtschaft und Wohlstand stagnieren in Österreich. Was wir dringend brauchen, ist ein lebendiges Wirtschaftswachstum.



In anderen Ländern wächst die Wirtschaft. Warum schwächtet gerade unsere Volkswirtschaft?

Wegen unserer Regierung! Sie hat die Inflation ungeniert durchrauschen lassen. Sie tut nichts für die Stärkung der Wirtschaft. Sie verteilt nur Geschenke, die nicht zu Investitionen führen. Dafür haben wir jetzt ein massives Budgetproblem.

Was muss anders gemacht werden?

Eine echte Budgetsanierung wird nur mit Wirtschaftswachstum gelingen. Dabei haben wir große Aufgaben vor uns, um unsere Stellung in Europa und der Welt zu verbessern. Wir müssen unsere Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigern, das geht nur gemeinsam mit den Erwerbstätigen. Wir brauchen die Transformation zu einer klimagerechten Industrie, das geht nur mit Markt und Staat.

Wie geht klimagerechte Industrie?

Wenn wir etwas tun wollen in Richtung mehr Klimaschutz, brauchen wir dort ein massives Wachstum. Das Umweltbundesamt schätzt, dass wir bis zum Jahr 2030 in der Industrie – und das inkludiert den Energiesektor – 145 Milliarden Euro in den Klimaschutz investieren müssen.

Was soll mit den Investitionen gemacht werden?

In der Energiewirtschaft bedeutet das: mehr Energieerzeugung mit viel weniger Emissionen, neue Energienetze und neue Speicher. Und die rasche Klima-Transformation in der Warenproduktion, auch in der Grundstoffindustrie wie Stahl und Zement. Und massive Einsparungen durch mehr Effizienz im Transport- und im Wärmesektor.

Aber kriegen wir das rechtzeitig hin?

Bis 2030 nicht mehr! Da hätten wir längst anfangen müssen. Die meisten Unternehmen, die dafür verantwortlich sind, könnten das durchaus finanzieren und haben die Pläne bereits in der Schublade. Was ihnen fehlt, sind politisch und wirtschaftlich förderliche Rahmenbedingungen des Staates, damit sie loslegen können.

Und was kann der oder die Einzelne leisten?

Die Hauptlast der Transformation liegt nicht bei den Einzelnen, nicht bei den Konsument*innen, sondern bei der Industrie und den Investoren. Das Alte muss weg, wir brauchen neue, bessere Lösungen. Es müssen die Bedingungen dafür geschaffen werden, damit die Last eben nicht bei den Einzelnen landet. Die Klima- und Energiewende wird nur funktionieren, wenn sie sozial ausgewogen organisiert wird. Was einzelne Menschen zeigen können, ist die Bereitschaft und die politische Unterstützung zur Transformation.

Klimaschützer verlangen Maßnahmen von einzelnen Bürger*innen: Strom sparen, Abfall trennen, keine Fernreisen ...

In der Klimadebatte gibt es verschiedene Positionen: Grüne verlangen nach einem Schrumpfen der Wirtschaft und nach Askese jeder und jedes Einzelnen. Konservative vertrauen allein auf den Markt und die technologische Entwicklung. Die Lösung zwischen beiden Extremen ist der sozialdemokratische Zugang: Die anstehenden Investitionen zu forcieren, denn das bedeutet Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand. Wenn das gut organisiert ist und Fehlinvestitionen vermieden werden, dann landet die wirtschaftliche Effizienz und keine erhöhte Rechnung bei den Konsument*innen. Kurz gesagt: Eine sozia-

le Klimatransformation kommt positiv beim Klima und bei den Konsument*innen an.

China investiert im großen Stil in Solarenergie und Niedrigenergie-Städte. Ist das beunruhigend?

Nein, wir müssen nur endlich loslegen: Politik und Wirtschaft Hand in Hand. Die Politik muss die Marktunsicherheiten eingrenzen und die gesetzlichen Rahmen setzen, damit Unternehmer und Investoren mehr Sicherheit haben, die Investitionen in die Zukunft anzugehen. In der technologischen Umsetzung haben wir keinerlei Nachteile gegenüber China.

Ist Energie der wichtigste Hebel in der Klimafrage?

Ja, eindeutig! Wir brauchen für den Umweltschutz und die Artenvielfalt auch Renaturierung, Mülltrennung, Recycling, weniger Verschwendung und mehr vegetarische Ernährung. Aber das alles löst die Klimafrage nicht. Die lautet: Wie bringen wir die Treibhausgase ent-

scheidend runter? Der wesentliche Teil davon kommt weltweit aus der Energieversorgung.

Welcher Teil der Energiewirtschaft ist besonders relevant?

Global gesehen ist das die Stromerzeugung. Wir müssen ganz schnell aus der Kohleverstromung raus. In Österreich haben wir das hinter uns. Aber wir brauchen noch mehr emissionsfreien Strom, um andere Energieträger abzulösen. Denn die Volkswirtschaft und die Haushalte verbrauchen mehr Energie für Wärme und Transport als für klassische Stromanwendungen wie Licht und Kommunikation.

Wie kriegen wir die Emissionen im Transport runter?

Mit dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und einem Güterfernverkehr, der auf die Schiene muss.

Der Personenfernverkehr ist nicht so relevant?

Für politisches Kleingeld schon! Das sogenannte Klimaticket ist zu Recht be-

liebt und als Tarifvereinfachung eine feine Sache, aber es leistet wenig fürs Klima. Da sind der Nahverkehr und der Güterfernverkehr weitaus wichtiger.

Und die Raumwärme von Wohnungen?

Das betrifft die Endverbraucher*innen am stärksten. Wenn man ihnen in dieser Frage die gesamte Verantwortung überlässt, bedeutet das: kurzfristige Verdopplung der Miete im Altbau. Das kann's nicht sein! Dafür brauchen wir politische Vorgaben und kollektive Lösungen, die Endverbraucher*innen nicht überfordern. Im Gegenteil! Sie sollen von der zukünftig höheren Energieeffizienz umgehend profitieren.

Das heißt, neben der Elektrizitätswende brauchen wir eine Wärmewende?

Ja, aber was wir brauchen, ist eine soziale Wärmewende!



Die Republik als aktive Gestalterin der Zukunft

Österreichs Bekenntnis zur Zukunft

Die Republik muss sich selbst als Gestalterin definieren, die an morgen und übermorgen denkt, im Sinne der Bürger*innen – und allen, die nach uns kommen. Den dringend nötigen ökosozialen Transformationsprozess müssen wir durch die strategische Bereitstellung von Infrastruktur und Geld sicherstellen. Bis zu fünf Milliarden Euro jährlich kostet Österreich das Nicht-Handeln im Kampf gegen die Klimakrise, sagt das Klimaschutzministerium. Bis 2028 liegen wir bei 20 Milliarden. Es sei denn, wir denken um.

Ein Teil dieser Transformationsstrategie ist auch die Entscheidung, in welchem Ausmaß staatliche Gelder in Form von Zuschüssen, Garantien oder auch Beteiligungen vergeben werden. Die Vergabe öffentlicher Mittel für die Transformation muss grundsätzlich an soziale Kriterien geknüpft sein, etwa eine Standort- und Beschäftigungsstrategie, Vorhandensein eines Betriebsrates, Einhaltung sozial- und arbeitsrechtlicher Standards, qualitätsgesicherte Lehrausbildung, Erfüllung von Lehrausbildungsquoten, Ausbildungs- und Umschulungsoffensiven im Betrieb.

20 Milliarden für die Transformation

Deshalb schlägt die SPÖ vor, alle Transformationsgelder unter dem Dach der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) zu vereinigen – in einem Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro. Die ÖBAG ist für das Management der Unternehmensbeteiligungen der Republik (OMV, Telekom Austria etc.) zuständig und bietet das beste Dach für die Verwaltung eines Transformationsfonds. Gesetzliche, personelle und organisatorische Voraussetzungen sind noch zu schaffen. So sind etwa auch Beiräte mit Expert*innen und Sozialpartner*innen-beteiligung einzurichten. In die Entscheidungen werden Betriebsrät*innen und Gewerkschaften im Rahmen des EU-Just Transition-Prozesses eingebunden.

One-Stop-Shop für alle Transformations-förderungen

Die Abwicklung von Förderungen für Unternehmen im Bereich Energiewende läuft zurzeit über drei verschiedene Ministerien. Das ist ineffizient und lässt keinen klaren Gesamtblick zu. So passiert es etwa, dass in Österreich die Dekarbonisierung von Betrieben gefördert wird, die womöglich Produkte erzeugen, die wir in zehn Jahren kaum noch brauchen werden. In der EU entstehen derzeit rund 40 Werke für E-Batterien von Autos. Mindestens zehn davon entstehen in Deutschland, in Österreich – keines. Die jetzige Regierung hat im Jahr 2021 eine Industriestrategie versprochen, aber bis heute nicht vorgelegt. Wir sind im Blindflug unterwegs. So werden wir die ökosoziale Wende nicht schaffen.

Dividenden der ÖBAG zweckwidmen

In Zukunft sollen die Dividenden der ÖBAG zweckgewidmet werden und in den Transformationsfonds fließen.

Umstieg auf Beteiligungsmodelle

Wenn die öffentliche Hand Milliarden an Steuergeldern in neue Technologien steckt, dann zu klaren Bedingungen – und zum Vorteil der Steuerzahler*innen. Die SPÖ möchte bestehende Förderungen für Start-ups im Bereich der Klima- und Energiewende sowie der Transformation der Wirtschaft auf das deutsche Beteiligungsmodell umstellen: Dort beteiligt sich der Staat über den sogenannten „DeepTech & Climate“-Fonds direkt am Eigenkapital der Unternehmen, zu den gleichen Konditionen wie private Investor*innen. Der Fonds strebt dabei immer einen Anteil von unter 25 Prozent an. Wir wollen dieses Modell auch für Österreich adaptieren.

Österreich als begehrter Standort für Wissenschaftler*innen & Forscher*innen

Forschung, Innovation und Technologie in ein Ministerium

Der Themenbereich Forschung, Innovation und Technologie darf nicht länger über vier Ministerien verteilt sein: Wir brauchen ein Bundesministerium, das auch zentral für eine eigene Förderagentur zuständig ist.

Förderungen effizienter gestalten

Forschungsförderung muss entbürokratisiert und vereinfacht werden:

- Wir brauchen einen One-Stop-Shop für Antragsteller*innen, mehr Struktur und Verlässlichkeit bei der Fördervergabe, zum Beispiel durch fixierte Termine, an denen Förderungen vergeben werden.

- Statt einer Förderung mit der Gießkanne erfolgen Förderungen strategisch und mit langfristiger Schwerpunktsetzung.
- Wir starten zwei bis drei Forschungsmissionen als Leuchtturmprojekte, mit denen man die Bevölkerung für Forschung und Wissenschaft begeistern kann, die internationale Strahlwirkung für Österreich als Forschungsstandort und Spill-over-Effekte für andere Forschungsbereiche und die Wirtschaft haben.
- Neben den Förderschienen, die einen wirtschaftlichen oder akademischen Fokus haben, muss es auch eine für Projekte geben, die einen hohen gesellschaftlichen Nutzen haben und deren Ergebnisse und Dokumentationen frei und kostenlos verfügbar sind.

Die SPÖ tritt für eine deutliche Anhebung der öffentlichen Aufwendungen für die Grundlagenforschung ein.



Die Zukunft der Industrie in Kapfenberg



Das modernste Edelstahlwerk der Welt steht in der Steiermark. Der neue Bürgermeister möchte aus seiner Gemeinde die grünste und lebenswerteste Industriestadt Österreichs machen.

Die vierte industrielle Revolution ist in Österreich angekommen. „Industrie 4.0“ nennt man die intelligente Vernetzung von Mensch, Maschine und Produktion mit Hilfe modernster Technologien. Was man dabei erhält, sind automatisierte Produktionsabläufe, hohe Sicherheit für Beschäftigte – und deutlich weniger Umweltbelastung.

Wo normalerweise in der Stahlproduktion so viel CO₂ produziert wird wie in kaum einem anderen industriellen Betrieb, versteht sich die voestalpine Böhler Edelstahl in Kapfenberg als Beispielbetrieb für Dekarbonisierung und dafür, wie „Greentec Steel“-Produktion funktionieren kann.

Es ist das erste Stahlwerk, das europaweit seit 40 Jahren errichtet wurde, und wird auf Jahrzehnte beispielgebend sein: Das Werk wurde so aufgesetzt, dass neue Innovationen laufend integriert werden können. So bewahrt der Weltmarktführer seine internationale Vorreiterrolle.

Image im Wandel

Für die Stadt Kapfenberg stellt das neue Werk einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum vielleicht spannendsten Industriestandort Österreichs dar. Hier sind bereits 15 Weltmarktführer angesiedelt, die Kunden wie Airbus, Boeing, Ferrari oder Siemens beliefern. „Wir sind in Kapfenberg heute da, wo wir sind, wegen der Menschen, die unsere Stadt über Generationen hinweg mit viel harter Arbeit aufgebaut haben“, betont der neue Bürgermeister der Stadt, Matthäus Bachernegg. Dabei war Kapfenberg immer am Puls der Zeit. „Wir sind seit jeher das wirtschaftliche Herz der Obersteiermark. Aber heute gibt es neue, zusätzliche Aufgaben: Bildung, Lebensqualität und Klimaschutz sind nur einige Herausforderungen, denen wir uns als Stadt stellen.“ Wer heute nach Kapfenberg kommt, spürt diesen Blick in Richtung Zukunft in der ganzen Stadt. Zum Beispiel im Stadtzentrum, wo an der Mürz ein neuer Fachhochschulcampus für Gesundheit und Krankenpflege entsteht, ein paar hundert Meter weiter bei der neuen Stadthalle oder in den zahlreichen Wohnbauprojekten.

Kapfenberg, so ist Bachernegg sicher, könnte ruhig mehr Selbstbewusstsein zeigen: „Wir können stolz darauf sein, eine Arbeiterstadt zu sein!“ Und der Bürgermeister ist überzeugt: „In Kapfenberg finden Weltmarktführer die besten Leute mit dem größten Know-how. Das neue Edelstahlwerk konnte in dieser Form nur in Kapfenberg in Betrieb genommen werden.“

Steirer (Wo)men are very good

Einen wesentlichen Faktor für den bleibenden Erfolg des Standorts bildet die Fachkräfteausbildung, die dem Bürgermeister besonders am Herzen liegt. Im Ausbildungszentrum der voestalpine werden junge Menschen in 12 Lehrberufen ausgebildet – von Metallurgie und Umformtechnik über Werkstoffprüfer*in bis Labortechniker*in. Bis zum Jahr 2025 wird außerdem ein Campus für 60 Lehrlinge errichtet, um auch jungen Leuten aus weiter entfernten Regionen die Ausbildung zu ermöglichen.

An der HTL Kapfenberg erhalten rund 1.000 Schüler*innen eine Grundausbildung in Bereichen wie Elektro- und Informationstechnik, Maschinenbau, Luftfahrt-Aviation, Automatisierung und Robotik oder Kunststoff- und Umwelttechnik. Viele setzen ihren Bildungsweg an der Fachhochschule Joanneum fort, die hier einen Standort unterhält und Studien wie Advanced Electronic Engineering, Internettechnik, IT-Recht oder Energie-, Mobilitäts- und Umweltmanagement anbietet. Die Stadt unterstützt Studierende mit Wohnmöglichkeiten, finanziellen Förderungen und Zuschüssen, etwa für die Öffis. Kapfenberg positioniert sich damit nicht nur als Industrie-, sondern auch als Bildungsstandort.

Wie man eine Industrieregion erfolgreich in die Zukunft führt, kann also durchaus am Beispiel Kapfenberg demonstriert werden. Bürgermeister Matthäus Bachernegg hat jedenfalls eine große Vision: „Ich möchte, dass Kapfenberg die grünste und lebenswerteste Industriestadt Österreichs wird.“

Finanzierung, Förderung und Zusammenarbeit

Transformationsfonds für die Industrie

Beim Klimaministerium und Wirtschaftsministerium stehen für die Klima- und Transformationsoffensive bis 2030 insgesamt 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Transformation der Industrie wird jedoch bis dahin nicht abgeschlossen sein. Wir brauchen eine längerfristige Perspektive: Wir fordern eine Erhöhung der Mittel und eine Ausweitung des Fonds bis 2040 auf 20 Milliarden Euro, verbunden mit einer Gesamtstrategie zur industriellen Transformation Österreichs.

Soziale Kriterien für Förderungen

Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass es Förderungen (im Rahmen der Transformation) nur bei Erfüllung sozialer Kriterien wie auch Standort- und Beschäftigungsgarantien geben darf. Zentral ist, dass eine Einbeziehung des ÖGB, der zuständigen Gewerkschaft und der Betriebsrät*innen auf allen Ebenen und mit geeigneten Instrumenten sicher gestellt ist.

Vereinfachung von Genehmigungsverfahren

Durch die Digitalisierung der Verwaltung, ausreichend Sachverständige im öffentlichen Dienst und die Reduktion von Blockademöglichkeiten vereinfachen wir Genehmigungsverfahren. Wir sorgen zudem im Vorfeld für eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen Planungsebenen.

One-Stop-Shop bei Förderungen statt Wildwuchs und Bürokratie

Alle Förderungen sollen an einem einzigen Platz zusammengezogen werden. Unternehmen bekommen ein Förderkonto, auf dem die Unternehmensdaten laufend hinterlegt werden, sodass Eingaben nur einmal erfolgen müssen.

Strategische Forschung im Bereich „Kreislaufwirtschaft & Cleantech“

Wir stellen mehr Mittel für strategisch ausgerichtete Forschung im Bereich der Kreislaufwirtschaft und des Cleantech zur Verfügung. So etablieren wir Österreich als Spitzenstandort für Kreislaufwirtschaft. Die Förderstrukturen richten wir im Sinne der Mission „Kreislaufwirtschaft“ entlang der gesamten Innovationsketten aus, von den Grundlagen über Pilot- und Demoanlagen bis hin zum Marktübergang.

Stärkung der Europäischen Industrieallianzen

Österreich muss sich gezielt und verstärkt in die neu entstehenden Industrieallianzen einbringen – etwa mit Important Projects of Common European Interest (IPCEI) – also transnationale, wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse. Besonders muss dies im Bereich des Green Tech erfolgen – beispielsweise bei Low Carbon Industries, in der Batterien-, Wasserstoff- und Halbleiterproduktion und der Bauindustrie. Insbesondere mit Fokus auf Kreislaufwirtschaft hat Österreich noch die Chance, hier ein Knotenpunkt der grünen Wirtschaft Europas zu werden. In den Ministerien sind entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen vorzusehen.

Ausbau der Kreislaufwirtschaft

Mit diesen Maßnahmen fördern wir die Kreislaufwirtschaft:

- Gesetzliche Regulierungen greifen nach einer mehrjährigen Phase positiver Anreize und Förderungen (Nudging)
- Deponieverbote, Verwertungsgebote und Mindestanteile von Recyclingbaustoffen in der Bauwirtschaft
- EU-weite Verankerung nachhaltiger und zirkulärer Designregeln in der Ausbildung und in den Unternehmen der Textilbranche
- Stärkung der Qualitätssicherung bei Reparaturleistungen in der Elektroindustrie.

(siehe auch „Unsere Ideen für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit“)

Öffentliche Beschaffung

In der öffentlichen Beschaffung sollen Kriterien wie Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit berücksichtigt werden. Nachhaltige und zirkuläre öffentliche Beschaffung soll vor allem in der Elektroindustrie, der Bauwirtschaft, bei Textilien im Vordergrund stehen.

„Wir Einzelkämpfer*innen brauchen eine Vertretung, die Mindesttarife verhandelt“

Sie halten in vielen Bereichen großen Firmen den Rücken frei: Ein-Personen-Unternehmen, kurz EPU. Im Interview erläutert die Filmemacherin Patrice Fuchs, was sie bräuchte, um sicherer arbeiten zu können.

Es gibt EPU in den verschiedensten Bereichen. Was haben sie gemeinsam?

Ich selbst bin als Ein-Personen-Unternehmen in der Film- und TV-Branche tätig. Andere sind Bilanzbuchhalter*innen oder Handwerker*innen, um ein paar Beispiele zu nennen. Wir machen oft die kleinteilige Arbeit, die Großunternehmen nicht übernehmen können oder wollen. Wir sind regional verwurzelt und stärken die Nachbarschaft.

Was sind die Vorteile eines EPU?

Ich liebe meinen Beruf sehr und die innere Freiheit, die damit einhergeht. Gerade für Mütter wie mich bietet diese Art der Selbständigkeit die prinzipielle Möglichkeit, Arbeit und Familie nach eigenen Wünschen zu organisieren. Von anderen EPU höre ich ähnliche Gedanken. Leider gibt es aber auch entscheidende Nachteile.

Welche Nachteile sind das?

So wie viele andere EPU auch muss ich sehr gut haushalten. Sowohl finanziell als auch zeitlich. Die Kinder werden nicht in den Reitunterricht chauffiert, sondern helfen im Haushalt und auch im Betrieb mit. Sie sind von klein auf in den Kindergarten und in die Nachmittagsbetreuung gegangen und gewöhnt, dass wir in den Urlaub immer Arbeit mitnehmen. Ein entscheidender Nachteil ist, dass wir sozial schlecht abgesichert sind.

EXPERTIN
AM WORT



Wenn man also krank wird ...?

... verdient man kein Geld. Für EPU gibt es keinen Krankenstand. Ich war in meinem bisherigen Leben glücklicherweise kaum krank, aber im Zuge der Menopause litt ich hormonbedingt unter schweren Depressionen. Rund um Mittag kroch aus der Magengegend die Todessehnsucht zu meinem Herzen rauf. Ich musste mich täglich für Stunden ins Schlafzimmer zurückziehen. Am späten Nachmittag lichteten sich die schweren Gedanken und ich fühlte mich positiv und zukunftsfreudig. Es dauerte zwei Jahre, bis ich einen Hormonspezialisten fand, der mir das richtige Mittel gegen diese Zustände verschrieb. Bis dahin clusterte ich mein normales Arbeitspensum rund um meine depressiven Stunden: vormittags und abends bis in die Nacht hinein. Ich habe diese schwere Zeit überwunden. Es blieb mir nichts anderes übrig.

Was brauchen EPU besonders?

Ich wünsche mir für EPU eine Vertretung, wie sie Lohnarbeiter*innen haben, und die insbesondere für prekäre

Branchen Mindesttarife aushandelt. Als Kleinunternehmerin bin ich von großen Unternehmen abhängig. Kleine Produktionsfirmen wie ich haben wenig Verhandlungsfreiheit und werden schmerzlich im Preis gedrückt. Ähnliche Erfahrungen machen viele der über 150.000 österreichischen EPU um mich herum: Wir arbeiten viel und leben prekär. Unternehmer*innen sind halt keine homogene Gruppe. Wer Kapital hat und in Machtstrukturen eingeflochten ist, kann sich auf Kosten kleinerer Unternehmen Vorteile verschaffen.

Also eine Art Gewerkschaft für EPU?

Die EU hat das verstanden und spricht sich für gewerkschaftliche Organisation von Solo-Selbständigen aus. Wo, wenn nicht in der Sozialdemokratie, können wir das umsetzen?

Fairness für Unternehmen, die unsere Wirtschaft tragen

Wirtschaftsstärkungspaket für EPU und KMU

Innovative Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Klein- und Mittelunternehmen (KMU) und Start-ups sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Für sie muss die unternehmerische Tätigkeit einfacher werden. Unter anderem fordert die SPÖ:

- One-Stop-Shop für alle staatlichen Förderungen zum Abbau unnötiger Bürokratie
- Krankengeld für Selbständige ab dem 4. Tag der Krankheit. Für Selbständige wird eine Erkrankung schnell zur Armutsfalle – krank zu sein bedeutet den Verlust von Kundenschaft, Geld und im schlimmsten Fall der Arbeit. Deshalb setzen wir uns für eine sofortige Auszahlung des Krankengeldes ab dem vierten Tag der Krankheit und eine lückenlose Absicherung bei langer Krankheit ein.
- Recht auf gleichen Mutterschutz für Selbständige – laufende Auszahlung des Wochengeldes statt einer rückwirkenden Auszahlung
- Leistungsharmonisierung in der Sozialversicherung: Das Prinzip „Gleiche Beiträge, gleiche Leistung“ soll endlich gelten. Die versprochene Leistungsharmonisierung über alle Sozialversicherungsträger hinweg muss umgesetzt werden.
- Unterstützung für kleine und mittelständische Betriebe, die Lehrlinge ausbilden
- Unterstützung für EPU und KMU bei Digitalisierung, Cybersecurity und Künstlicher Intelligenz (z.B. Möglichkeit, gemeinsam Strukturen, Software, Schulungen etc. zu nutzen).

Erleichterter Zugang zu Finanzierung

Laut dem KMU-Finanzierungsmonitor 2023 haben 27 Prozent der österreichischen KMU Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten. Besonders betroffen sind Kleinstunternehmen und Start-ups, denen oft die nötigen Sicherheiten fehlen. Banken sind oft zurückhaltend bei der Kreditvergabe an kleine Unternehmen, was deren Wachstumspotenzial einschränkt. Spezielle Programme und staatliche Bürgschaften können diese Hürden abbauen und die Investitionsbereitschaft stärken.

Wir fordern deshalb die Entwicklung spezieller Finanzierungsprogramme und -instrumente für EPU und KMU. Dies umfasst

erleichterte Kreditvergaben, staatliche Bürgschaften und spezielle Förderprogramme, die den Zugang zu Kapital erleichtern und die finanzielle Stabilität der kleinen Unternehmen sichern.

Flächendeckendes Beratungs- und Coaching-Angebot

Die SPÖ will ein flächendeckendes Netzwerk von Beratungs- und Coaching-Angeboten für EPU und KMU schaffen. Professionelle Beratungsangebote werden gerade von EPU und KMU zu wenig genutzt – nicht zuletzt aus Kostengründen, aber auch aus fehlendem Bewusstsein für das Angebot. Dies führt zu verpassten Chancen in Bereichen wie Digitalisierung oder Internationalisierung. Das von der SPÖ geforderte Beratungs- und Coaching-Angebot soll mindestens folgende Informations- und Sachleistungen enthalten:

- Einführung eines Beratungsgutscheins für KMU, einlösbar bei zertifizierten Berater*innen
- Aufbau einer Online-Plattform für kostenlose Erstberatungen und Webinare zu aktuellen Wirtschaftsthemen
- Förderung von Peer-to-Peer-Netzwerken zum Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmer*innen.

Schutz vor unfairen Handelspraktiken

Unsere heimischen Unternehmen befinden sich in Konkurrenz zu internationalen Großkonzernen, die oft keine Steuern zahlen und sich nicht an unsere Gesetze halten. Jede Art von Steuerschlupflöchern und Umgehungskonstruktionen muss beseitigt werden.

Keine privaten Schiedsgerichte für Konzerne

Während sich Arbeitnehmer*innen und heimische Unternehmen an Regeln und Gesetze halten müssen, versuchen sich internationale Konzerne über diese zu stellen. Wenn Konzerne Staaten klagen, weil diese auf demokratischem Weg Gesetze ändern, ist das eine Gefahr für unsere Demokratie und kommt Steuerzahler*innen teuer.

**EXPERTE
AM WORT**

Unternehmer*innen für ein blühendes Österreich

Hermann Arnold ist Start-up-Unternehmer. Aktuell beschleunigt er Klimalösungen in der Mitmach-Genossenschaft 42hacks. Mit dem Verkauf eines früheren Unternehmens wurden zahlreiche seiner Mitarbeiter*innen zu Millionär*innen. In seinem Kommentar erläutert der Mitbegründer der NEOS, warum er jetzt ein Stück des Weges gemeinsam mit Andi Babler und der SPÖ geht.

Ich hatte das Glück, von meiner Familie zu lernen, dass man mit Fleiß und Selbstvertrauen viel erreichen kann und der Gemeinschaft dienen soll. Meine Eltern führten ein Familienhotel, das mein Großvater aus seinem Ersparen als Wirtshaus gekauft und meine Großmutter viele Jahre allein geführt hatte. Sie engagierten sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, in der Kirche und in der Gemeindepolitik. In meiner Verwandtschaft waren auch Bäuer*innen, Sägewerkbetreiber*innen, Gastwirt*innen, Händler*innen, Gemeinderät*innen und Bürgermeister*innen.

Es liegt mir am Herzen, dass viele Menschen Vertrauen in sich selbst haben und das nötige Umfeld vorfinden, um aus eigener Kraft etwas zu unternehmen. In Anlehnung an Bruno Kreiskys erste Regierungserklärung:

„Damit Menschen in den Umwälzungen unserer Zeit nicht zu hilflosen Objekten der Entwicklung, sondern zu ihren Gestalter*innen werden.“

Als Schüler half ich anderen in Mathematik. Als Student war ich Mitbegründer einer Computerschule für Kinder und engagierte mich im Vorstand der Studierendenschaft, wo wir 1997 elektronische Wahlen einführten. Ich unterstützte den Rektor bei der Studienreform. Wir gründeten START, heute Europas größte von Studierenden organisierte Start-up-Konferenz, und später b2venture, ein führendes Unternehmer*innennetzwerk. Daraus entstand umantis, ein europäischer Marktführer für Talentmanagement, wo wir innovative Mitmach-Formate erprobten. Schließlich schlossen wir uns mit einem mittelständischen Unternehmen zusammen, in dem ich mehrere Jahre im Vorstand tätig war.



Ich nutzte meine gewonnenen Erfahrungen und Mittel, um mich in demokratischen Prozessen zu engagieren – als Mitbegründer von NEOS zur Erneuerung und Stärkung der Demokratie und der Initiative „Österreich entscheidet“, um mehr Partizipation zu verankern.

Heute gehe ich ein Stück des Weges gemeinsam mit Andi Babler und der SPÖ. Ich spüre das ernsthafte Bestreben, Österreich zu einer Mitmach-Republik zu machen. Wir wollen, dass Schüler*innen Demokratie und Selbstwirksamkeit lernen. Wir wollen mehr Verantwortung von Mitarbeiter*innen in ihren Unternehmen. Wir wollen Hürden beseitigen, damit demokratisches Engagement und Unternehmer*innentum in Österreich blühen – von engagierten Einwohner*innen und Aktivist*innen über Ein-Personen-Unternehmer*innen bis hin zu Wachstumsunternehmen und unternehmerischen Investor*innen.

Mein Aufruf an Unternehmer*innen und alle, die es noch werden: Gehen wir ein Stück des Weges gemeinsam. Machen wir Österreich zum Vorzeigemodell für eine starke Mitmach-Republik in Wirtschaft und Gesellschaft!

So stellen wir die Energieversorgung für die Zukunft auf

Bekenntnis zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Um bis zum Jahr 2040 CO₂-neutral zu werden, müssen wir fossile Energieträger hinter uns lassen. Wir wollen auf erneuerbare Energie aus Wind und Sonne setzen und die Energiegewinnung aus bereits vorhandenen Wasserkraftanlagen durch Effizienzsteigerung erhöhen. Die Kostenvorteile aus der Erzeugung erneuerbaren Stroms müssen auch den Kund*innen zugutekommen.

100 Prozent Ökostrom bis 2030

Die Energiegewinnung aus Wind, Sonne und Wasser muss ausgebaut und unser Stromnetz an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Dazu muss ein sogenanntes Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht werden, mit dem die notwendige Infrastruktur rasch errichtet werden kann.

Kampf der Energiearmut

Es ist eine Schande, dass in einem Land wie Österreich immer noch Menschen darüber nachdenken müssen, ob sie im Winter ausreichend heizen können, weil sie die hohen Energiekosten nicht stemmen können. Wir sorgen dafür, dass Menschen mit geringem Einkommen das Grundbedürfnis ihrer Energieversorgung decken können.

Erneuerbare Energie für Industrie und Raumwärme

Machen wir Schluss mit Öl und Gas: In der Industrie gelingt der Ausstieg aus fossiler Energie mit dem Transformationsfonds, bei Haushalten mit zielgerichteten und sozialen Förderungen und klaren rechtlichen Vorgaben. Unabhängige Energieberater*innen unterstützen Haushalte beim Umstieg und der erfolgreichen Abwicklung von Förderanträgen.

Ausstieg aus russischem Gas

Aktuell bestreiten wir 90 Prozent unseres Gasverbrauches mit russischem Gas und finanzieren so den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit. Die Abhängigkeit von russischem Gas muss so rasch wie möglich reduziert werden.

Einstieg ins erneuerbare Gas

Bestimmte Anwendungen werden auch weiterhin gasförmige Energieträger benötigen. Mit Biomethan aus Reststoffen und Abfällen sowie „grünem“ Wasserstoff – also Wasserstoff, der mittels erneuerbarer Energien gewonnen wurde – können wir den Verbrauch von Erdgas reduzieren. Für den Teil, der im Inland erzeugt wird, benötigen wir faire rechtliche Rahmenbedingungen, die den Erzeuger*innen Sicherheit geben und die Kosten verursachergerecht verteilen.

Nein zu Atomstrom

Atomenergie ist keine erneuerbare Energie. Sie ist zu teuer, birgt unkontrollierbare Risiken und der radioaktive Müll belädt künftigen Generationen eine enorme Aufgabe auf. Es wäre verantwortungslos, heute auf Atomstrom zu setzen. Österreich muss eine starke Stimme gegen Atomenergie sein.

Raus aus dem Energiecharta-Vertrag

Milliardenschwere Klagen von Konzernen gegen Staaten, die Klimaschutzmaßnahmen setzen, kommen Klimaschutz und Steuerzahler*innen teuer zu stehen. Der sogenannte Energiecharta-Vertrag machte dies möglich – ein von vielen Staaten geschlossener Vertrag über internationale Energiebeziehungen, darunter Handel, Transit und Investitionen. Die EU hat den gemeinsamen Ausstieg beschlossen, viele weitere EU-Staaten haben diesen bereits vollzogen. Auch Österreich muss diesen Schritt setzen!

Eine neue Wasserstoffstrategie

Die Energiewende muss für verschiedene Anforderungen auf die stets effizienteste Energiegewinnung setzen. In Ausnahmefällen wird dies Wasserstoff sein. Dafür muss eine neue Wasserstoffstrategie unter den Gesichtspunkten der Effizienz und Klimafreundlichkeit erarbeitet werden, in der auch Klarheit über die nötige Infrastrukturbereitstellung geschaffen wird.

Die Partei der Frauen

Keine andere politische Partei hat so viele Erfolge im Bereich Frauenrechte zu verzeichnen wie die SPÖ. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit ist nur die aktuellste Forderung für echte Gleichstellung.

Wenn Frauen ihre Rechte erstreiten müssen, wenden sie sich seit über 150 Jahren an die Sozialdemokratie. Wir sind die Partei, die Gleichberechtigung auch gegen ärgste Widerstände durchsetzte. Einige Highlights seit den 1970er-Jahren:

1975

Die gegen den Widerstand von ÖVP und FPÖ beschlossene Fristenregelung, nach der ein Schwangerschaftsabbruch bis zum dritten Monat straffrei bleibt, tritt in Kraft. Die Familienrechtsreform stellt Frauen und Männer rechtlich gleich: Frauen dürfen ohne Zustimmung des Mannes arbeiten, über den Wohnsitz mitentscheiden und ihren Familiennamen wählen.

1977

Eine Sozialreform für Mütter bringt die Erhöhung des Karenzgeldes, die wegweisende Einführung des Mutter-Kind-Passes, die Verlängerung des Mutter-schutzes und die Pflegefreistellung.

1978

Die sogenannte „väterliche Gewalt“ wird abgeschafft, das Ehegattenerb-, Ehescheidungs- und das Ehegüterrecht werden reformiert. Das erste Frauenhaus Österreichs wird eröffnet.

1989

Durch die Sexualstrafrechtsreform werden Vergewaltigung und geschlechtliche Nötigung in der Ehe oder Lebensgemeinschaft strafbar.

1991

Johanna Dohnal wird Österreichs erste Frauenministerin. Die Väterkarenz wird eingeführt.

1997

Das Gleichbehandlungsgesetz tritt in Kraft. Das große Gewaltschutzgesetz tritt in Kraft: Auch ohne Anzeige kann gegen gewalttätige Partner eine Wegweisung aus der Wohnung und ein Betretungsverbot erlassen werden. Österreich ist damit internationales Vorbild.

1998

Die Gleichstellung der Geschlechter wird in der Verfassung festgehalten.

1999

Das Ehegesetz beinhaltet nun auch die partnerschaftliche Teilung der Versorgungsarbeit.

2009

Bundesweit wird der Gratiskindergarten für alle Fünfjährigen beschlossen.

2010

Das einkommensabhängige Kindergeld wird eingeführt. Das verpflichtende Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen wird beschlossen.

2011

Der Ministerrat beschließt eine Frauenquote für Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen.

2014

Das unter federführender Beteiligung von SPÖ-Frauen erarbeitete „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, kurz Istanbul-Konvention, tritt in Kraft. Es ist das größte Regelwerk im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

2015

Durch den Einsatz von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wird das neue Sexualstrafrecht beschlossen, das 2016 in Kraft tritt. Sexuelle Belästigung ist nun ein Straftatbestand.

2023

Die federführend von EU-Vizepräsidentin Evelyn Regner verhandelte EU-Lohntransparenzrichtlinie tritt in Kraft.

2024

Wir kämpfen weiter – für Lohngerechtigkeit

Bis 2026 hat Österreich Zeit, die europäische Lohntransparenzrichtlinie umzusetzen. Immer noch werden in Österreich Frauen und Männer ungleich bezahlt: Für gleichwertige Arbeit bekommen Frauen 20 Prozent weniger Lohn.

Die SPÖ wird als Regierungspartei diese Ungerechtigkeit beenden und hält sich dabei an das Vorbild Island: Als erstes Land der Welt hat der kleine Inselstaat 2018 die Lohntransparenz gesetzlich verankert. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen mit 25 und mehr Angestellten müssen ein Zertifikat für gleiche Bezahlung erwerben. Die Bewertung folgt dabei dem isländischen „Equal Pay Standard“, der vorschreibt, dass jegliche Lohndiskrepanz über fünf Prozent zwischen Mitarbeiter*innen der gleichen Berufsgruppe korrigiert werden muss. Wer diesen Standard nicht erfüllt, dem drohen Strafzahlungen von rund 400 Euro pro Tag und öffentliche Bekanntmachung – ein Imageschaden, den sich kein Unternehmen leisten will.

Die SPÖ möchte für Österreich ebenfalls ein Lohntransparenzgesetz schaffen, das Unternehmen dazu verpflichtet, Gehaltsinformationen so offenzulegen, dass ein Vergleich für die Arbeitnehmer*innen möglich ist.



Die Sozialdemokratie garantiert die Durchsetzung der Gleichberechtigung

Echte Lohntransparenz

Der sogenannte Gender Pay Gap, also die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen für gleichwertige Arbeit, ist in Österreich besonders groß und beschert uns innerhalb der EU den traurigen zweitletzten Platz. Um hier endlich effektiv entgegenzuwirken, fordert die SPÖ eine verpflichtende Lohntransparenz, die Einkommensunterschiede massiv verringert. Die vor einem Jahr in Kraft getretene europäische Lohntransparenzrichtlinie besagt, dass alle Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Information zu Löhnen haben, sodass Vergleiche möglich werden. Größere Unternehmen müssen regelmäßig Bericht erstatten, ab 5 Prozent Lohngefälle müssen Maßnahmen gesetzt werden. Sanktionsmöglichkeiten sind vorgesehen. Diese Richtlinie ist der Erfolg der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf EU-Ebene und ist bis spätestens 2026 umzusetzen.

Die SPÖ will nicht so lange warten. Ein österreichisches Gesetz, das zur Lohntransparenz verpflichtet und Strafen bei ungleicher Bezahlung vorsieht, können wir schon morgen beschließen: einen „Equal Pay Act“, also einen „Pakt für gleiche Bezahlung“ nach isländischem Vorbild.

Halbe-Halbe durch faire Elternarbeitszeit

Mit einem innovativen Projekt zur Arbeitszeitverkürzung fördern wir Halbe-Halbe in Beruf und Familie: Wenn beide Eltern nach der Karenz – nach arbeitsrechtlicher Karenz wie auch

nach Kinderbetreuungsgeld-Bezug – ihre Arbeitszeit für mindestens vier Monate auf 28 bis 32 Stunden pro Woche angelichen, erhalten sie 350 Euro Pauschale pro Elternteil und Monat steuerfrei ausbezahlt. Sozialversicherungsbeiträge werden weiter von der Vollarbeitszeit berechnet und dem Dienstgeber ersetzt. Das Geld kann bis zum vierten Geburtstag des Kindes bezogen werden. Auch Alleinerziehende bekommen diese monatliche Pauschale.

Ausbau der Gendermedizin

Frauen sind anders krank als Männer und benötigen eine andere medizinische Behandlung. Frauen haben auch höhere Gesundheitsausgaben als Männer, etwa durch Periodenartikel oder rund um die medizinische Begleitung von Schwangerschaften. Durch den Ausbau der Gendermedizin in Forschung und Behandlung sowie Kostenersatz für frauenspezifische Gesundheitsleistungen fördern wir Frauengesundheit.

Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!

Wir fordern die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabuchs und einen niederschweligen Zugang: Jede Frau hat das Recht auf einen sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch in Wohnortnähe.

Innovative Wohnprojekte für Frauen

Mit Projekten für frauengerechtes Wohnen, das sogenannte „Gender Housing“, nimmt Wien eine Vorreiterrolle ein. Ziel ist es, für Frauen unterschiedlicher Generationen in unterschiedlichen Lebensphasen hochwertigen und leistbaren Wohnraum zu schaffen und entsprechende Projekte österreichweit umzusetzen:

- Wohnbauprojekte für junge Frauen – klein, leistbar, zeitlich begrenzt
- Wohnprojekte für Alleinerzieherinnen – mit guter Infrastruktur in der Wohnumgebung.
- Wohngemeinschaften im Alter – Frauen in höherem Alter haben besondere Wohnbedürfnisse. Projekte, die ein selbstbestimmtes Wohnen in Gemeinschaft ermöglichen, gehen auf diese ein und fördern das soziale Miteinander. Möglichkeit von Gemeinschafrträumen und Betreuung.



Gegen Hass und Gewalt

Nationaler Aktionsplan Gewaltschutz

Jede dritte Frau in Österreich ist von Gewalt betroffen, die Anzahl der Betretungsverbote steigt jährlich, die Anzahl der Femizide ist die höchste in Europa. Wir brauchen einen Nationalen Aktionsplan Gewaltschutz. Dieser umfasst unter anderem einen permanenten Krisenstab von Justiz-, Frauen- und Innenministerium gemeinsam mit den Opfer- und Gewaltschutzeinrichtungen und darüber hinaus flächendeckend Gewaltschutzambulanzen sowie regelmäßige multi-institutionelle, bundesweite Gefährdungskonferenzen. Weiters muss die Arbeit der Frauenberatungsstellen durch personelle und finanzielle Ausstattung aufgewertet werden. Österreich hat als einer der ersten Staaten die Istanbul-Konvention unterzeichnet. Dieses wichtige internationale Übereinkommen gegen Gewalt an Frauen muss endlich vollständig umgesetzt werden.

Maßnahmenpaket für mehr Geschlechtergerechtigkeit in Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI)

Expert*innen der Mädchen- und Frauenberatung berichten von einem Anstieg KI-basierter Gewalt auch in Österreich. Eine bessere Zusammenarbeit von Gewaltschutzorganisationen und Kompetenzstellen Cybergewalt in den Kommunen ist dringend erforderlich. Wir fordern daher ein Maßnahmenpaket zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz, welches ausreichende Ressourcen von Beratungsstellen, ein eigenes Stipendienprogramm für Frauen und KI, die umgehende Vorbereitung der Umsetzung der im AI-Act vorgesehenen Kennzeichnungspflichten für KI-generierte Inhalte sowie rechtliche Konsequenzen bei der missbräuchlichen Verwendung von Deepfakes beinhaltet.

Fußfesseln für Gewalttäter mit Betretungsverbot

Der Schutz von Frauen vor Gewalt soll auch durch den Einsatz von Fußfesseln bei Gewalttätern, gegen die es ein Betretungsverbot gibt, ausgebaut werden. Dadurch kann der Polizei sofort gemeldet werden, wenn ein Täter die für ihn vorgeschriebene Grenze übertritt.

Bessere Schulung und Vernetzung

Gerichtliches Personal, Polizei und am Verfahren Beteiligte sollten in Sachen Gewaltschutz besonders geschult werden. Eine Vernetzung der verschiedenen Stellen lässt Gefährdungs-

potential schneller erkennen. Besonderes Augenmerk soll auf der Exekutive liegen: So soll etwa die Vernehmung eines weiblichen Opfers vorrangig durch eigens geschulte weibliche Polizeiorgane und intradisziplinäre Zusammenarbeit in einer eigenen polizeilichen Abteilung erfolgen.

Gewaltprävention durch Stärkung der Männer- und Burschenarbeit

Durch eine Basisfinanzierung (analog zur Bundesjugendförderung) soll die Männer- und Burschenarbeit und damit die Gewaltprävention und reflektierte Männerarbeit gestärkt werden.

Nationaler Aktionsplan gegen Hass

Seit 2020 wird Hasskriminalität in Österreich statistisch erhoben. Der kontinuierliche Anstieg von vorurteilsmotivierten Verbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer Identität zeigt eine zentrale Krise im österreichischen Sicherheitssystem auf: Menschen werden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters, ihres sozialen Status, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer Religion zu Opfern von Vorurteilen, Ausgrenzung und Gewalt. Mit einem Nationalen Aktionsplan gegen Hass wollen wir sicherstellen, dass alle staatlichen Stellen aktiv gegen Hasskriminalität – sowohl online als auch im Alltag – eintreten. Dazu braucht es unter anderem:

- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins, von Meldestellen und Opferschutzeinrichtungen
- koordiniertes Vorgehen gegen Hass im Netz
- die Schaffung eigener Anlaufstellen für Opfer von Diskriminierung und Hass
- Intensivierung des Austauschs zwischen Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft
- Antidiskriminierungsinitiativen im Bildungs- und Gesundheitswesen
- eine Ausweitung der kostenlosen Prozessbegleitung auf die Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt und Hasskriminalität.

„Wir wollen die Menschen beschützen“

In Österreich steigt die Kriminalität. Doch es gibt zu wenige Polizeibeamt*innen. Der Wiener Polizeigewerkschafter Walter Strallhofer warnt vor den Folgen.

Herr Strallhofer, Sie sind Polizeigewerkschafter in Wien. Wie ist die Stimmung unter den Polizist*innen?

Die Stimmung geht nur durch top motivierte Kolleg*innen nicht in den Keller. Der Arbeitsaufwand ist über die letzten Jahre hinweg immer größer geworden, wir machen im wahrsten Sinn des Wortes Millionen von Überstunden. Der Personalstand ist aber gleichgeblieben und in manchen Abteilungen stark gesunken.

Wie viele Polizist*innen fehlen österreichweit - und woran liegt das?

Es fehlen zumindest zwanzig Prozent. Zu wenige Junge melden sich für die Ausbildung. Zugleich können wir die Leute nicht halten. Die Pensionierungswelle bei den Babyboomer hat ihren vorausgesagten Höhepunkt erreicht – und geht weiter.

Ist die Unzufriedenheit heute größer als etwa vor fünf Jahren?

Auf jeden Fall. Bis vor fünf Jahren gab es das nicht, dass Kolleg*innen, die seit 20 Jahren dabei sind, scharenweise austreten.

Warum tun sie das?

Die meisten freiwilligen Austritte finden in den Polizeiinspektionen statt. Die sind das Auffangbecken für alle Tätigkeiten im polizeilichen Bereich – zumindest, was den Erstkontakt mit der Bevölkerung betrifft. Die Kolleg*innen wollen nicht mehr der Prellbock für alles sein. Die Überstunden zerstören dein Privatleben. Durch den Schicht- und Wechseldienst in Verbindung mit den Überstunden erholen sie sich in den zwei freien Tagen ausschließlich dadurch, indem sie Schlaf nachholen. Kaum ist man halbwegs fit, muss man wieder in den Dienst. Du hast kein Leben mehr, das soziale Umfeld geht verloren.

Sah man das nicht kommen?

Der Dienstgeber, also das Innenministerium, hat alles gewusst. Wir haben ab 2005 – also vor bald 20 Jahren! – darauf aufmerksam gemacht, dass ab dem Jahr 2014 die Babyboomer in Pension gehen und gewarnt: „Sorgt rechtzeitig für Nachwuchs.“

Wie frustrierend ist das für Sie als Gewerkschafter?

Ich mache meine Arbeit sehr gern. Bitter sind für mich Momente, wenn etwa ein Kollege kommt – „Ich halte das nicht mehr aus, ich sehe meine Kinder nicht mehr, kannst du mir helfen, die Abteilung zu wechseln?“ – und ich finde dafür keine Lösung. Das sind gute Leute mit der richtigen Einstellung, die an einem System zerbrechen, das sie im Stich lässt.

Ist es, abgesehen vom Personalmangel, heute schwieriger, Polizist*in zu sein?

Die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizist*innen ist höher, die Zahl der verletzten Kolleg*innen nimmt jedes Jahr zu. Sofort wird überall ein Handy aus der Tasche gezogen und jede Amtshandlung mitgefilmt. Der Respekt vor den ‚Dienern‘ des Gesetzes war früher größer, sich Respekt zu verschaffen wird nicht einfacher. Die Einschulung junger Beamte*innen wird von Kolleg*innen durchgeführt, die selbst erst seit wenigen Monaten im Dienst sind, weil der Mittelbau in der Altersstruktur fehlt. Da geht so viel an Kompetenz und Erfahrung verloren. Auch darauf weisen wir schon lange hin.

Was müsste noch verbessert werden, um Polizeiarbeit auf den Stand der Zeit zu bringen?

Wir brauchen eine Reform des Dienstrechts und der Besoldung. Das Polizeigehalt setzt sich aus einem Grundgehalt und Zulagen zusammen. Wenn man



sich bei einem verpflichtenden Training verletzt oder bei einer Amtshandlung verletzt wird, dann können finanzielle Einbußen entstehen, die nicht ersetzt werden. Die polizeiliche Infrastruktur muss dringend modernisiert werden. Wir haben zu wenige Umkleiden, zu wenige Nass- und Schlafräume. Zu viele Dienststellen sind nicht klimatisiert, da sitzen Leute bei 30 °C mit Schutzweste, Uniform und Waffengurt.

Solche Dinge weiß die Öffentlichkeit gar nicht.

Wir wollen die Menschen beschützen. Aber wir brauchen auch die Voraussetzungen dafür. Deshalb habe ich gemeinsam mit einer Kollegin das Volksbegehren ‚Polizei, kritischer Personalmangel‘ initiiert. Die Öffentlichkeit muss auf diese Situation aufmerksam gemacht werden.

Schutz und Freiheit für alle Österreicher*innen

Unser Bekenntnis zu einer modernen Sicherheitsarchitektur

Die Sozialdemokratie strebt an, Österreich als selbstbestimmten, demokratischen und neutralen Staat mit sozialer Marktwirtschaft zu erhalten, Schutz vor Gewalt und Extremismus zu gewährleisten, die Lebensqualität zu sichern und zur Stärkung des Völkerrechts und des internationalen Friedens beizutragen.

Die Sicherheit Österreichs erfordert eine moderne Sicherheitsarchitektur, die alle relevanten Institutionen einschließlich staatlicher, zivilgesellschaftlicher und privater Akteur*innen einbezieht. Eine tragfähige Sicherheitsarchitektur braucht eine klare politische Verantwortung und institutionelle Koordinierung, um Bedrohungen angemessen zu begegnen. Dies schließt einen effektiven diplomatischen Apparat, ein unabhängiges Justizsystem, eine professionelle Polizei, ein einsatzbereites Bundesheer und nachrichtendienstliche Fähigkeiten ein.

Bessere Bedingungen für Polizist*innen

Die SPÖ fordert eine Dienstrechtsreform, die den Polizeidienst wieder attraktiver macht und so die Rekrutierung von Personal erleichtert. Vorrangig muss ein ordentliches Grundgehalt garantiert werden, das dem Stellenwert und der Gefahrenlage des Polizeiberufes entspricht und zugleich mehr Rücksicht auf die persönlichen und familiären Interessen der Bediensteten nimmt. Junge Polizist*innen stehen oft vor der Frage: „Zeit mit der Familie verbringen oder Geld für die Familie beschaffen?“ Gerade die Menschen, die jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen, sollten nicht zwischen diesen beiden Wegen wählen müssen.

Wir brauchen 4.000 Polizist*innen mehr!

Seit 2020 gibt es in Österreich 4.000 Polizist*innen weniger, die auch tatsächlich einsatzbereit sind. Die Kolleg*innen leisten pro Jahr 10 Millionen Überstunden, um kein Systemversagen zu riskieren. Wir brauchen 4.000 Polizist*innen mehr in Österreich. Es muss alles dafür getan werden, um diesen Personalbedarf so schnell wie möglich zu decken.

Gesetzliche Regelung privater Sicherheitsdienste

In den vergangenen Jahren sind viele sicherheitsrelevante Bereiche von der Polizei und der Justizwache hin zu privaten Sicherheitsfirmen gewandert. Es fehlen jedoch klare Spielregeln dafür. Die SPÖ will eine gesetzliche Regelung als Schnittstelle

zwischen privaten Sicherheitsfirmen, Polizei und Justizwache einführen.

Die Regelung muss eine Registrierung sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten beinhalten sowie eine strenge Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit der Unternehmen und ihrer Beschäftigten.

Sicherheit am Arbeitsplatz

Übergriffe und Belästigungen am Arbeitsplatz durch Kund*innen, Patient*innen und Fahrgäste nehmen zu. Wir fordern verpflichtende Präventions- und Maßnahmenpakete für Arbeitgeber*innen. Dazu gehören geschlossene Fahrer*innenkabinen, mehr Bahnpersonal im Zug, mehr Gesundheitspersonal im Nachtdienst und eine gesetzlich geregelte Ausbildung für privates Sicherheitspersonal.

Österreichs Sicherheit neu denken

Eine Sicherheitsstrategie mit moderner Sicherheitsarchitektur zielt darauf ab, den umfassenden Sicherheitsbegriff der Sozialdemokratie in die Praxis umzusetzen. Die drei sicherheitspolitischen Handlungsfelder sind:

- Schutz vor Krieg, Gewalt und hybriden Bedrohungen: Dieser umfasst die äußere und innere Sicherheit, Souveränität, Menschenwürde und Stabilität des Staats.
- ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit: Die Möglichkeit der individuellen Entfaltung und gewaltfreies Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft
- Sicherung der Lebensqualität: Die Schaffung wirtschaftlicher Sicherheit, des Schutzes kritischer Infrastruktur und eines handlungsstarken Umwelt- und Katastrophenschutzes.

Wir brauchen ein gesamtstaatliches Risikobild

Die vom Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) erstellten Risikobilder und Szenarien sollten als Basis für eine gesamtstaatliche Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen für unser Land dienen. Das Thema Pandemie etwa wurde vom BMLV schon vor COVID-19 als erhebliches Risiko beschrieben. Entsprechende Strukturen im Gesundheitsministerium wurden unter Schwarz-Blau jedoch zerschlagen. Dieses Beispiel illustriert die von Expert*innen wahrgenommene, gesamtstaatliche Strategieunfähigkeit, der die SPÖ entschieden entgegentreten wird.

Zur Erstellung eines gesamtpolitischen Risikobilds und entsprechender Handlungsstrategien sollten alle Bundesministerien, besonders aber das Bundeskanzleramt als Koordinator, das Verteidigungsministerium, das Innen- und das Außenministerium, eingebunden werden. Das Parlament und die wissenschaftliche Community müssen verstärkt in den Diskurs einbezogen werden. Statt nur den jährlichen Außenpolitischen Bericht vorzulegen, ist ein strukturierter Dialog über strategische Risiken, Zukunftsszenarien und Handlungsoptionen erforderlich.

Unser Ziel ist, vom reinen Berichtswesen zu einem strategischen Planungsdiskurs zu finden. Wir schlagen deshalb vor, dem Parlament jährlich eine sicherheitsstrategische Planung vorzulegen und eine parlamentarische Debatte sowie eine Diskussion unter Einbindung der Zivilgesellschaft zu organisieren.

Kampf gegen Extremismus und Terrorismus

Viele der hier vorgestellten Ideen und Forderungen – etwa jene nach 4.000 Polizist*innen mehr oder die bessere Reglung privater Sicherheitsdienste – sind auch für den Kampf gegen Extremismus und Terrorismus essenziell. Um dieser im 21. Jahrhundert allgegenwärtigen Gefahr umfassend zu begegnen, brauchen wir jedoch weitere Ressourcen und Maßnahmen:

- **Online-Plattformen in die Pflicht nehmen**
Es braucht massive nationale und EU-weite Anstrengungen, um extremistische Inhalte möglichst schnell von Social-Media-Plattformen zu entfernen
(siehe auch „Unsere Ideen für Digitales und KI“)
- **Etablierung eines Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrums**
Diese soll als Kooperationsplattform der Behörden dienen – allen voran der Nachrichtendienste, des Bundeskriminalamts und Behörden der Extremismusprävention.
- **Deradikalisierungsarbeit** muss endlich ernst genommen und bundesweit vorangetrieben werden – mit einer bundesweiten ausreichenden und langfristigen Finanzierung von spezialisierten Deradikalisierungs-Einrichtungen.

Ein attraktives Bundesheer

Freiheit und Sicherheit sind eine Einheit und dürfen nicht getrennt voneinander gesehen werden. Die Neutralität allein schützt uns im Ernstfall nicht, ist aber zentraler Bestandteil einer aktiven sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss dafür genutzt werden, dass kriegerische Konflikte verhindert werden. Die friedenssichernden Missionen des Ös-

terreichischen Bundesheeres sind ein Ausdruck dieser aktiven Außen- und Sicherheitspolitik und sind für uns eine zentrale Aufgabe des Bundesheeres, nach dem Motto: Prävention vor Krise. Dennoch sind es die Soldat*innen des Österreichischen Bundesheeres, die uns im Ernstfall verteidigen.

Im Inland steht das Heer stets für die Hilfe der Bevölkerung bereit. Katastrophen-Hilfseinsätze, Hand in Hand mit den Freiwilligen Feuerwehren, Blaulichtorganisationen von Rettung bis Polizei und mit der Zivilbevölkerung zeigen, welcher Zusammenhalt in der Gesellschaft möglich ist.

Wir stehen deshalb für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Diese garantiert eine breite Einbindung aller Bevölkerungsgruppen. Wir stehen für eine Stärkung der Miliz als Rückgrat unseres Bundesheeres ohne Verlängerung des Grundwehrdienstes.

Wir fordern eine Vergütung des Grundwehr- und Zivildienstes, die zwei Dinge ermöglicht: Erstens ein Einkommen zum Auskommen, weil Grundwehr- und Zivildienstleistende einen entscheidenden Beitrag in Bundesheer und zivilen Organisationen leisten. Zweitens: ein Entgelt, mit dem verhindert wird, dass Arbeitsplätze durch Grundwehr- und Zivildienstleistende ersetzt werden, weil diese weit günstiger sind. Verantwortungsvolle Aufgaben gehören auch entsprechend gewürdigt und damit auch entsprechend entlohnt.

Was wir brauchen, sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes im Bundesheer und neue Karrierewege, die den Umstieg in andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung erleichtern. Das Arbeitsumfeld der Soldat*innen muss verbessert, das Bundesheer als attraktiver Arbeitgeber*innen etabliert werden.





Zusammenhalten statt spalten

Demokratie und Frieden sind kostbare Güter, die immer wieder neu verteidigt werden müssen: gegen politischen und religiösen Extremismus, gegen Spalter und Hasser, die unsere Gesellschaft auseinanderbringen wollen. Es gilt, klar dagegen aufzustehen.

Auf den folgenden Seiten erläutern wir, warum die Sozialdemokratie die beste Garantin für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist, wie Österreich wieder zu seiner Rolle als Friedensvermittler finden soll und warum wir Grund haben, stolz auf unsere Kultur der Menschlichkeit zu sein.



„Wir müssen endlich wieder miteinander reden“

Der Schauspieler Cornelius Obonya nennt sich selbst „ein Kind der Sozialdemokratie“. Ein Gespräch über die Rolle der Kunst in der Gesellschaft, was er sich von der Politik erwartet – und welches Ministerium er vermisst.

Wann haben Sie als Kind zum ersten Mal etwas von Politik mitbekommen?

Ich bin ein Kind der 1970er Jahre. Ich kann mich an die Freude meiner Eltern erinnern, wenn Wahltag war und die SPÖ die Absolute geholt hat. Die Guten, das waren für mich die mit dem roten Plakat. Wegen ihnen bekamen meine betagten Großeltern väterlicherseits eine Gemeindewohnung. Und ich gehörte zu den Schüler*innen des ersten Schulversuchs „Englisch ab der Volkschule“. Ich habe später verstanden, dass ich in echten Aufbaujahren groß geworden bin. Und was das Rote Wien eigentlich bedeutet.

Waren Sie zeitlebens ein Rot-Wähler?

In den vergangenen Jahren habe ich mit der SPÖ gehadert. Mir hat der Geist gefehlt, das Erkämpfte selbstbewusst zu

verteidigen und zu wissen, wofür man steht. Da habe ich dann auch mal anders gewählt. Jetzt spüre ich eine gewisse Aufbruchsstimmung, vor allem an der Basis. Das gibt mir Hoffnung. Weil es diesmal, mehr als zuvor, um etwas geht. Und wenn ich nun hier sitze, kann auch ich auf diese Art der Sozialdemokratie etwas zurückgeben für das, was sie uns allen damals geschenkt hat.

Unsere Gesellschaft steht vor neuen Herausforderungen. Welche sind für Sie besonders groß?

Ich vermisste leider den Zusammenhalt und die Aufrichtigkeit, unsere Probleme gemeinsam anzugehen. Es gibt keine Wertschätzung mehr, keine Diskussionskultur. Wir erleben ringsum autoritäre Tendenzen. Ich erwarte mir von der Sozialdemokratie, dass sie hier programmatich gegensteuert. Wir müssen wieder den Kompromiss su-

chen, ihn nicht als faul empfinden, denn Demokratie ist immer ein Ringen um Kompromisse. Wenn das nicht da ist, fehlt auch der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Was können Kunst und Kultur gegen die von Ihnen erwähnten autoritären Tendenzen bewirken?

Mit unseren Möglichkeiten sollten wir versuchen, ein gemeinsames Erlebnis zu schaffen: von Liebe, Leiden, Freude und Furcht, das eint uns! Das macht uns zu Menschen, die dadurch auch für andere Verständnis und Mitgefühl empfinden können. Deshalb versuchen autoritäre Machthaber immer, das Gemeinschaftsgefühl anzusprechen. Das dürfen wir ihnen nicht überlassen.

Wie schafft das die Kunst?

Kunst erfüllt das Bedürfnis nach Geschichten. Die Menschen brauchen Erzählungen. Wenn es die nicht mehr gibt, kippt etwas. Eine Gymnasiallehrerin hat mir erzählt, früher sei sie mit Zwölf- und Dreizehnjährigen ins Theater gegangen, damit sie Klassiker ken-

nenlernen. Das geht heute nicht mehr – auch deshalb, weil sie dort kaum mehr etwas verstehen und über das Werk an sich erfahren können. Es besteht ein großer Originalitätsdruck heutiger Interpretierender, die nicht hinter das Werk zurücktreten können. Der eigentliche Inhalt des Dramas ist der Konflikt und die Art, wie Medea, Faust oder Maria Stuart damit umgehen. Davon lernen wir als Publikum.

Wenn man die Klassiker allerdings nicht mehr wirklich kennlernt, ...

... dann lernt man nichts mehr über Pathos, über Ausdruck, die Wirkung der verdichteten Sprache. Dann erkennen junge Menschen diese Dinge auch nicht mehr in dem, was Obrigkeits oder Politik ihnen servieren. Und dann sind sie offen wie Scheunentore – zum Beispiel für Populismus.

Und der ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Eines, das wir nur gemeinsam lösen können. Bildung, schon im Kindergarten, auch Sprachförderung, war immer der Schlüssel zur Zukunft. Aus meiner Sicht und in diesem Sinne würde ich Kunst und Bildung gerne gemeinsam denken. Wir hatten einmal ein Ministerium dafür ...

... das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, das 2007 geschaffen wurde ...

... und wie es früher schon mal eines unter Kreisky gab. Das war einmal selbstverständlich. Hätte ich eine erfüllbare Forderung an die Politik frei, würde ich sagen: ein Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.

Wie ist die Stimmung in der Kunst- und Kulturszene vor der Nationalratswahl?

Mies! Die Sorge ist, dass die ÖVP doch mit der FPÖ koalieren wird. Und dass Österreich in Richtung autoritärer Staat rutscht. Zensur kann man heute etwa in der Slowakei – wo es kein öffentlich-rechtliches Fernsehen mehr gibt – sehen. Auch deshalb sind schon in den 1930er-Jahren so viele kreative Köpfe aus Kunst, Wissenschaft und Kultur in den angloamerikanischen Raum abgewandert oder geflohen. Dieser „Brain Drain“ hat bis heute Auswirkungen.

Können wir in Ihren Augen noch etwas gegen solche Tendenzen ausrichten?

Wir mussten immer schon gegensteuern. Die Sehnsucht nach Führerpersönlichkeiten und der Wunsch, sich selbst durch die Ausgrenzung anderer zu erhöhen, waren latent immer vorhanden. Aber jetzt ist es sehr bedrohlich.

Was befürchten Sie heute?

Meine Sorge ist, dass sie es diesmal cleverer und schneller machen. Das geht besonders einfach über den Weg der Kultur und die Medien. Man sperrt die Leute nicht mehr in Lager. Heute macht man Menschen mundtot, indem man den Geldhahn zudreht, Arbeitsmöglichkeiten streicht, Direktor*innen austauscht. Aus den Reihen der FPÖ wurde dem Kabarettisten Florian Scheuba ja bereits ausgerichtet, er würde nach den kommenden Wahlen 2024 „nur mehr beim Arbeitsamt auftreten“ ...

... und unter einem Kanzler Kickl würden „so einige wieder das Benehmen lernen - vom Journalisten bis zum Islamisten“ ...

Eine zum Autoritarismus neigende Regierung kann – und wird – die Kultur- und Medienlandschaft nach ihren Vorstellungen umbauen: zu einem Sprachrohr ihrer Politik. Wir sehen in Ungarn, der Slowakei und Italien, wie das bereits gemacht wird.

Was können wir also dagegen tun?

Bewusst wählen – keine Kleinstparteien, die nehmen nur jenen die Kraft, die etwas bewegen könnten. Und es wäre schön, endlich einen gemeinsamen Konsens darüber zu haben, was man koalitionär zulassen will und was nicht. Wir sollten gegenüber der Intoleranz intolerant sein.

Sehen Sie die Freiheit der Kunst in Gefahr?

Die Freiheit an sich ist in Gefahr – wenn unsere Demokratie in Gefahr ist. Wenn aus der Politik laufend die Justiz, freie Medien oder die Kultur attackiert wird. Die Leute verändern sich individuell und im Kollektiv. Du musst heute keine bewaffneten Uniformierten mehr durch die Straßen schicken wie in den 1930er-Jahren, um eine gewisse Stimmung zu erzeugen. Du brauchst nur das Internet.

Wir müssen bewusst dagegen auftreten und wieder Mut zur Diskussion haben. Aber im Rahmen einer Diskussionskultur. Und ohne das Verteufeln des Andersdenkenden. Auch diese Fähigkeit definiert eine Kulturnation. Kompromiss ist das Zauberwort.

Welchen Stellenwert sollte Kultur in einer freien Gesellschaft haben?

Der ehemalige Leiter der Salzburger Festspiele, Sven-Eric Bechtolf, hat einmal gesagt: „Kunst ist wie Essen und Trinken, es ist ein Lebensmittel.“ Wenn wir diese Haltung vertreten, muss dafür gesorgt werden, dass eine Grundversorgung gegeben ist – für das Publikum wie für die Schöpfer*innen von Kunst.

Also mehr Unterstützung für Künstler*innen?

Nicht nur Österreich versteht sich gerne als Kulturnation. Das fünftreichste Land der EU müsste doch beides können – beispielsweise die Wohnungssituation zu verbessern und Kulturschaffende so abzusichern, dass sie von ihrer Arbeit leben können.

Nur keine Zurückhaltung: Was fordern Sie noch?

Mein Appell an die Sozialdemokratie: Sucht euch Verbündete bei anderen Parteien, wo sich Inhalte überschneiden, und bringt es gemeinsam auf den Weg. Für die Zukunft unserer Kinder muss das Fachliche wichtiger sein als die Parteipolitik.

So fördern wir freie, künstlerische Vielfalt

Die Freiheit der Kunst verteidigen

Kunst ist eine wesentliche Säule der Demokratie. Die SPÖ lehnt Einschränkungen der künstlerischen Freiheit ab und steht auf der Seite der Künstler*innen, wenn sie von rechter Seite attackiert werden. Es braucht verlässliche Rahmenbedingungen für ein offenes Kulturleben und die Förderung eines vielfältigen Kunstschaaffens. Kultur soll als Staatsziel in der Bundesverfassung verankert und ein eigenes Kulturministerium eingerichtet werden. Die SPÖ steht für feministische Kulturpolitik mit einer gleichberechtigten Vergabe von Förderungen und Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch entsprechende Kinderbetreuungsangebote.

Kultur mit allen - Kultur für alle

Kulturelle Orte sind vielfältig: nicht nur Museen und Theater, sondern auch Grätzel, Schulen und Clubs. Kunst und Kultur sind Teil des Alltags. Kulturpolitik ist immer auch Bildungspolitik. Die SPÖ setzt auf inklusive Kulturpolitik und macht Partizipation zur zentralen Aufgabe der geförderten Kulturinstitutionen. Es braucht eine stärkere Kulturvermittlung und Kulturgutscheine für junge Menschen. Gratisangebote wie ein freier Museumsabend jede Woche in den Bundesmuseen müssen ausgebaut werden. Vorbild können Initiativen sozialdemokratisch regierter Bundesländer, Städte und Gemeinden sein, die bereits Gratis-Eintritte in Museen ermöglichen.

Faire Bezahlung für Künstler*innen

Die Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen im Kunst- und Kulturbereich sind oft prekär. Künstler*innen haben einen Anspruch auf ein gutes (Arbeits-)Leben und soziale Absicherung. „Fair Pay“ wird mit der SPÖ zur Bedingung für Förderungen. In Bundeskulturinstitutionen müssen gerechte Entlohnung garantiert und ein gemeinsamer Kollektivvertrag in den Bundesmuseen umgesetzt werden. Betriebsräte*innen sollen volle Rechte in Theaterunternehmen bekommen.

Soziale Absicherung von Kulturschaffenden

Die SPÖ wird den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbständige erleichtern und einen jährlichen Eintritt ermöglichen. Alle neuen Selbständigen ohne Mitarbeiter*innen sollen in Zukunft ihre Tätigkeit vorübergehend ruhend stellen können. Zudem plant die SPÖ, einen Zuschuss des Künstler-Sozialversicherungsfonds zur Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die Finanzierung des Fonds sichern

wir langfristig ab und erhöhen die Zuschüsse. Für kurzzeitig Beschäftigte sollen die Voraussetzungen zum Erwerb von Ansprüchen auf Arbeitslosenversicherung erleichtert werden. Außerdem will die SPÖ Maßnahmen gegen Altersarmut beschließen, Krankengeld für Selbständige ab dem vierten Tag auszahnen und faire Vergütungen im Digitalbereich fördern.

Sicherung des kulturellen Erbes

Die SPÖ will die Bundestheater und Bundesmuseen langfristig finanziell absichern. Das Haus der Geschichte Österreichs soll eine eigenständige Bundesinstitution werden. Es braucht zudem ein modernes Denkmalschutzgesetz. Die Koordinierungsstelle für das UNESCO-Weltkulturerbe wird in Zukunft im Kulturministerium angesiedelt sein. Die SPÖ will sich mit einem eigenen Baukulturförderprogramm inklusive Revitalisierungsbonus gegen die Verödung von Stadt- und Ortskernen engagieren. Nachhaltigkeit wird als umfassendes Förderprinzip etabliert.

Kultur- und Kreativstandort Österreich

Die SPÖ will die Förderungen für den Fernsehfonds Austria und das Österreichische Filminstitut erhöhen und die Bürokratie bei Filmförderungen verringern. Der ORF soll verstärkt in österreichische Inhalte investieren, in den ORF-Gremien sollen Kreative vertreten sein. Sparmaßnahmen dürfen nicht zulasten der Künstler*innen gehen. Netflix, Spotify und andere Anbieter sollen einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Kreativstandortes Österreich leisten. Zudem braucht es eine Strategie zur Nachwuchsförderung im Film und zur Weiterbildung in Digitalisierung und KI.

So stärken wir den Journalismus

Bekenntnis zur Pressefreiheit

Österreich liegt im weltweiten Ranking der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ derzeit auf Rang 32 – ein Warnsignal an unsere Gesellschaft. Der schlechte Platz ergibt sich durch politische Einflussnahme (etwa der Versuch der ÖVP, ein Zitterverbot für Ermittlungsakten durchzusetzen), mangelnde Finanzierung oder fehlende Medienvielfalt. Immer öfter werden Journalist*innen Opfer von Beschimpfungen und sogar körperlicher Attacken.

Die SPÖ bekennt sich zur Pressefreiheit. Unsere medienpolitischen Maßnahmen stärken die demokratische Kraft der Medien und tragen zu mehr Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit bei. So verhindern wir eine autoritäre Wende und die Orbansierung der heimischen Medienlandschaft.

Ein unabhängiger ORF

Der Österreichische Rundfunk ist der Allgemeinheit verpflichtet und muss die Gesellschaft in ihrer Vielfalt repräsentieren. Die aktuellen Rahmenbedingungen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Laut Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs sind die Gremien des ORF teilweise verfassungswidrig besetzt, wirkliche politische Unabhängigkeit ist nicht gegeben. Wir wollen eine umfassende Reform der ORF-Gremien durch folgende Maßnahmen: Weniger Einfluss von Bundeskanzler und Bundesregierung, Aufwertung des Publikumsrats für mehr allgemeine Mitbestimmung, Umgestaltung des Stiftungsrats zu einem operativ arbeitsfähigen Aufsichtsorgan, Wiedereinführung geheimer Wahlen und Etablierung qualifizierter Mehrheiten bei der Wahl des Generaldirektors, sowie transparente Personalentscheidungen und Hearings bei der Personalauswahl.

Private Medien: Förderung von Qualität & Vielfalt

Die Auflagen und Anzeigenerlöse privater Medienunternehmen sind deutlich eingebrochen, die Zahl verfügbarer Titel deutlich zurückgegangen. Immer weniger Journalist*innen müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr Nachrichten produzieren. Das Mediennutzungsverhalten hat sich durch die Digitalisierung massiv verändert, doch es gelingt vielen österreichischen Medien nicht, mit digitalen Angeboten Geld zu verdienen. Das bestehende Förderungswesen soll deshalb ausgebaut, zugleich jedoch vereinfacht, zielgerichtet und wissenschaftlich begleitet werden. Wir beschließen eine För-

derstrategie aus einer Hand – mit klaren Zielvorgaben, Fördervoraussetzungen und Fokus auf Qualität, Diversität, Innovation und Erhöhung der Medienvielfalt. Die Medienförderung soll ausgebaut werden – mit neuen Förderschienen wie dem „Mein-Medien-Abo“ (siehe Folgepunkt). Wir unterstützen auch gemeinnützigen und gemeinwohlorientierten Journalismus sowie den nicht-kommerziellen Rundfunk. Die Einnahmen aus der Digitalsteuer werden für Medienfördermaßnahmen zweckgewidmet.

Das „Mein-Medien-Abo“

Geförderte Medienabonnements für junge Menschen – das „Mein-Medien-Abo“ – sollen die Medienförderung demokratisieren. Medien werden gefördert, indem die Leser*innenschaft ermächtigt wird, eine selbstbestimmte Medienauswahl zu treffen. Konkret sollen alle zwischen 16 und 30 Jahren die Möglichkeit bekommen, jährlich ein Abo im Wert von bis zu 150 Euro für ein Medium nach Wahl abzuschließen – analog oder digital. Die Kosten dafür werden vom Bund getragen.

Die Finanzierung soll durch eine Zweckwidmung der Digitalsteuer erfolgen. Um auf die Liste der zur Wahl stehenden Medien zu kommen, müssen festgelegte Kriterien erfüllt werden. Die Beurteilung übernimmt ein unabhängiger und mit breiter Expertise ausgestatteter Beirat. Die ausgewählten Medien sollen einen Beitrag zu politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Debatten in Österreich leisten. Eine Vielfalts- und Gründungsförderung für Start-ups und Medienprojekte wirkt unterstützend für journalistische Innovationen.

Transparente Inseratenvergabe

Das aktuelle System der Inseratenvergabe schadet sowohl der Politik als auch den Medien: Unabhängigkeit von Medien wird infrage gestellt, was zum Verlust ihrer demokratischen Funktion und damit ihrer Daseinsberechtigung führt. Die Politik ihrerseits kommt in den Verdacht, Medien manipulieren zu wollen. Das System ist intransparent und wettbewerbsverzerrend. Wir wollen einen Neustart der Inseratenvergabe auf Basis von Transparenz, klaren Vorgaben und finanziellen Obergrenzen. Das Inseratenvolumen soll insgesamt reduziert, dafür das Budget für die Medienförderung aufgestockt werden. Wir schaffen ein eigenes Gesetz mit klaren Vorgaben für eine transparente Inseratenvergabe inklusive Vergabekriterien und -zielen. In einem eigenen Globalbudget legen wir die Ausgaben für alle Informationsmaßnahmen der Bundesregierung verbindlich fest.

„Mehr als Love und Parade: ein sichtbares, stolzes und sicheres Leben für alle“

Tatjana Gabrielli setzt sich für die Rechte von Menschen ein, die wie sie selbst nicht in das heteronormative Bild passen. In ihrem Kommentar fordert sie eine Zukunft, in der alle sie selbst sein können und die gleichen Rechte haben – egal, ob sie heterosexuell, cisgeschlechtlich oder queer sind.



„Wen man liebt, ist Privatsache“, heißt es gern. Aber stimmt das auch? „Privat“ ist nicht gleich „privat“, ich weiß das, ich habe es erlebt.

Es beginnt in der Volksschule damit, dass die Erwachsenen finden, mein bester Freund und ich wären doch so ein süßes Paar. Es geht weiter mit den Großeltern, Tanten und Onkeln, die bei jedem Familienfest nachbohren, ob es denn „wen gibt“. In der Schule, wo alle über ihren Schwarm reden. Im Kino, in den Büchern, die wir im Deutschunterricht lesen, im Biologieunterricht, in dem wir aufgeklärt werden. Da ist der Teil von mir, den ich mit zwölf endlich benennen kann – und verstecke. Ich habe mich in ein Mädchen verliebt. Ich finde Frauen so viel aufregender als die Schauspieler und Sänger, die von den Postern in den Zimmern meiner Schulkolleginnen grinzen.

„Privatsache“ bedeutete in meinem Fall, ein Geheimnis daraus zu machen. Als ich 14 war, kam es raus: „Die Tatjana steht auf Mädchen. Sie ist lesbisch.“ In Vorarlberg spricht sich sowas schnell herum. Die Einsamkeit, die mich in den zwei Jahren davor begleitet hatte, wich der Angst. Getuschel hinter meinem Rücken. Komische Blicke und Gerüchte, die ich kaum ertrug.

Für mich gab es nur einen Weg – nach vorn. Ich habe eine Menge Privilegien: großartige Eltern, finanzielle Absicherung, österreichische Staatsbürger*innenschaft, gute Schulbildung, tolle Freund*innen und ein starkes soziales Netzwerk. Ich kann es mir leisten, sichtbar zu sein: für all jene, die ihr Unwissen hinter blöden Witzen und homophoben Äußerungen verstecken – und für all jene, die es sich nicht leisten können, offen queer zu leben. Das offene Gespräch und die Sichtbarkeit haben mir in meiner Jugend gefehlt. Ich bin politisch aktiv geworden, um das zu ändern.

„Wen man liebt, ist Privatsache“, das sagen jene, die sich nicht mit etwas anderem als Heterosexualität auseinandersetzen wollen. Eigentlich meinen sie damit: „Zeigt eure Queerness nicht zu offen, seid nicht zu laut, lasst alles so, wie es war, macht es doch nicht so kompliziert.“

Aber es ist nun mal kompliziert: der Mensch, seine Identität(en), sein (Nicht-)Begehrten. Auf einmal gibt es da mehr als schwul oder lesbisch zu sein. Plötzlich muss man sich damit beschäftigen, ob jemand homo- oder bisexuell, trans*, nicht-binär oder inter* ist. Menschen beanspruchen für sich plötzlich Neo-Pronomen oder gar keine Pronomen, und hier haben wir auch schon den absoluten Horror in der Verwaltung: Was schreiben wir denn jetzt bloß statt „Sehr geehrte Damen und Herren“?

Es ist ganz einfach: Wir schaffen etwas Neues. Eine Sprache, die nicht unterdrückt und unsichtbar macht, sondern Menschen einlädt. Eine Gesellschaft, in der Kinder einfach sie selbst sein dürfen, ohne Geschlechterklischees entsprechen zu müssen. Ein Umfeld, in dem Identität und Sein mehr sind als eine Kategorie, die einem Menschen am Tag seiner Geburt zugeschrieben wird.

Der Kampf für eine soziale und gerechte Gesellschaft ist mit der queeren Bewegung untrennbar verbunden. Wir sprechen dabei von Menschenrechten und einer Gesellschaft, in der alle sicher, sichtbar und stolz leben können. Es geht nicht nur um die Sichtbarkeit einzelner queerer Personen, sondern auch um die Themen der LGBTIQA+ Community. Gerechtigkeit, Akzeptanz und Solidarität sind keine Privatangelegenheit. Sie sind das Ergebnis eines gemeinsamen Kampfs um das Wohl aller.

Damit jeder Mensch seine Identität frei leben kann

Diskriminierungsschutz in allen Lebensbereichen

Bis heute ist die Diskriminierung von LGBTQ+ Personen in Österreich legal. Durch politische Blockaden der ÖVP existiert bis heute kein voller Diskriminierungsschutz im Privatleben, beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, bei der Wohnungssuche, bei der Bildung und im Gesundheitsbereich. Die SPÖ fordert vollen Schutz vor Diskriminierung, sowohl aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks und der Geschlechtsmerkmale als auch aufgrund des Alters, der Religion und der Weltanschauung – nicht nur in der Arbeitswelt, sondern beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum, Gesundheitsleistungen und Bildung.

Verbot von hochgefährlichen Konversions-therapien

In vielen europäischen Ländern gibt es bereits ein Verbot von Konversionstherapien – in Österreich bleiben die Opfer dieser hochgefährlichen Eingriffe weiterhin ungeschützt. Die SPÖ hat bereits 2021 ein Gesetz zum Verbot dieser Praktiken eingebracht, aber bis heute wird es im Justizausschuss blockiert. Die SPÖ steht für ein gesetzliches Verbot von Konversionstherapien und ähnlicher Angebote sowie für ein umfassendes Werbeverbot für diese gefährlichen Praktiken.

Schutz intergeschlechtlicher Kinder und Jugendlicher

Der Nationalrat hat sich bereits 2021 für gesetzliche Maßnahmen zum Schutz intergeschlechtlicher Kinder und Jugendlicher, die biologisch nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können, ausgesprochen: Konkret sollen nicht medizinisch notwendige Operationen an intergeschlechtlichen Minderjährigen verboten werden, wie das unter anderem bereits in Deutschland der Fall ist. Intereschlechtliche Kinder und Jugendliche müssen entsprechend der universellen Kinderrechte vor unnötigen Eingriffen in ihre körperliche und psychische Integrität geschützt werden – medizinisch nicht notwendige Operationen an ihnen müssen gesetzlich verboten werden.

Nationale Strategie für Menschenrechte von LGBTQ+ Personen

Mit einer Nationalen Strategie für Menschenrechte von LGBTQ+ Personen will die SPÖ ein Leben ohne Ausgrenzung und Diskriminierung sicherstellen. Dazu braucht es einen Aktionsplan gegen Hass und Gewalt, Diversitätsprogramme im Bildungsbereich, ein umfassendes Programm für LGBTQ+ Gesundheit und insbesondere die menschenrechtskonforme Gesundheitsversorgung von trans* Personen, sowie einen bundesweiten Diversitätsfonds zur Stärkung der Zivilgesellschaft.



Am Beispiel Haslach

Die Integration von Asylwerber*innen ist kein Gnadenakt. Oft genug hilft sie Gemeinden, die händeringend nach Fachkräften suchen. Der Bürgermeister von Haslach, Dominik Reisinger, erklärt in seinem Kommentar die Notwendigkeit eines Umdenkens mit einer Geschichte aus seiner Gemeinde.

Ich erinnere mich daran, wie Familie Lopez nach Haslach kam. Es war das Jahr 2021, wir waren mitten in der Pandemie, und sie kamen im Zuge ihres Asylverfahrens in unseren Ort – eine Dame aus Indien und ihre zwei Kinder. Alle drei sehr freundlich und bemüht, sich sofort einzubringen.

Und dann, es war im Jahr 2023, der Knall: Asyl nicht genehmigt. Abschiebung. Raus aus Österreich. Die ganze Gemeinde protestierte gegen die Abschiebung. Umsonst. Ich habe über Mitbürger_innen erfahren, dass die Familie von der Polizei abgeholt worden war. Sie wurden in ein Asylzentrum gebracht und anschließend mit einem Flugzeug nach Neu-Delhi abgeschoben. Es waren dramatische Szenen, viele waren bestürzt – die Familie war Teil unserer Gemeinde und gehörte zu uns ...

Ich bin heute noch fassungslos: Dass bestens integrierte Menschen, die noch dazu in Mangelberufen beschäftigt sind, in der Gastronomie oder in der Altenpflege bei uns erst Ausbildungen absolvieren und dann abgeschoben werden – das ist einfach nicht nachvollziehbar. Da steht keine Logik dahinter.

Die Abschiebung war im April 2023. Im Mai unterzeichnete der österreichische Außenminister Schallenberg einen Migrations- und Mobilitätspakt, der unter anderem die Einreise von Fachkräften erleichtern soll – raten Sie, mit welchem Land. Richtig: mit Indien. Ich stelle mir vor, wie künftig die Abschiebeflieger und die Flieger mit den Fachkräften auf halber Strecke aneinander vorbeifliegen. Arbeitsmarktpolitisch ist dieses Vorgehen absurd. Menschlich betrachtet ist es ohnehin nicht nachvollziehbar.

Einige aus unserem Ort hielten Kontakt zur Familie Lopez. Die Hoffnung war, dass die drei in Indien einen Antrag auf die Rot-Weiß-Rot-Card stellen – das ist eine Aufenthaltsbewilligung für Menschen in Mangelberufen – und legal wieder einreisen dürfen. Aber zuerst galt es, das Einreiseverbot abzuwarten

Die Formalitäten sind inzwischen erledigt. Wenn alles gut geht, können Emilia, Joia und Joshua Lopez ab Oktober wieder zu uns zurückkehren. Nicht nur nach Österreich – sondern heim, nach Haslach. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass man für solche positiven Integrationsbeispiele, wie

wir es mit dieser Familie haben, nicht auch das Gesetz auf seiner Seite hat, um solche unmenschlichen Abschiebungen zu vermeiden.

Alleingelassene Gemeinden. Aber es gilt noch viel mehr zu diskutieren. Die Gemeinden werden mit den Asylwerber*innen viel zu sehr alleine gelassen. Die Menschen werden aufgeteilt, und dann ist man auf sich selbst gestellt. Die Integrationsarbeit machen dann Ehrenamtliche. Diese Menschen aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, ob es um das Lernen der Sprache geht oder um Unterstützung bei Behördengängen – ohne die Hilfe von freiwilligen Helfer*innen und Vereinen, die sich hier ins Zeug legen, wäre Integration gar nicht möglich.

Meine Erfahrung sagt, dass es wichtig wäre, die Asylverfahren deutlich zu verkürzen. Die Entscheidung muss schneller fallen, damit die Betroffenen wissen, wie ihre Zukunft aussieht.

Ebenso wichtig wäre es, wenn wir in solchen Fällen die Gemeinden oder die Städte einbeziehen. Denn wer kann besser beurteilen, ob eine Familie integriert und gut aufgehoben ist als die Gemeinde, der Bürgermeister, der Gemeinderat, die Pfarre? Die zuständigen Behörden könnten die Gemeinde um eine schriftliche Stellungnahme bitten, die dann in das Verfahren einfließt. Es müsste beim jetzt geltenden Recht bereits möglich sein, in solchen Fällen ein humanitäres Bleiberecht auszusprechen.

Im Fall der Familie Lopez hoffen wir darauf, dass alles gut geht. Wir werden es im Oktober wissen. Dann käme die Familie wieder zurück – und hoffentlich auch ein bissel zur Ruhe.





Foto: privat



Menschlichkeit und Ordnung

Faire Verteilung in der EU

Wir wollen die faire Verteilung von Asylwerber*innen notfalls mit Sanktionen durchsetzen.

Das bringt 75 Prozent weniger Asylanträge in Österreich. Österreich hat in der Vergangenheit bereits viel Verantwortung übernommen. Darauf können wir stolz sein – es ist aber klar, dass wir nicht die gesamte Verantwortung alleine tragen können. Länder wie Ungarn halten sich nicht an die gemeinsamen europäischen Gesetze. Im Jahr 2023 gab es in Österreich fast 60.000 Asylanträge – während es in Ungarn nur 45 waren.

Schnelle Verfahren an EU-Außengrenzen

... statt endlose Verfahren in Österreich. Asylverfahren dauern in Österreich oft sehr lange. Diese Ungewissheit ist keine gute Basis für eine gelungene Integration. Die Menschen brauchen rasch Perspektiven. Es sollte sich auch niemand mit 50 anderen Menschen in einen LKW pferchen müssen und sein Leben riskieren, um illegal nach Österreich zu kommen. Beide Probleme können durch Verfahrenszentren entlang der EU-Außengrenzen gelöst werden.

Die SPÖ schlägt vor, dass die EU „Gemeinsame Stellen für Asylanträge“ errichtet, die beispielsweise auch in Botschaften eines EU-Staates oder direkt an den EU-Außengrenzen errichtet werden können. Dort sollen Asylanträge entgegengenommen und geprüft werden. Erst wenn vollkommene Rechtsicherheit über den Asylstatus herrscht, sollen die Personen in der EU verteilt werden. So können die Asylsysteme entlastet und gefährliche Fluchtwege vermieden werden. Diese Maßnahme könnte in einem ersten Schritt auch ohne Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten von einzelnen Staaten gemeinsam umgesetzt werden.

Unrechtmäßige Aufenthalte reduzieren

... und Rückführungsübereinkommen verhandeln. Asyl ist das Menschenrecht auf Schutz. Dieses Grundrecht darf niemals hinterfragt werden. Damit Österreich seiner Pflicht so gut wie möglich nachkommen kann, müssen wir auch klar sagen: Wer keinen Schutz benötigt, kann auch kein Asyl bekommen und sollte in sein Heimatland zurückkehren. Die SPÖ wird in der Regierung auf Abkommen mit sicheren Herkunftsländern drängen.

Für die Staatsbürger*innen jener sicheren Staaten, die keine Rückführungen akzeptieren, wollen wir neue Wege gehen: Wir müssen Care & Support Agreements (Unterstützungsabkommen) mit sicheren Drittstaaten für Migrant*innen ohne Schutzstatus und ohne Aufenthaltsrecht in der EU verhandeln. Wer in der EU kein Aufenthaltsrecht hat und nicht in sein Herkunftsland zurückkehren kann, soll in einen sicheren Drittstaat gebracht werden. Diese Länder sollen bei der Aufnahme unterstützt werden, die Migrant*innen beim Aufbau ihrer neuen Existenz.

Wer aber arbeitet und sich integriert, soll unter bestimmten Voraussetzungen eine Chance auf eine andere Aufenthaltsberechtigung erhalten und einen sogenannten Spurwechsel durchführen. Dies soll etwa jugendlichen Asylwerbenden ermöglicht werden, die eine Lehre absolviert haben. Personen, die dabei sind, sich eine Existenz aufzubauen oder aufgebaut haben, sollen für ihre Bemühungen bevorzugt werden.

Integration ab dem ersten Tag

Integration vor Zuzug – das ist unser klares Prinzip. Integration bedeutet, dass man Deutsch lernt, einen Beruf hat und sich in die Gesellschaft einbringt. Wir müssen Menschen, die zu uns kommen, ein klares Ziel geben, einen Integrations-Kompass: Das sind unsere unverrückbaren Werte wie Demokratie, Menschen- und Frauenrechte.

Integration scheitert oft auch an fehlenden Angeboten. Darum braucht es Deutschkurse ab dem ersten Tag, anstelle von Massenquartieren kleine Unterkünfte, die einen besseren Kontakt zur Bevölkerung ermöglichen, und die Wiedereinführung des verpflichtenden Integrationsjahrs mit Arbeitsmarkt-Qualifizierungsmaßnahmen, Deutsch- und Wertekursen sowie gezielte Frauenförderung.

Ein weiterer zentraler Teil der Integration ist Bildung. Hier fordert der Familiennachzug unser Schulsystem, wir brauchen daher eine deutliche Aufstockung der Stützkräfte in der Schule.

Frauen stärken

Frauenrechte wurden lange erkämpft und sind für unser Wertesystem unverzichtbar. Wir wissen außerdem: Frauen integrieren sich schneller als Männer, oft sind sie der Schlüssel zur Integration der ganzen Familie. Deshalb helfen Programme zur



Förderung von Frauen doppelt: Wir helfen bei der Integration und beweisen, dass unser Bekenntnis zu Frauenförderung und -rechten nicht bloß leeres Gerede ist. Wir müssen auch vorleben, was wir fordern: Schutz vor Gewalt durch den Partner, Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und Berufen und das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen – oder kurz gesagt: das Recht auf Selbstbestimmung für Frauen in jedem Lebensbereich.

Schutz und Sicherheit für Österreich

Die allermeisten Menschen, die nach Österreich kommen, tun das, weil sie sich ein neues Leben in Sicherheit in Österreich aufbauen wollen. Es gibt viele gelungene Integrationsbiografien.

Es gibt aber auch Fälle, in denen die Integration einfach scheitert. Wer schwere Straftaten begeht oder wiederholt leichte Verbrechen verübt, dem muss mit der vollen Härte unseres Rechtsstaats begegnet werden. Das reicht von hohen Haftstrafen bis hin zur Abschiebung, wenn diese im Rahmen unseres Rechtstaats möglich ist.

Wir müssen die Bevölkerung, ob migrantisch oder nicht, vor diesen Fundamentalisten schützen. Es ist aber sehr wichtig, hier zu differenzieren: Es geht um eine radikalierte Minder-

heit – und wir müssen auch die migrantische, muslimische Community Österreichs vor diesen Fundamentalisten schützen. Es darf keinen Generalverdacht geben, schließlich stellen diese demokratiefeindlichen Gesellschaftsvorstellungen genau das dar, wovor die meisten geflüchtet sind.

Radikale Agitatoren müssen dingfest gemacht werden – sie sollen keine Chance haben, junge Menschen für ihre Hassprojekte zu rekrutieren. Dazu brauchen wir mehr Polizist*innen im Dienst. Ein Vierteljahrhundert ÖVP und Kickl im Innenministerium haben die Polizist*innen an den Rand der Belastbarkeit gebracht, sie machen mehr als 10 Millionen Überstunden pro Jahr – das sind 374 pro Kopf. Wir müssen auch auf jene achten, die uns beschützen: Deshalb brauchen wir mindestens 4.000 Polizist*innen mehr (siehe auch „Unsere Ideen für mehr Sicherheit“).





„Sport sollte zu den Grundbaumaterialien der Gesellschaft gehören“

Andrea Gruber wurde 2015 Weltmeisterin im Jiu Jitsu. Heute trainiert sie den sportlichen Nachwuchs. Wir sprachen mit ihr über die Bedeutung des Sports und die Vision von einer Gesellschaft in Bewegung



Sie wurden 2015 Weltmeisterin in Jiu Jitsu und gehören damit zu Österreichs Spitzensportler*innen. Welche Bedeutung haben Bewegung und Sport für Sie persönlich?

Als ich mit sechs Jahren zum Jiu-Jitsu kam, wurde meine lebenslange Leidenschaft geboren.

Dieser Kampfsport mit einer langen Tradition hat mich Respekt und Fairness gelehrt, ich habe dadurch viel an sozialer Kompetenz, Leistungswillen, Ausdauer und Durchsetzungsvermögen erlangt. Sich selbst schützen und verteidigen zu können, stärkt außerdem das Selbstbewusstsein.

Man erhält den Eindruck, in der Bevölkerung hat Sport einen hohen Stellenwert.

Durchaus. Als Ausgleich zur Arbeit, um sich freundschaftlich zu messen oder den Körper zu formen. Aber der Sport hat auch eine enorm wichti-

ge gesellschaftliche Aufgabe, nämlich die Menschen in schwierigen Zeiten zusammenzubringen. Das sehen wir besonders bei sportlichen Großereignissen wie der Handball- oder Fußball-Europameisterschaft.

Was bringt Sport noch?

Sport ist enorm wichtig für die mentale Gesundheit und die Gesellschaft kann davon profitieren. Sport sollte als Bindeglied, Kitt und Basis zu den Grundbaumaterialien der Gesellschaft gehören und auch als solches betrachtet werden. Neben den gesundheitlichen Vorteilen fördert Sport auch moralische Werte wie Akzeptanz, Respekt, Chancengleichheit und Fairness. Integration und Inklusion geschehen im Sport ganz natürlich, Sport muss für alle zugänglich und leistbar sein!

Manche Sportarten werden mehr geschätzt als andere. Wie ändern wir das?

Im österreichischen Sport zählt in ers-



ter Linie der Medaillenerfolg. Medien bestimmen, wer als Held*in gefeiert wird. Randsportarten und Breitensport finden wenig Anerkennung, außer durch Initiativen wie „Kinder gesund bewegen“ (KiGeBe) oder die tägliche Turn- und Bewegungseinheit. Gemeinsame Trainingszentren könnten den Austausch und die gegenseitige Wertschätzung fördern. Medien sollten außerdem verpflichtend die Vielfalt des Sports sichtbarer machen.

Welche Maßnahmen würde es brauchen, damit Sport und Ausbildung oder Beruf besser miteinander vereinbar sind?

Die Vereinbarkeit variiert in Österreich je nach Ausbildung und Bundesland. Organisationen wie KADA – „Karriere danach“ – und das Bundesheer unterstützen Spitzensportler*innen beim Übergang in die Berufswelt. Dank KADA konnte ich parallel zum Leistungssport studieren. In der Schule ist das leider schwer möglich. Kinder

und Jugendliche müssen sich früh auf Schwerpunktschulen festlegen und können ihre Wunschausbildung nach dem Sport oft nicht verfolgen. Man sollte diesbezüglich Unterstützungs-möglichkeiten für Sportler*innen ab der Schulzeit schaffen.

Welche Infrastrukturen sind nötig, um bessere internationale Sporterfolge zu erzielen?

Meine Vision sind ganzjährig geöffnete Sportstätten und mehr Sportanlagen, die auch für den Breitensport genutzt werden können. Wichtig wären gemeinsame Trainingsstützpunkte, wo Trainer*innen und Fachleute aus Sportmedizin, Physiotherapie, Sportpsychologie und Diätologie gemeinsam mit Athlet*innen arbeiten. Das würde die Sportarten weiterbringen und ein optimales Umfeld für heimische Trainings schaffen.

Und wie ermöglichen wir so vielen Menschen wie möglich die Ausübung von Sport?

Es wäre wichtig, Bewegungsangebote für alle Altersgruppen zu schaffen und in Vereinen, Betrieben und im öffentlichen Raum anzubieten. Das könnte Österreich zu einer echten Sportnation machen. Sport- und gesundheitspolitiisch könnten ressortübergreifende Kooperationen der Schlüssel dafür sein.

Österreich in Bewegung

SPÖ-Bekenntnis: Bewegung und Sport für alle

Bewegung und Sport müssen als wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft wahrgenommen werden. Alle Menschen in Österreich verdienen einen niederschwelligen und leistbaren Zugang zu Bewegung und Sport, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Die SPÖ bekennt sich zu einer nachhaltigen Umsetzung moderner Konzepte und innovativer Ideen für den Sport, allen voran für gemeinnützige Sportverbände und -vereine sowie deren zahlreiche ehrenamtliche Funktionär*innen.

Freier Zugang zur Natur als Grundrecht

Der freie Zugang zur Natur muss ein Grundrecht für alle Menschen sein. Die SPÖ setzt sich für die Freigabe der Forststraßen für Radfahrer*innen sowie die Rettung der Hütten und Wanderwege ein.

Gleichberechtigung

Auch im Sport ist Gleichberechtigung für die SPÖ zentral. Besonders im Spitzensport muss „Equal Play – Equal Pay“ gelten. Ebenso fordern wir Frauenquoten und Initiativen zur Gleichstellung in Bundessportgremien. Initiativen für ein sicheres und inklusives Sportumfeld sollen weiter ausgebaut werden.

Sport fördert die Integration

Sport fördert den sozialen Zusammenhalt und ist eines der größten informellen Integrationsprojekte Österreichs. Im Sport treffen Menschen in friedlichem Austausch unter Beachtung von Regeln, Werte und Normen aufeinander. Projekte zur Integration durch Sport, Maßnahmen gegen Gewalt im Sport, Gleichstellung von Frauen und Männern im Sport und Inklusionsprojekte sollen flächendeckend ausgerollt werden.

Sport für alle Kinder

Sport und Bewegung als gesunder Lebensstil erhöhen nachweisbar den Gesundheitsstatus sowie das körperliche, soziale und geistige Wohlbefinden und gleichzeitig werden nachweisbar volkswirtschaftliche Kosten eingespart. Aus diesem Grund legen wir besonderen Wert auf Sport und Bewegung im jüngsten Alter. Initiativen wie „Kinder gesund bewegen“ oder „Tägliche Bewegungseinheit“ betrachten wir als wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Es gilt Initiativen wie diese finanziell, örtlich, personell und strukturell auszubauen. Jedes Kind soll schon im frühesten Alter im polysportiven Bereich aktiviert werden, um die eigenen Stärken zu entdecken und zu entwickeln.





Förderung für Spitzensport und Breitensport

Die SPÖ stellt sich klar hinter den Sport, sowohl als Leistungs- als auch als Breitensport. Dabei bedarf es einer maximalen und bestmöglichen Nachwuchsförderung. Diese Strategien wollen wir umsetzen:

- Spitzensport soll in Zukunft mit schulischen, akademischen und beruflichen Ausbildungen vereinbar sein.
- Leistungszentren sollen weiter ausgebaut werden.
- Das Berufsbild Trainer*in muss in Österreich ausgebaut und etabliert werden. Besonders gefördert werden sollen Ausbildungsprogramme für Trainerinnen.
- Qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildungen müssen niederschwellig zugänglich sein.
- Möglichkeiten zur Unterstützung der Finanzierung von Trainer*innen sollen geschaffen werden. Wir beschließen ein in der Praxis anwendbares Berufssportgesetz.
- Die Sozialdemokratie setzt sich für eine verstärkte mediale Präsenz, im analogen wie digitalen Bereich, gleichermaßen für Spitzensport wie Breitensport ein.

Sportinfrastruktur als Basis der Sportnation Österreich

Die Erarbeitung eines nationalen Sportinfrastrukturkonzepts ist ein unverzichtbarer Grundstein für die Weiterentwicklung des österreichischen Sports. Dazu gehört ein Plan zur Errichtung und Sanierung neuer sowie bestehender Sportstätten unter Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien für Bau und Betrieb. Um auch Sportorganisationen direkt zu ermächtigen, Sportstätten zu errichten und zu betreiben, sollen bessere gesetzliche Voraussetzungen sowie erweiterte finanzielle Unterstützungsmodelle geschaffen werden. Wir bekennen uns dabei zu einem breit angelegten Bewegungs- und Sportangebot, in dem auch weniger populäre Sportarten ihren Stellenwert haben.

„Gemeinsam für den sozial-ökologischen Umbau kämpfen“

Gewerkschafter trifft Klimaschützer: Der Vorsitzende der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Josef Muchitsch, trifft den Wissenschafter Johannes Stangl, Mitbegründer von Fridays for Future Vienna, zum Gespräch.

Josef Muchitsch: wann hattest du deine erste Begegnung mit dem Thema Natur- und Klimaschutz?

Josef Muchitsch: Das war 1984. Ich war damals Maurerlehrling und habe die Besetzung der Hainburger Au als Konflikt von Umweltaktivist*innen gegen Arbeiter*innen wahrgenommen. Die einen sagten: Wir dürfen kein Wasserkraftwerk bauen, wir verlieren Arbeitsplätze. Die anderen sagten: Wir verlieren unsere Natur.

40 Jahre später gibt es ein Bündnis „Menschen und Klimaschützen statt Profite“. Die Gewerkschaft BAU-HOLZ mit Josef

Muchitsch hat es gemeinsam mit den Klimainitiativen „Fridays for Future“ und „System Change, not Climate Change“ sowie der AK geschlossen.

Johannes Stangl: Wir haben gemeinsam eine Anpassung des Arbeitsrechts an die Folgen der Klimakrise und eine sozial-ökologische Investitionsoffensive gefordert. Das war ein schöner Moment, der gezeigt hat, wo unsere Gemeinsamkeiten liegen.

Josef Muchitsch: Wir haben für Unruhe gesorgt (lacht). Mit so einem Bündnis hat niemand gerechnet. Die Regierung ist nicht bereit, Gesetze zu ändern und die Arbeitnehmer*innen zu schützen.

Dann machen wir eben gemeinsam Druck.

Johannes Stangl: Die Klimabewegung und die Bewegung für Arbeiter*innenrechte können zwei Seiten derselben Medaille sein. Wir können zusammen für den sozial-ökologischen Umbau kämpfen.

Johannes Stangl, du bist Wissenschafter und auch bei den „Scientists for Future“ aktiv. Was ist deiner Meinung nach die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen dir und Gewerkschafter Josef Muchitsch?

Johannes Stangl: Dass wir die ökologische Frage auch als soziale Frage stellen. Machmal wird ein Konflikt zwischen Klimaschützer*innen und Arbeiter*innenschaft konstruiert. Aber ich sehe keinen Konflikt. Der Kampf für eine le-



benswerte Zukunft ist auch ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für soziale Absicherung, für ein besseres Leben im Allgemeinen, vor allem für die arbeitenden Menschen. Das trennen zu denken, wäre ein Fehler. Es geht ja nicht bloß um Klimaschutz, sondern um Klimagerechtigkeit. Menschen mit weniger Einkommen und Vermögen sind von Klimaereignissen am ehesten betroffen. Auch in Österreich.

Josef Muchitsch: Ein konkretes Beispiel: Arbeiten in der Hitze wird immer schwieriger und ungesünder – in Wäschereien oder Produktionshallen ohne Durchlüftung, vor allem aber für die rund 400.000 Menschen, die im Freien unter der prallen Sonne arbeiten. Die Arbeitnehmer*innenschutzgesetze wurden in den vergangenen Jahren nie entsprechend evaluiert. Da ist die Regierung sehr nachlässig.

Welche politischen Maßnahmen braucht es in euren Augen?

Josef Muchitsch: Wir brauchen ein langfristiges Investitionsprogramm für klimafittes Wohnen. Ein gut isoliertes Zuhause mit modernen Heizgeräten bedeutet weniger Betriebskosten, weniger Aufwand, weniger Energieverschwendungen und gleichzeitig ein besseres Wohnumfeld.

Johannes Stangl: Ich stimme zu. Wenn man in den Bausektor und in die Sanierung investiert, dann ist das außerdem nicht nur fürs Klima gut, sondern auch eine Chance für die Bauwirtschaft, Aufträge und Arbeitsplätze zu sichern und die ökosoziale Wende aktiv mitzutragen. Auf Neudeutsch würde man sagen: Es hat viele Co-Benefits.

Josef Muchitsch: Was wir ebenfalls brauchen, ist ein europäisches Vergaberecht, das mehr regionale Vergaben zulässt – das bedeutet kurze Transportwege und regionale Wertschöpfung. Und wir brauchen ein Sonderprogramm für die Sanierung unserer 60.000 öffentlichen Gebäude, von denen viele nicht klimafit sind. Das sind die größten CO2-Dreckschleudern.

Johannes Stangl: Wichtige Punkte sind auch der Ausbau des Schienennetzes, um klimafreundlichere Mobilität zu ermöglichen, und die Energiebereitstellung: erneuerbare Energie auszubauen



und die Netzinfrastruktur endlich zu modernisieren. Wir brauchen einen Plan, wie wir bei diesen Infrastrukturaufgaben schneller werden. Der Weltklimarat sagt, dass die Jahre bis 2030 die wichtigsten Jahre sind, um Maßnahmen gegen die Klimakrise zu setzen.

Josef Muchitsch: Wichtig ist dabei, wie du sagst, ein guter Plan. Wir haben jetzt, mehr Photovoltaikanlagen auf unseren Dächern als das Netz imstande ist zu transportieren. Das zeigt, wie schlecht die Regierung das alles handwerklich gemacht hat. Bis das Netz ausgebaut ist, ist diese Photovoltaikanlage wahrscheinlich veraltet. Da wird so viel Geld verplempert. Sowas kann die Sozialdemokratie besser.

Gibt es denn mehr solche „handwerklichen Fehler“ der Regierung?

Josef Muchitsch: Leider ja. Wir haben zum Beispiel gefordert, dass die Förderungen höher werden, etwa beim Heizkesseltausch. Es hilft aber nichts, wenn ich den austausche, die Energie aber dann beim alten Fenster hinaus und durch die nicht isolierte Wand verpufft. Solche Maßnahmen müssten im Gesamten gesehen und bewertet werden.

Also braucht es eine Art von verschränkten Förderungen?

Josef Muchitsch: Ja, und diese müssen auch sozialpolitisch mehr unterstützt werden. Nicht jeder kleine Häusbesitzer und nicht jede kleine Häusbesitzerin kann sich die nötigen Sanierungsarbeiten auch leisten.

Welche Erwartungen hat die Klimagerechtigkeitsbewegung an die Sozialdemokratie?

Johannes Stangl: Dass sie Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts versteht und eine positive Vision vom sozial-ökologischen Umbau schafft. Viele Menschen haben Angst vor Veränderungen, das treibt sie in die Hände von Rechtspopulisten. Die versprechen dann, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Aber die Veränderungen werden auf jeden Fall kommen, ob wir wollen oder nicht. Jetzt ist der Moment, für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

Kampf gegen die Erderhitzung, für gerechte Lebensbedingungen

Klimagerechtigkeit als soziales Anliegen

Die SPÖ bekennt sich zu ihrem Einsatz für Klimagerechtigkeit als soziales Anliegen. Menschen mit geringerem Einkommen sind von der Erderhitzung schneller, direkter und härter betroffen. Wir kämpfen für gute künftige Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen.

Österreich braucht ein Klimaschutzgesetz

CO2-Neutralität bis 2040 ist alternativlos. Entsprechende Maßnahmen dafür müssen rasch und effizient umgesetzt werden. Wir brauchen ein Gesetz, das garantiert, dass wir ab 2040 nicht mehr CO2 ausstoßen als wir binden können, und das sozial gerecht gestaltet ist. Trotz einer grünen Regierungsbeteiligung ist ein solches Gesetz überfällig. Die SPÖ in Regierungsverantwortung wird dies umsetzen.

Klimacheck für Gesetze

Gesetze müssen verpflichtend auf ihre Auswirkung auf das Klima geprüft werden. Der Klimacheck erhebt die CO2-Bilanz von Gesetzesvorhaben und prüft, ob diese sich positiv, neutral oder negativ auswirken. Kein neues Gesetz soll die Klimakrise weiter anheizen. Der Budgetdienst des Parlaments muss um den Aspekt Klima erweitert werden, damit das Parlament unabhängig prüfen und Auswirkungen thematisieren kann.

Stärkung der Umweltkompetenzen bei den Staatsanwaltschaften

Klimawandel und Umweltverbrechen bedrohen Gesundheit und Leben von Millionen Menschen. Die Verfolgung von Straftatbeständen im Zusammenhang mit Klima- und Umweltfragen hat enorme gesellschaftliche Bedeutung, bedarf jedoch einer Expertise, die in der Justiz derzeit nicht ausreichend vorhanden ist und nicht bei allen Staatsanwaltschaften aufgebaut werden kann. Die SPÖ tritt für die Bündelung staatsanwaltlicher Kompetenzen im Umweltbereich ein.

Eine klimagerechtere Industrie

Die CO2-Emissionen von Industrieanlagen massiv zu senken und die Produktion „grüner“ Industrieprodukte zu forcieren, gehört zu unserer Vision der Industrie von morgen. Leuchtturmpunkte wie die Umstellung von zwei Hochöfen der voestalpine auf Elektrolichtbogentechnologie können auf einen

Schlag rund 5 Prozent der gesamten heimischen Treibhausgase einsparen, das entspricht der Umstellung jeder zweiten Raumheizung in Österreich auf eine CO2-neutrale Alternative. Solche großen Änderungen sollen Vorrang genießen, sie weisen den Weg zu einer dekarbonisierten, grüneren Industrie und leisten einen enormen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele.

(Die Notwendigkeit einer Transformation der Industrie beschreiben wir bei „Unsere Ideen für zukunftsweisende Industriepolitik“.)

Klimafittes Wohnen

Die SPÖ will ein langfristiges, durchdachtes Investitionsprogramm für klimafittes Wohnen schaffen. Dazu gehören Förderungen, die für Privathaushalte und öffentliche Gebäude klimaverträgliche Sanierungsmaßnahmen wie Heizungstausch oder Isolierung zur Reduzierung der Emissionen leistbar und möglich machen.

Kreislaufwirtschaft

Jedes Jahr erreicht Österreich seinen Jahresressourcen-Verbrauch bereits Mitte April. Diese Ressourcenübernutzung gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Mit einer massiven Entwicklung in Richtung Kreislaufwirtschaft können wir Wohlstand sichern und den Ressourcenverbrauch wirksam reduzieren (siehe auch „Unsere Ideen für zukunftsweisende Industriepolitik“).

Clare regulatorische Vorgaben für die Mindestlebensdauer von Produkten, die Wiederverwendung, die Reparierbarkeit sowie die Wiederaufbereitung des verwendeten Materials und Quoten für Recycling-Anteile weisen den Weg in eine nachhaltigere Ressourcennutzung. Dies gilt insbesondere für das Recycling von Batterien, auch um die Abhängigkeit vom Import seltener Erden zu mindern.

Kreislaufwirtschaft bedeutet auch ein Ende für die wachsenden Müllberge. Das Verursacherprinzip muss dabei zur Anwendung kommen: Wer beispielsweise Verpackungen produziert, trägt auch die Verantwortung für den Müll. Plastikhersteller müssen eine Plastikabgabe zahlen, um endlich die Menge an Plastik zu reduzieren. Beim Bau von Gebäuden muss mittels Gebäudeausweis der Materialverbrauch dokumentiert werden, um im Fall des Abbruchs ein vollständiges Recycling des Baumaterials zu ermöglichen. Die Mehrwegquote im Handel muss

deutlich erhöht werden.

Ein starkes Lieferkettengesetz

Große Unternehmen und Konzerne beuten weltweit unsere Umwelt aus, ignorieren Menschenrechte und schädigen das Klima – für schnellen Profit. Das EU-Lieferkettengesetz bietet dagegen eine erste Grundlage. Wir setzen uns für eine Nachschärfung der EU-Regeln ein und wollen auch auf nationaler Ebene mehr Gerechtigkeit und höhere Standards bei Umwelt- und Klimaschutz und dem Schutz der Menschenrechte. Die zuständigen Behörden müssen mit ausreichend Personal ausgestattet werden, um die Sorgfaltspflichten von Unternehmen und deren Lieferketten genau prüfen zu können.

Verbot von Privatjets

Wir wollen die großen Klimasünder ins Visier nehmen und den CO2-Ausstoß massiv reduzieren. Privatjets sollen daher verboten werden.



**EXPERTIN
AM WORT**

„Wir nehmen niemandem etwas weg“

Wie leben Menschen im Alter? Wovon träumen sie, was schränkt sie in ihrer Lebensqualität ein? Wir fragten die 86-jährige Helga Sedlak, die sich seit vielen Jahren im Pensionistenverband engagiert und die Wünsche der Älteren kennt.

Frau Sedlak, wie ist Ihr Leben im Alter?

Ich bin seit Dezember 2018 Witwe, aber ich habe einen großen Freundeskreis und bin sehr engagiert. Seit 33 Jahren bin ich beim Pensionistenverband Kassiererin und mache als freiwillige Helferin die Buchhaltung.

Wie hat sich Ihr Leben in den vergangenen Jahren verändert?

Ich spüre die Preise viel mehr. Schon beim Einkaufen, noch mehr im Restaurant. Es ist unglaublich, wie teuer alles geworden ist.

Was ist gar nicht mehr drin?

Ich fahre nicht mehr auf Urlaub, das gebe ich ehrlich zu.

Sie sagen „zugeben“. Haben Sie den Eindruck, dass es für die ältere Generation schwierig ist, über Armutsbetroffenheit zu sprechen?

Durchaus. Ich sehe das auch im Pensionistenverband. Es gibt genug ältere Leute, die sich schämen und Hilfe bräuchten – aber eben nicht danach fragen wollen. Wir können Gott sei Dank Leuten, denen es wirklich schlecht geht, einen Zuschuss verschaffen.

Welche Rolle spielt Einsamkeit bei älteren Menschen heute?

Eine große Rolle! Ich bin mit meiner Hausärztin befreundet und kriege manches Mal von ihr einen Hinweis: „Kannst du dich dieser Person nicht ein bissel annehmen? Der steht allein da.“ Dann versuche ich denjenigen in Freundenrunden einzubauen. Die Gemeinde

Wien und der Pensionistenverband machen auch sehr viel, es gibt alle 14 Tage einen Klubnachmittag, als Nächstes ein Fest mit Musik und Grillen.

Wie sollen wir als Gesellschaft mit der älteren Bevölkerung besser umgehen?

Wir brauchen einen Plan, denn wir werden mehr. Wir bräuchten mehr Möglichkeiten, nette Gesellschaft zu finden. In der Pandemie hat sich sehr vieles ins Digitale verlagert. Damit können einige gut umgehen, andere gar nicht. Den Reparaturbonus zu beantragen, wäre für Ältere wichtig, aber das geht nur online. Damit sind einige schon von wichtigen finanziellen Unterstützungen ausgeschlossen.



Wie haben Sie das gelöst?

Ich hatte Glück: Mein Neffe ist Informatiker. Der konnte über TeamViewer von zuhause einsteigen und mir direkt am Computer helfen. Als ich 15 Jahre alt war, bin ich zum ersten Mal zur Greißleerin ums Eck gegangen, um zu telefonieren. Das war eine Sensation! Das Leben heute ist schon ganz anders. Ich verstehe Leute, die sagen: Für mich ist der Zug abgefahren.

Was halten Sie vom SPÖ-Vorschlag, dass Ältere beim Amt Unterstützung erhalten, etwa um digitale Formulare auszufüllen?

Das wäre fantastisch. Meiner Schwägerin zum Beispiel würde das sehr helfen. Sie war Kanzleileiterin und hat sich auf viele Arten bewiesen. Aber bei dem ganzen Computerzeug hat sie gesagt, sie will nicht mehr. Sie hat in ihrem Leben viel geleistet, sie sollte nicht gezwungen werden.

Was ist das Wichtigste, was ältere Menschen brauchen?

Respekt ist das Wichtigste. Ich finde es auch wichtig, dass die Generationen einander nicht bekriegen und mit Vorwürfen überschütten. Die Leute werden ja richtiggehend aufgehusst mit Sätzen wie „Die Alten nehmen uns die Pensionen weg“ oder „Denen schiebt man alles rein“. Junge Leute kriegen dann Ängste, das ist ja logisch. Wir nehmen niemandem etwas weg. Im Gegenteil: Viele Ältere unterstützen ihre Kinder und Enkel finanziell.

Was macht Ihnen in Bezug auf die kommenden Jahre Sorgen?

Der Egoismus der Menschen. Es geht nur noch ums „Ich“. Wir müssen mehr miteinander reden, nicht nur die Überschriften in der Zeitung lesen. Und wir müssen die Dinge ein bissel mehr hinterfragen und den Leuten die Ängste nehmen. Miteinander reden ist das Wichtigste.

Für ein schönes Leben im Alter

Gegen Altersdiskriminierung – für das Recht auf ein Leben ohne Internet

Die Digitalisierung ist aus dem Alltag der meisten Menschen längst nicht mehr wegzudenken und bringt viele Vorteile. Je- doch dürfen Menschen, die sich nicht im Internet bewegen können oder wollen, nicht benachteiligt werden. Die SPÖ will folgende Rechte sichern:

- Recht auf eine kostenlose Papierrechnung
- gesetzliches Verbot höherer Gebühren für analoge Abwicklung
- gleichberechtigter Zugang zu allen öffentlichen Leistungen und Förderungen.

Unterstützung bei Behördenwegen

Die SPÖ will in allen Gemeinden Servicestellen einrichten, wo im persönlichen Kontakt Behördenwege abgewickelt werden können. Diese Behördenzentren sollen eine echte Servicestelle sein. So wie es bereits „Community Nurses“ gibt, die sich als Pfleger*innen um individuelle Betreuung im Gesundheitsbe- reich kümmern, soll es künftig in jeder Gemeinde zusätzlich Servicemitarbeiter*innen geben, die neu in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden und als „Community Buddys“ Menschen persönlich treffen, sie bei ihrem Anliegen beraten und die Beantragung und Abwicklung von Behördenwegen in Gang setzen.

Örtliche Infrastruktur verbessern

Auch Services der kritischen Infrastruktur müssen wieder verstärkt vor Ort angeboten werden. Dazu zählen Strom- und Gasanbieter, Banken, Geldausgabeautomaten und Versicherungen, die mit Filialen vertreten sein sollen, aber auch Post- Partner, um Wege zu verkürzen und ein Versorgungsnetz mit hohem Serviceanspruch zu garantieren.

Recht auf Bargeld und persönliche Banktermine

Immer mehr Bankfilialen schließen in Österreich, sogar Ban- komaten werden rarer: 317 von 2.093 Gemeinden in Österreich haben keinen Geldausgabeautomaten – Tendenz steigend. Die SPÖ will, dass Banken wieder ihrem Versorgungsauftrag nachkommen und den Menschen in Österreich Zugang zu ihrem Bargeld uneingeschränkt ermöglichen. Mit einem eigenen Bar- geldversorgungsgesetz müssen die Banken in jeder Gemeinde mindestens einen Bankomaten unterhalten.

Auch die Bankdienstleistungen müssen verbessert werden: Wir wollen ein Recht auf einen persönlichen Banktermin – zumindest einmal im Monat. Dort, wo das Filialnetz zu ausgedünnt ist, sollen solche Termine über mobile Bankberater*innen erfolgen.

Aktiv in den Gemeinden

Für ein gelingendes Zusammenleben und eine Gesellschaft mit hoher Lebensqualität ist der Kampf gegen Einsamkeit entscheidend. Die soziale Isolation der Bürger*innen zu verhindern, damit sich niemand einsam fühlt, ist eine Vision, an der die SPÖ arbeitet. Ein erster Schritt soll in den Gemeinden erfolgen. Zur Stärkung der Gemeinden arbeitet die SPÖ an Ideen wie den „Österreich-Cafés“. Das sind geförderte, von Langzeitarbeitslosen betriebene Treffpunkte für Senior*innen.

Medizinisch gut versorgt in allen Lebenslagen

Gerade Ältere müssen sich auf ein funktionierendes Gesundheitssystem verlassen können. Sie haben meist ihr Leben lang Versicherungsbeiträge eingezahlt und erwarten entsprechende Gesundheitsleistungen. Dazu gehören für uns der Rechtsanspruch auf einen Behandlungstermin bei Fachärzt*innen und die Erreichbarkeit von Allgemeinmediziner*innen innerhalb von zehn Minuten.

(Wie wir Österreichs Gesundheitssystem neu aufstellen und die Fehler von Schwarz-Blau und Schwarz-Grün wieder korrigieren, beschreiben wir unter „Unsere Ideen für die beste Ge- sundheitsversorgung für alle“.)

Finanzielle Absicherung im Alter

Die SPÖ bekennt sich zum öffentlichen, im Umlageverfahren organisierten Pensionssystem. Die Menschen sollen in der Lage sein, bis zum Pensionsalter zu arbeiten und gesund zu bleiben. Dafür braucht es altersgerechte Arbeitsplätze und mehr betriebliche Gesundheitsförderung. Das österreichische Pensionssystem ist krisensicher: Die Pensionsleistungen sind vom Kapitalmarkt unabhängig, gesetzlich festgeschrieben, transparent und sichern den Lebensstandard. Panikmache und das Schlechtreden („Kostenexplosion“, „Pensionsloch“, „Unfinanzierbarkeit“) weist die SPÖ mit Nachdruck zurück.

Sichere Pensionen: Das Versprechen der SPÖ an die Österreicher*innen

Alte und Junge in der Pensionsdebatte gegeneinander auszuspielen ist ein fieser Trick, um Stimmung gegen ein solidarisches Umlagesystem zu machen – und eine perfide Art, um Menschen zu einer privaten Pensionsvorsorge zu drängen.

Die SPÖ verspricht: Die gesetzlichen Pensionen werden nicht gekürzt, das gesetzliche Pensionsantrittsalter wird nicht erhöht. Für alle, die Schwerarbeit leisten, soll der Zugang zur Schwerarbeitspension erleichtert werden.

Die 6. Urlaubswoche für alle

Die geltende Rechtslage sieht vor, dass Arbeitnehmer*innen, die 25 Jahre durchgehend in ein und demselben Unternehmen beschäftigt sind, Anspruch auf eine 6. Urlaubswoche erwerben. Eine derart lange Beschäftigungsdauer in einer Firma ist aufgrund der veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt nur mehr sehr selten der Fall. Deshalb sollen alle Menschen nach 25 Jahren Beschäftigung die 6. Urlaubswoche erwerben.

Kampf dem „Pension Pay Gap“

Frauen sind in der Pension oft armutsgefährdet. Durch unbefahlte Betreuungs- und Pflegeleistungen in der Familie gehen Frauen öfter keiner Lohnarbeit nach oder arbeiten Teilzeit und erwerben dadurch geringere Pensionsansprüche. Dies ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Pensionsplitting ist für uns deshalb keine Lösung. Die SPÖ will den Ausgleich mit einer verbesserten Anrechnung der Zeiten für Kindererziehung und Pflege schaffen.

Rechtsanspruch auf geblockte Altersteilzeit

Die geblockte Altersteilzeit soll weitergeführt und der Zugang durch einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit – geblockt oder kontinuierlich – verbessert werden.

45 Jahre sind genug

Es ist gerecht, mit 45 tatsächlich geleisteten Arbeitsjahren, in die bis zu 60 Monate Kindererziehung sowie Zeiten des Bundesheeres und des Zivildienstes eingerechnet werden können, eine abschlagsfreie Pension zu erhalten.

Lebenslange Pensionskürzungen verhindern

Die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung muss dauerhaft aus dem Gesetz gestrichen werden. Derzeit entscheidet sich, je nach Monat des Pensionsantritts, ob die erste Pensionserhöhung im Jänner des Folgejahrs ganz (nur für Pensionsantritte im Jänner des Vorjahres) oder gar nicht (bei einem Pensionsantritt im November oder Dezember des Vorjahres) erfolgt.

System sichern – Vertrauen stärken

Um die Vorteile unseres gesetzlichen Pensionssystems abzusichern und damit auch das Vertrauen der Versicherten zu erhalten und zu stärken, fordert die SPÖ, die Grundsätze unseres Pensionssystems in der Verfassung zu verankern. Damit würden grundlegende Eingriffe in das System erschwert und das Pensionssystem politischen Einflussnahmen weitgehend entzogen.

**EXPERTE
AM WORT**

„Unsere Neutralität muss endlich wieder politisch werden“

Er gilt bis heute als „Österreichs Spitzendiplomat“ und leitet den SPÖ-Expert*innenrat für internationale Politik: Wolfgang Petritsch war unter anderem EU-Chefverhandler, EU-Sonderbeauftragter für den Kosovo und Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina der UNO. Ein Gespräch über nötige Reformen und welche Rolle Österreich in der Welt wieder spielen kann.

Herr Petritsch, die „Financial Times“ schrieb einst über Sie: „Petritsch gehört heute zu jenen internationalen Schlüsselfiguren, die die Regeln für diese neue Ära formulieren.“ Wie sehen Sie die derzeitige Rolle Österreichs in der internationalen Politik?

Österreich muss die EU aktiv mitgestalten und damit das internationale Standing zurückgewinnen; das geschieht mit wenigen Ausnahmen seit Jahren nicht mehr. Wir müssen uns viel mehr einbringen. Das europäische Friedensprojekt darf nicht aufgegeben werden, es muss im Gegenteil vertieft und geschützt werden, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Wie kann eine moderne internationale Politik aussehen?

Österreich ist als europäischer Teamspieler gefragt. Ich denke da an die jüngste Fußball-Europameisterschaft, wo wir jedenfalls besser abgeschnitten haben als die gegenwärtige österreichische Außenpolitik es tut. Unsere Neutralität muss endlich wieder politisch werden, das heißt auch, aktiv und solidarisch diese neue gefährliche Welt mit Gleichgesinnten in Richtung Freunden zu beeinflussen.

Was brauchen wir dafür?

Die Reaktivierung der aktiven Neutralitätspolitik setzt die Anpassung der Struktur unserer Ministerien an die neuen Gegebenheiten voraus. Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik muss umfassend neu und zusammengedacht werden. Es geht um „Human Security“, also menschliche Sicherheit. Das Außenministerium muss zu einem zi-

vilen „Sicherheitsministerium“ fortentwickelt werden. Über 80 Prozent aller Bedrohungen unserer Sicherheit sind nicht-militärischer Natur – von „Cybersecurity“ und möglichen Angriffen auf die Energieinfrastruktur bis zur Bekämpfung von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten, die unsere demokratischen Gesellschaften bedrohen.

Muss es hier auch gesetzliche Initiativen geben?

Unbedingt. Etwa ein auf der Höhe der Zeit formuliertes Friedenssicherungsgesetz und eine gesamtstaatliche Risikobewertung. Diese zwei Maßnahmen gehören zu den vordringlichen Aufgaben einer zukünftigen Regierung.

Wie kann das aussehen?

Fordern wir das scheinbar Unmögliche: die Kriegslogik überwinden, den Dialog – auch mit dem Aggressor – suchen, dabei jedoch Stärke und Überzeugung zeigen. Ohne sich selbst zu überschätzen, hat Österreich durchaus Möglichkeiten, die wir bislang kaum eingesetzt haben. Auch hier fehlt mir ein österreichischer Plan, eine europäische Strategie und die Suche nach europäischen und globalen Partnerschaften.

Es gibt kritische Stimmen zu Österreichs Neutralität – diese sei eher Hindernis als Hilfe.

Das Konzept der Neutralität gibt es in zahlreichen Varianten und ist von den jeweiligen geopolitischen Umständen abhängig. Aber wie Bruno Kreisky einmal festgestellt hat: Man kann Umstände zur Kenntnis nehmen, darf aber niemals bereit sein, sie hinzunehmen. Das ist die spezifisch sozialdemokratische Sicht.



Was bedeutet das zum Beispiel für Österreichs Position zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine?

Es ist angesichts der militärischen Aggression Russlands gegen seinen Nachbarn Ukraine klar, dass wir bei elementaren Verletzungen des Völkerrechtes, der OSZE-Prinzipien und der UNO-Charta moralisch nicht neutral sind. Neutralitätspolitik bedeutet auch, sich solidarisch mit dem Opfer zu zeigen. Unsere Neutralität bedeutet ja keine Werteneutralität – daher der politisch-diplomatische Einsatz für eine Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse.

Die Österreichische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013, in der Russland als strategischer Partner bezeichnet wurde, blieb nach der Annexion der Krim und selbst nach dem Angriffskrieg gegen die Ukraine noch weitere zweieinhalb Jahre unverändert ...

... und erst kurz vor Schluss konnte sich die Regierung nun darauf einigen, dem Parlament ein Dokument vorzulegen, das der neuen Bedrohungslage Rechnung trägt. Das ist ein wirkliches

Versagen von Schwarz-Grün und nicht zu entschuldigen. Ich selbst habe in der Expert*innengruppe des Bundeskanzleramts an der neuen Sicherheitsstrategie mitgearbeitet. Unsere Arbeit wurde bereits 2023 abgeschlossen.

Hatte Kreiskys Außenpolitik Einfluss auf Ihre eigene diplomatische Laufbahn?

Sein beeindruckendes Engagement hat meine Arbeit als internationaler Friedensvermittler im ex-jugoslawischen Raum zutiefst geprägt. Selbst nach seinem Tod wurde in Oslo gemäß seinen Vorschlägen das bislang wichtigste Friedenskonzept im Nahostkonflikt unterzeichnet. Zugleich hat Bundeskanzler Franz Vranitzky die Rolle von Österreichischer*innen im Holocaust und die historische Verantwortung gegenüber Israel festgemacht – diese beiden „Säulen“ bilden eine solide Grundlage für die Rückkehr zu einer verantwortungsvollen Nahostpolitik.

Sind wir nicht ein recht kleines Land für so große Worte?

Das neutrale Österreich hat den einzigen UNO-Amtssitz innerhalb der EU, den Hauptsitz der OSZE und weiterer Spezialorganisationen. In Zeiten des „Kalten Krieges 2.0“ kann unser Land im Rahmen der EU sehr wohl relevante Aufgaben übernehmen – basierend auf unserem Erfolgskonzept, jedoch umfassend neu definiert aufgrund der fundamental veränderten geopolitischen Lage.



Große Momente aktiver Neutralitätspolitik

Die österreichische Sozialdemokratie spielte bei historischen Friedensprozessen eine wichtige Rolle. Wolfgang Petritsch erinnert sich:

Österreichs aktive Neutralitätspolitik erreichte zweifellos in den 1970er-Jahren – inmitten des Kalten Krieges – ihren Höhepunkt. Mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurden die Grundlagen für ein friedliches System kooperativer Sicherheit gelegt, das schließlich ohne die befürchtete atomare Konfrontation zur Einigung des Kontinents geführt hat. Eine Sternstunde der europäischen – und der österreichischen – Diplomatie.

Dass die OSZE ihren Sitz in Wien hat, hängt mit einer Außenpolitik zusammen, die gleichermaßen aktiv wie engagiert aufgetreten ist und Vertrauen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs aufgebaut hat.

Die Regierung Kreisky hat Österreich als Standort internationaler Organisationen systematisch erweitert. Die UNO-City ist das sichtbare Zeichen einer Politik der Vermittlung und der Guten Dienste. Das von der konservativen Opposition bekämpfte UNO-Konferenzzentrum ist ein wahrer Ort der Begegnung. Kreiskys frühe Unterstützung des Club of Rome hat 1975 zur Ansiedlung des ost-westlich ausgerichteten International Institute for Systems Analysis – IIASA in Laxenburg geführt.

Die Professionalisierung der Außenpolitik hat sich in den Kreisky-Jahren als Außenminister und später als Bundeskanzler in der Gründung der Diplomatischen Akademie, des Wiener Institutes für Entwicklungsfragen – VIDC und des Österreichischen Institutes für Internationale Politik (oiip) – manifestiert.

**Mehr zu den
entwicklungspolitischen
Forderungen der SPÖ!**



Österreich als Friedensbotschafter

Aktive Neutralitätspolitik

Weltweit sind 92 Länder in Konflikte verwickelt, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Im vergangenen Jahr gaben Staaten für Waffen und Rüstung so viel aus wie nie zuvor. Die Eskalation des Nahostkonflikts, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der anhaltende Krieg im Sudan, um nur drei Beispiele zu nennen, bedrohen die internationale Sicherheit. Wir wollen mit einer aktiven Neutralitätspolitik unseren Beitrag für Frieden und Sicherheit weltweit leisten. Österreich soll seine Mitwirkung an der Außen- und Sicherheitspolitik der EU aktiver gestalten und die Möglichkeiten als EU-Mitglied stärker nutzen.

Gegen Atomwaffen und autonome Waffensysteme

Österreich soll für Abrüstung, Rüstungskontrolle und das Ende der atomaren Aufrüstung eintreten. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atomwaffen. Österreich soll sein international anerkanntes Know-how und seine Glaubwürdigkeit aktiver einsetzen. Der Einsatz autonomer Waffensysteme soll verboten werden.

Diplomatie schafft Frieden

Wir bekennen uns zur humanitären Unterstützung der Ukraine und zum nachhaltigen Wiederaufbau einschließlich einer Abrüstung der Region. Zugleich setzen wir uns für das Offenhalten von Gesprächskanälen für Verhandlungen ein, um zu einem Ende des Kriegs zu finden. Ebenso unterstützen wir internationale Friedensbemühungen, um eine für Israelis und Palästinenser*innen gerechte Zweistaatenlösung zu erreichen.

Kein Beitritt zur NATO

Mit der SPÖ wird es keine Annäherung an die NATO geben. Österreich wird keinem Militärbündnis beitreten, keine fremden Truppen stationieren und an keinen Kriegen teilnehmen. Neutrale Staaten sind jedoch nicht wertneutral: Österreich soll zu Menschenrechtsverletzungen, Genozid und Kriegsverbrechen klar Stellung beziehen. Wir stocken den Auslandskatastrophenfonds auf und bauen die Beteiligung an Friedensmissionen im Rahmen der UNO oder EU sowie humanitären Missionen aus. Dazu gehört die Entsendung von Soldat*innen, Polizist*innen, Richter*innen, Staatsanwält*innen, zivilen Expert*innen und Fachkräften aus Bereichen wie Gesundheit und Klimaanpassung.

Europas Sicherheit stärken

Für Österreich bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit Europas zu leisten. Als konkrete Maßnahme regen wir ein eigenes Friedensförderungsgesetz an. Folgende Punkte sollten dabei besonders berücksichtigt werden:

- österreichische Beiträge zu internationalen Mediations-, Dialog- und Konfliktbearbeitungsmaßnahmen inklusive innovativer Maßnahmen wie PeaceTech
- zivile Entsendungen zu EU-, UNO- oder OSZE-Missionen
- die Ausbildung ziviler Expert*innen im Bereich Friedenspädagogik und Friedensforschung.

Globale Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Österreich soll für eine starke und sichtbare Entwicklungspolitik stehen, die eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und fairen Welthandel fördert. Wir nennen es „globale Nachhaltigkeitspolitik“. Mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens sollen per Gesetz für globale Nachhaltigkeitspolitik und eine Verstärkung der Bildungsarbeit in diesem Bereich eingesetzt werden. Die Kohärenz unserer Politik zur Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik soll verstärkt werden.

UNO-Entwicklungsziele umsetzen

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) dienen als Wegweiser zu einer gerechten, gesunden und enkelfitten Weiterentwicklung der Menschheit. Bei der Umsetzung der SDGs legen wir besonderes Augenmerk auf die oft vernachlässigten, weil ideologisch umstrittenen Ziele und legen großen Wert darauf, dass alle Menschen ihre sexuellen und reproduktiven Rechte erhalten.

Menschenrechte im Zentrum der Außenpolitik

Wir stellen die Menschenrechte und das internationale Recht ins Zentrum unserer Außenpolitik: Internationale Institutionen wie der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof müssen ausreichend dotiert sein, um ihrer Arbeit nachkommen zu können. Österreich soll sich gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung, insbesondere von Frauen, Minderheiten und LGBTQIA+ Personen einsetzen und sich aktiv für Meinungsfreiheit und den Schutz freier journalistischer Berichterstattung engagieren.

Österreich als wichtiger Player in der Europäischen Union

Die Europäische Union muss wirtschaftlich, sozial und dadurch politisch an Stärke gewinnen, um auf Augenhöhe mit den USA, China und anderen internationalen Akteuren globale Entwicklungen mitzubestimmen.

Österreich soll innerhalb der EU zu einer hörbaren Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie werden. Wir werden uns für einen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel einsetzen, der nachhaltige Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze schafft.

Österreich als diplomatischer Verkehrsknotenpunkt

Wir wollen uns aktiv um die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen in Österreich bemühen und Österreich als Ort des Dialogs und der internationalen Diplomatie weiter stärken.

Neuausrichtung der EU-Sozial- und -Wirtschaftspolitik

Obwohl der EU-Binnenmarkt eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union darstellt, ist er nicht krisenfest. Die Finanzkrise, die Pandemie oder der Brexit gingen mit Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust einher. Die Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen. Wir sorgen für eine Neuausrichtung der EU-Politik: Nicht die Profitmaximierung und noch mehr Wettbewerb dürfen im Zentrum stehen, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger*innen und Nachhaltigkeit – es braucht einen Grünen Deal mit rotem Herz.

Sozialer Fortschritt

Wir wollen die EU-Verträge durch ein Soziales Fortschrittsprotokoll ergänzen – um den Vorrang sozialer Grundrechte und die Absicherung der Arbeitnehmer*innenrechte vor den vier Freiheiten des Binnenmarkts (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) zu garantieren.

Keine Sparpolitik auf dem Rücken der Menschen

Die strengen Vorgaben der EU beim Budget bremsen Investitionen und den Ausbau des Sozialstaates. Es ist ein EU-Transformationsfonds und mehr Spielraum für soziale und ökologische Investitionen bei den EU-Fiskalregeln (Goldene Regel) zu schaffen.

Lohngerechtes Europa

Für Gerechtigkeit über Landesgrenzen hinweg fordert die SPÖ:

- Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und Gewährleistung des vollen Sozialversicherungsschutzes für entsandte Arbeitnehmer*innen auch bei virtuellen Entsendungen

- Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping: EU-weit engagierte Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie und faire öffentliche Auftragsvergabe durch Beschränkung von Subunternehmerketten und verbindliche Berücksichtigung arbeits- und sozialrechtlicher Kriterien
- Kampf gegen Scheinentsendungen: Wir fordern eine Mindestbeschäftigungsdauer im Herkunftsland von drei Monaten vor der Entsendung
- Verpflichtung nationaler Behörden zur Zusammenarbeit beim grenzüberschreitenden Vollzug gegen betrügerische Unternehmen.

Nein zum Mercosur-Abkommen

Wir setzen uns für verbindliche sanktionsbasierte Nachhaltigkeitskapitel in Handelsverträgen ein, um Arbeitnehmer*innenrechte, Sozial- und Umweltstandards zu garantieren. Abkommen wie Mercosur lehnen wir ab. Investitionsschutzbestimmungen in EU-Handels- und Investitionsabkommen auf multilateraler Ebene, die den Konzernen ermöglichen, den Staat auf Schadenersatz zu klagen, werden wir verhindern.

Lieferkettengesetz sofort

Unsere Partnerländer im Süden müssen die Chance haben, sich wirtschaftlich breiter aufzustellen und in überregionale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Mit dem Lieferkettengesetz schaffen wir verbindliche Regeln entlang der gesamten Lieferkette und verbessern somit die unternehmerischen Sorgfaltspflichten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Selbstversorgungsplan für Europa

Europa hat sich in den strategisch relevanten Bereichen Energie, Rohstoffe, Technologie, Lebensmittel und Medikamente in Abhängigkeiten zu anderen Staaten und globalen Playern beggeben. Wir wollen einen „Selbstversorgungsplan“ für die Produktion lebenswichtiger Güter – für ein souveränes Europa, in dem Versorgungssicherheit und -unabhängigkeit garantiert sind. Dafür braucht es eine aktive und vorausschauende EU-Industriepolitik.

Feministische Außenpolitik

Wir setzen uns für eine feministische Außenpolitik ein, in der Frauen als zentrale Akteurinnen der Diplomatie und internationalen Politik eine gleichberechtigte, gestaltende Rolle einnehmen und Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung handlungsleitende Prinzipien des internationalen Dialogs sind.

„Die Demokratie gegen innere Feinde verteidigen“

EXPERTIN
AM WORT

Maria Berger war österreichische Bundesministerin für Justiz und Richterin am Europäischen Gerichtshof. Sie genießt international den Ruf einer Rechtsexpertin mit Bodenhaftung. Im Interview erinnert Berger an den Wert der Demokratie und warnt vor aktuellen Gefahren für den Rechtsstaat.

In politischen Diskussionen ist oft die Rede von der „wehrhaften Demokratie“. Was bedeutet das?

Demokratie kann sich kaum selbst verteidigen. Sie braucht Politiker*innen und Bürger*innen, die wachsam sind und Feinde rechtzeitig abwehren – äußere wie innere, Politiker*innen, die durch parlamentarische Wahlen in ihre Funktion kommen und diese ausnützen, um die Demokratie von innen heraus zu zerstören.

Kann so etwas heute denn wieder passieren?

Man wird schnell als Kassandra bezeichnet, wenn man so etwas sagt. Aber ich sehe in Österreich erste Anzeichen dafür – autoritäre Kräfte, die versuchen, den Rechtsstaat anzugreifen.

Welche Anzeichen sind das?

Es fängt scheinbar harmlos an. Etwa mit dem Versuch, die Ermittlungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft massiv einzuschränken. Mit dem Versuch, ein Zitierverbot zu erwirken, um die Medien zu schwächen, der zum Glück nicht erfolgreich war. Die Ansagen von ÖVP und FPÖ gegen den ORF oder von Herbert Kickl, der 2019 sagte: „Das Recht hat der Politik zu folgen“ – eine der gefährlichsten Ansagen der vergangenen Jahre.

Welche drei Hauptgefahren sehen Sie für die österreichische Demokratie?

Die Behinderung des Rechtsstaats durch politische Manöver. Fake News und sogenannte „alternative facts“, mit denen das Wahlvolk bewusst getäuscht wird. Und Superreiche, die sich die Gesetzgebung richten. Eine Demokratie, in der vor dem Gesetz nicht alle gleich sind, verliert ihre Repräsentativität und damit ihre Legitimität.

Welche Manöver gibt es, den Rechtsstaat zu behindern?

Wenn zum Beispiel Institutionen durch das Nichtbesetzen von Positionen lahmgelagert werden. Oder wenn Urteile des Verfassungsgerichtshofs einfach unbeachtet bleiben oder die Aufklärung von strafrechtlich relevanten Vorgängen behindert wird. Wir brauchen ja nur nach Polen oder Ungarn schauen, das Drehbuch ist immer ziemlich ähnlich.

Wären solche Manöver auch bei uns möglich?

Bei einer blau-schwarzen Regierung steht das zu befürchten. Die ÖVP hat sich sehr weit nach rechts bewegt. Demokratische Beschlüsse auf EU-Ebene werden plötzlich als „Diktat aus Brüssel“ denunziert, Orban wird von ÖVP und FPÖ angehimmelt. Eine Koalition FPÖ/ÖVP würde nicht bedeuten: „Mitte und Rechts“, sondern: „Rechts und extrem Rechts“. Deshalb müssen wir besonders darauf achten, dass die Kontrollinstrumente intakt bleiben:

der Verfassungsgerichtshof, die anderen Höchstgerichte, das Parlament mit einer starken Opposition, die freie Presse und ein unabhängiger ORF, die Zivilgesellschaft und die Bindung an internationale Verpflichtungen. Alles das steht auf der Abschussliste solcher Regierungen.

Den Kampf gegen Rechts auszurufen, sei noch lange kein Parteiprogramm, lautet ein Vorwurf an die SPÖ. Wenn man Ihnen so zuhört, ist es offenbar doch ein wichtiger Punkt.

Viele Menschen denken: „Die FPÖ haut eh nur auf die Ausländer hin, ich selbst habe nichts zu befürchten.“ Irrtum. Es geht auch um die Rechte und Freiheiten von uns allen und letztlich um den Weiterbestand des demokratischen Rechtsstaats.

Erleben Sie in Ihrem Umfeld Sorge um den Rechtsstaat?

Zu wenig. Neulich hörte ich, wie eine Frau sagte: „Dass die FPÖ so stark ist, kann man nur mit der ausländerfeindlichen Stimmung erklären. Sonst könnte man diesen Blödsinn nicht wählen.“ Sie hat da einen Punkt: Die Angst vor den „Ausländern“ scheint so groß, dass andere Zeichen an der Wand nicht gesehen oder nicht ernst genommen werden.



Jeff Mangione / KURIER / picturedesk.com

So wappnen wir die Republik gegen Korruption und Angriffe auf die Demokratie

Soziale Grundrechte und Recht auf Klimaschutz

Die österreichische Verfassung soll um einen modernen Grundrechtskatalog ergänzt werden. Bisher fehlten die sozialen und umweltpolitischen Komponenten. Der Katalog soll – unter Einbindung der Bürger*innen – soziale Grundrechte wie das Recht auf soziale Absicherung, Gesundheit, Bildung sowie Grundrechte zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen umfassen.

Krisenfeste Demokratie

Unsere Demokratie muss sich gegen verfassungsfeindliche und antidemokratische Kräfte wehren. Fake News, Deepfakes und antidemokratische Propaganda von „alternativen Medien“ oder ausländischen Geheimdiensten müssen enttarnt und richtiggestellt werden. Soziale Medien müssen die Verbreitung von Lügen und falschen Fakten, die zur Destabilisierung von Staat und Demokratie führen können, verhindern. Dies beinhaltet rasche Reaktion, Löschung oder Richtigstellung. Wir werden die Betreiber*innen dazu verpflichten, ihrer Aufgabe nachzukommen.

Zentrale Institutionen – Parlament, Regierung, Gerichte, Rechnungshof und Volksanwaltschaft – müssen durch gesetzliche oder administrative Maßnahmen und faktisches Handeln davor geschützt werden, handlungsunfähig zu werden – etwa wegen konsequenter Nichtbesetzung entscheidender Funktionen.

Bekämpfung von Antisemitismus

Es ist beschämend und inakzeptabel, dass 79 Jahre nach Ende der Shoah Juden und Jüdinnen in Österreich wieder vermehrt verbalen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. Die Verantwortung Österreichs ist nicht verhandelbar: Wir, die SPÖ, verstehen Antisemitismus als zentrales Problem der Gesellschaft und setzen uns für den Schutz und die Unterstützung des jüdischen Lebens, eine umfassende Aufarbeitung und breite gesellschaftliche Sensibilisierung gegenüber den Folgen des Antisemitismus ein.

Kampf gegen Islamismus

Der Kampf gegen Islamismus erfordert besondere Handlungsfähigkeit. Erfolgte und verhinderte islamistische Terroranschlä-

ge, zuletzt im August 2024 in Wien, zeigen die Notwendigkeit einer klaren, unmissverständlichen politischen Sprache und von wirksamen Maßnahmen. Wer Islamismus und Terror bekämpfen will, braucht dafür schlagkräftige staatliche Strukturen. Einen Vorschlag für ein solches umfassendes Programm stellen wir unter „Unsere Ideen für mehr Sicherheit“ vor.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus bedroht unsere offene Gesellschaft und die parlamentarische Demokratie. Er zeigt sich völkisch-national, frauenvorachtend, religiös motiviert oder gewaltbereit gegen Andersdenkende und Minderheiten. Im Jahr 2023 wurde ein Plus von dreißig Prozent an rechtsextremen Straftaten verzeichnet, auch die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz ist gestiegen. Die kommende Bundesregierung muss rasch handeln: Ein Nationaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus muss endlich Realität werden.

Rechte der Volksgruppen verstärken

Die SPÖ ist stolz auf die historisch gewachsene Vielfalt unserer Republik, die von den autochthonen Volksgruppen getragen und gelebt wird und will die Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Österreich auf Dauer sichern. Bisher ist der geltende Anspruch auf Bildung in der Muttersprache auf territorial definierte Orte beschränkt. Der Anspruch muss verbindlich ausgeweitet werden, um für Kinder, deren Familien den Wohnort wechseln müssen, die muttersprachliche Bildung auch im nicht-territorialen Gebiet zu sichern.

Es braucht auch zusätzliche Angebote für die Ausbildung von Pädagog*innen für die zweisprachige Betreuung beziehungsweise den Unterricht in Kindergärten, Horten und Schulen. Die Förderungsmittel der Volksgruppen sind jährlich anzupassen, um für Volksgruppenvereine und -organisationen längerfristige Projekte zur Erhaltung und Stärkung ihrer Sprache und Kultur zu ermöglichen.

Ein stabiler und verlässlicher Rechtsstaat

Die Sozialdemokratie erklärt den raschen und verlässlichen Zugang zum Recht für alle Menschen, unabhängig von ihrer materiellen Situation, für unverzichtbar. Werden Strafverfahren eingestellt oder erfolgt ein Freispruch, so sind Betroffenen die für ihre Verteidigung entstandenen Kosten zurückzuerstatzen. Gerichte und Staatsanwaltschaften, aber auch Justizanstal-

ten müssen mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, um ihre wichtigen Aufgaben effizient und ohne unnötige Verzögerungen erfüllen zu können.

Schaffung einer Justizakademie nach EU-Vorbild

Österreich ist eines der wenigen europäischen Länder ohne Justizakademie. Dies führt zu Defiziten bei der Einheitlichkeit der Personalauswahl und generell bei den didaktischen und inhaltlichen Standards der Aus- und Fortbildung sowohl im Kanzleibereich als auch bei Richter*innen und Staatsanwält*innen.

In einer eigenen Justizakademie sollen für alle Bediensteten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit dem Schwerpunkt Grundrechte angeboten werden. Die Absolvierung bestimmter Kurse soll die zwingende Voraussetzung für die Bewerbung um Führungspositionen werden. Im Fokus sollten interdisziplinäre Arbeit und der Austausch mit Rechtswissenschaft, Lehre und Forschung stehen. Auch die Personalauswahl sollte verstärkt nach interdisziplinären Kompetenzen erfolgen – etwa im Bereich Betriebswirtschaft, Soziologie, Psychologie oder Medizin.

Wirksam gegen Korruption und politische Einflussnahme

Wir fordern die längst fällige Etablierung der Bundesstaatsanwaltschaft als unabhängige Weisungsspitze gegenüber den Staatsanwaltschaften. So können wir Korruption wirksamer bekämpfen und den Anschein der politischen Einflussnahme auf Strafverfahren vermeiden. Zur Erarbeitung der genauen Modalitäten bezüglich der Bestellung, der Organisationsstruktur sowie der Aufgaben und Verantwortlichkeiten eines Bundesstaatsanwalts soll im Nationalrat am Beginn der nächsten Gesetzgebungsperiode eine hochrangige Verhandlungsgruppe eingesetzt werden, um diesmal die notwendige Zweidrittelmehrheit erreichen zu können.

Lebensgemeinschaften rechtlich regeln

Die Sozialdemokratie will die Rechtlosigkeit von Lebensgefährt*innen beenden: Eine Lebensgemeinschaft, aus der Kinder stammen und/oder die jahrelang dauert, soll für Lebensgefährt*innen auch Unterhaltsansprüche und daraus abzuleitende Pensionsansprüche bringen. Auch im Erb- und

Mietrecht und beim gemeinsamen Eigentumserwerb braucht es eine bessere Absicherung. Darüber hinaus braucht es Aufteilungs- und Unterhaltsregeln für den Fall der Trennung langjähriger nichtehelicher Lebensgemeinschaften.

Leichter Zugang zum Recht für alle

Wir fordern die Abschaffung der Gerichtsgebühren in ausgewählten Bereichen wie Familienrecht und Verbraucher*innen-schutz und den Ausbau der Verfahrenshilfe – auch für mittlere Einkommensschichten. Des Weiteren fordern wir eine neue Kultur der guten Verständlichkeit im gesamten Justizwesen. Dies beinhaltet den Vorrang der mündlichen Verhandlung und Information vor schriftlichen Verfahren und Informationserteilungen.

Transparenz als Voraussetzung für Gewinnausschüttung

Der Fall Signa zeigt, dass Unternehmen bewusst Strafen in Kauf nehmen, um intransparent zu agieren. Künftig soll der bis zu einem Stichtag veröffentlichte Jahresabschluss eines Unternehmens Voraussetzung für die Gewinnverteilung, -verwendung und -ausschüttung sein. Manager*innen sollen bei einem Verstoß gegen diese Vorschriften strafrechtlich verfolgt werden können.

Jugendgerichtshöfe und -kompetenzzentren für Ballungsräume

Der frühere Wiener Jugendgerichtshof war ein weltweites Vorzeigeprojekt: Hier wurden juristische und außerjuristische Kompetenzen, von Psychologie über Sozialarbeit bis zur Sozialpädagogik, gebündelt. Gegen den Widerstand der SPÖ wurde dieser 2003 durch den schwarz-blauen Justizminister Dieter Böhmdorfer aufgelöst. Wir wollen wieder Jugendgerichtshöfe für die österreichischen Ballungsräume schaffen.

Bei den Jugendgerichtshöfen soll zudem die Schaffung von Jugendkompetenzzentren geprüft werden, die Teile der Familiengerichtsbarkeit übernehmen. Geprüft werden soll auch das Modell des integralen Ansatzes, wie wir es für einen massiv verbesserten Umgang mit häuslicher Gewalt anstreben. (siehe auch „Unsere Ideen gegen Hass und Gewalt“).



Unser Bekenntnis: keine Zweiklassenverwaltung

Eine Verwaltung für alle

Die SPÖ bekennst sich zu einer Verwaltung, die der Allgemeinheit dient. Diese lässt keine Bevorzugung derer zu, die es sich richten können. Die Verwaltung erbringt beste Dienstleistungen für alle in gleicher Weise. Sie übt ihre Befugnisse korrekt, fair und achtsam aus. Fördermaßnahmen werden durch die Verwaltung selbst sorgfältig vorbereitet und rechtskonform entschieden. Für die Förderabwicklung (Verträge, Auszahlung, Förderkontrolle) soll die Durchführung bei einer Stelle geprüft werden, um die zuerkennenden Ressorts zu entlasten, den Fördernehmer*innen Einheitlichkeit zu garantieren und Synergien zu heben.

Strategische Koordinationsstelle

Die SPÖ will die Bundesverwaltung in ihren Leistungen, Ergebnissen und Wirkungen im europäischen Spitzenfeld sehen und krisen- sowie zukunftssicher machen. In einer strategischen Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt soll die Regierung systematisch Ziele, Strategien und Maßnahmen unter Einbindung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Ländern und Gemeinden erarbeiten. Expertise wird auch in Form einer mobilen Reserve an Spitzbeamten*innen und Wissenschaftler*innen aufgebaut.

Objektivierung und Transparenz

Befähigte, weltoffene, selbstbewusste und ergebnisorientierte öffentliche Bedienstete arbeiten produktiv in einer förderlichen Arbeitsumgebung. Ihr Aufstieg soll sich an Befähigung und Leistung orientieren – nicht an Parteizugehörigkeit und Beziehungsgeflechten. Unser Ziel ist eine echte Objektivierung und Transparenz bei Aufnahmen und Beförderungen im öffentlichen Dienst. Die besten Köpfe werden gefunden, Eigeninitiative wird ermutigt, schnelle Kommunikations- und Entscheidungswege sind üblich, die Lernfähigkeit der Organisation wird genutzt.

Nachhaltige Ausfinanzierung aus gegliederter Einheiten

Ausgegliederte Einrichtungen, die Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringen, sind nachhaltig zu finanzieren. Deinen Basisabgeltungen sind so zu valorisieren, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Auch eine sinnvollere Zuordnung der Einrichtungen zu den Ressorts ist notwendig: Das Bundesrechenzentrum (BRZ) gehört zum e-Government und Kulturinstitutionen ins Kulturrektorat. Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen sind von Umwelteinrichtungen zu trennen.

Verwaltungskooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Die Verwaltungskooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird auf eine solide organisatorische Basis gestellt, um optimales Service für die Menschen zu garantieren. Wir etablieren einen kontinuierlichen, integrativen und partizipativen Diskussionsprozess zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Bevölkerung erhält Möglichkeiten zur Teilhabe am staatlichen Handeln.

Transparenz in der öffentlichen Verwaltung

Die SPÖ steht für Transparenz in den Entscheidungsfindungen – durch lückenlose und verpflichtende Dokumentation der wesentlichen Entscheidungen in den Ministerräten, Minister*innenbüros und in der gesamten öffentlichen Verwaltung. Die Löschung dienstlicher Nachrichten und amtlicher Kommunikation wird verboten.

Willkommen in der Mitmach-Republik!

„Nur eine Politik, die die Menschen zum Mitelpunkt des politischen Handelns macht, garantiert, dass sie in den Umwälzungen unserer Zeit nicht zu hilflosen Objekten der Entwicklung, sondern zu ihren Gestalter*innen werden.“

SPÖ-Vorsitzender Andi Babler
in Anlehnung an Bruno Kreiskys erste Regierungserklärung

Wir erleben eine zunehmende Politikverdrossenheit. Zu viele Menschen sind der Meinung, es nütze nichts, sich mit Parteien und deren Programmen zu beschäftigen. Daran trägt die Politik selbst Mitverantwortung, wie der SPÖ-Bundesparteivorsitzende Andi Babler umwunden eingestehst: „Wir müssen das Vertrauen der Menschen wieder gewinnen, die Demokratie im Alltag verankern, nicht nur zu Wahlterminen. Demokratie muss spürbar sein.“ Und weiter: „Wir brauchen wieder eine Politik, die Menschen nicht zu Bittsteller*innen macht, sondern ihnen zuhört und sie ernst nimmt.“

Die Sozialdemokratie hat das allgemeine, freie Wahlrecht durchgesetzt und damit die Mitbestimmung der breiten Masse der Bevölkerung erreicht. Einmal mehr wollen wir nun vorangehen und neue Formen der politischen Partizipation und Mitgestaltung schaffen.

Demokratie für alle

Es gibt vielversprechende Beispiele, in denen breit getragene und funktionierende Lösungen in Bürger*innenräten, bei Bürger*innenbudgets, in neuen Formen der Konsensfindung, in Bürger*inneninitiativen und ähnlichen Formaten erarbeitet und umgesetzt wurden.

Mit der Mitmach-Republik wollen wir konkrete Erfahrungen von gelebter Demokratie fördern – in der Schule oder in Sportvereinen, in Betrieben, Eigentümer*innengemeinschaften, im Wohn-

und Gemeindebau. Sozialpartner sind dabei wichtige Verbündete, um Plattformen als Erfahrungsbereich von Demokratie wirksam zu gestalten.

Wir wollen zudem einen neuen Österreich-Konvent einrichten und diesen durch Bürger*innenräte ergänzen – etwa für große Gesetzesvorhaben und politische Projekte, die weitreichende Folgen für das Leben der Menschen haben. So stellen wir sicher, dass alle gehört werden und wir gemeinsam gute und gerechte Lösungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen finden.

Viele der Ideen, die wir auf den Seiten dieses Wahlprogramms präsentieren, sollen dazu beitragen, dass sich Menschen wieder für Politik begeistern. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass Österreich zu einer echten Mitmach-Republik wird, in der jeder Mensch sich einbringen und unsere Heimat mitgestalten kann.

Die Grundlagen politischer Teilhabe

Wir wollen ein Österreich, in dem die Menschen sich auf Informationen von Medien verlassen können, Vertrauen in die Verwaltung haben und sicher sein können, dass sie in einem Rechtsstaat leben, der alle Menschen gleich und gerecht behandelt. Ein Österreich, in dem alle Menschen, die das wollen, sich als mündige Bürgerinnen und Bürger aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen können. Der SPÖ-Expert*innenrat, Veranstaltungen wie der Mitmachkongress und die parteiinterne Demokratisierung durch eine Reform der Statuten sind dabei nur die ersten Schritte.

Gemeinsam können wir Österreich zu einem Vorbild für moderne Demokratien machen. Gehen wir ein Stück des Weges gemeinsam und lassen wir die Mitmach-Republik Wirklichkeit werden!

Mit  + Hirn.



Gemeinsam machen wir
Österreich besser.

www.spoe.at/jetzt-du



A close-up portrait of a man with short brown hair, blue eyes, and a slight smile. He is wearing a dark blue suit jacket, a white shirt, and a light blue patterned tie. A small red and white pin is visible on his left lapel.

SPÖ

Mit ❤+Hirn
Für dein besseres
Österreich.

29.09. Andi
BABLER